

Kommentar von **Bernd Pickert**
zu Donald Trumps
Vizepräsidentschaftskandidaten
J. D. Vance

*Volksnah,
skrupellos und
eloquent*

Jetzt also J. D. Vance. Der 39-Jährige, der gerade erst 2022 mit seiner Wahl zum Senator in Ohio in die Politik eingestiegen ist, soll Vizepräsident der USA werden – jedenfalls wenn es nach Donald Trump geht. Dass Trump ihn und nicht einen der gestandeneren republikanischen Politiker zum „Running Mate“ macht, zeigt vor allem eins: Trump ist sich ganz sicher, dass er innerhalb der Republikanischen Partei keine Kompromisse mehr machen muss. Der nicht-trumpistische Flügel der Partei ist tot.

Auch nach außen trägt James David Vance, abgesehen von seinem jungen Alter, nichts zum Präsidentschaftsticket bei, was Trump nicht auch selbst zu bieten hätte: Er spricht die gleichen Wähler*innen aus den heruntergekommenen früheren Industriezentren an, die Trump schon 2016 den Wahlsieg bescherten.

Im Unterschied zu Trump ist Vance dabei authentisch: Denn wie er 2016 in seinem viel beachteten Erinnerungsbuch und Bestseller „Hillbilly Elegy“ überaus eloquent erzählte, kommt er selbst aus diesen Verhältnissen. Wenn der Milliardär Trump nur behauptet, für die einfachen Leute zu stehen, kann Vance umso überzeugender sagen: Ich bin einer von euch, ich kenne eure Lage, eure Sorgen, eure Nöte.

Nur: Normalerweise soll die Besetzung des Running Mate Schwächen des Präsidentschaftskandidaten ausgleichen. Etwa bei Biden: Deutlich jüngere Schwarze Frau ergänzt alten weißen Mann. Oder bei Trump 2016: Evangelikaler Traditionsrepublikaner Mike Pence ergänzt unorthodoxen New Yorker Quereinsteiger Trump.

Trump hingegen braucht Vance nicht, um die Wahl zu gewinnen. Vance' Ernennung hat andere Gründe, wie die meisten US-Medien wohl zu Recht analysieren: Es geht um den nächsten Fackelträger der MAGA-Bewegung, wenn Trump 2028 nicht mehr kandidieren kann und dann auch schon 82 Jahre alt ist. Die Verstärkung des Trumpismus weit über Trump hinaus.

Für die Demokrat*innen ist Vance eine Gefahr, wenn sie darauf setzen würden, in Staaten wie Wisconsin, Michigan, Pennsylvania die Working Class zurückzuholen. Da ist Vance stark.

Wenn die Demokrat*innen ihren Wahlkampf hingegen ganz auf die Message konzentrieren, der autoritäre Durchmarsch antidemokratischer Kräfte müsse verhindert werden, haben sie eine Chance, und Vance' skrupelloser, intellektuell verbrämter Radikalismus kann dabei helfen. Vance ist ein Produkt des Trumpismus, und er selbst hat erklärt, dass er 2021 als Vizepräsident getan hätte, was Mike Pence verweigerte: Trumps Wahlfälschung im Kongress durchzusetzen. Wenn die Demokrat*innen es schaffen, diese Gefahr in die Köpfe der US-Amerikaner*innen zu hämmern, haben sie eine Chance. Es ist ihre einzige.

der tag 2



Einfach mal die Presse halten

Das rechtsextreme „Compact“-Magazin von Jürgen Elsässer wird verboten. Manche sprechen von einer gefährlichen Einschränkung der Pressefreiheit. Heiligt der Zweck die Mittel?
3, 13

Kleiner Trump – was nun? „Compact“-Chef Jürgen Elsässer inszeniert sich bei der Razzia am Dienstag vor der Presse Foto: Swantje Stein/reuters

Die taz wird ermöglicht durch
23.392
GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Ausgabe Berlin
Nr. 13417
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland
4 190254 802805
3 0629

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!
Der RBB hat Radiomoderator und Satiriker „El Hotzo“ gefeuert. Der hatte auf Twitter den Fehlschuss auf Ex-Präsident Donald Trump bedauert. *verboten* findet ja Verbote generell ganz sympathisch. In Sachen Pressefreiheit allerdings sollte eine Zensur nur

Ultima Razzia sein.

Doktor Sachsen
Gottfried Hanzl ist Hausarzt in Sachsen: ein seltenes Exemplar
4–5

Sahel auf dem Trockenen
Der knappe Haushalt wirkt sich auch auf die Entwicklungshilfe aus
8

steile these
„Achtsame Naziflüsterer kritisieren die pauschale AfD-Wähler-beschimpfung durch dünkelfhafte Dumpfbacken meines Schlags“
Uli Hannemann über AfD-Wähler:innen
20



Respektiert und gefürchtet: Alberto Fujimori will in Peru zurück an die Macht

Perus Ex-Präsident Alberto Fujimori will zurück an die Macht. Das teilte seine Tochter Keiko Fujimori am Sonntag (Ortszeit) mit. „Mein Vater und ich haben uns unterhalten und gemeinsam entschieden, dass er der Präsidentschaftskandidat sein wird“, so Keiko.

Fujimori regierte Peru von 1990 bis 2000 zwei Amtszeiten lang mit harter Hand. Die nächste Präsidentschaftswahl findet 2026 statt. Ob es der bald 86-jährige bis dahin schafft, ist offen. Während seiner Zeit im Gefängnis haben er und seine Tochter immer wieder seinen angeblich schlechten Gesundheitszustand angeführt, um eine Begnadigung zu erwirken. Zuletzt hatte es geheißt, er leide an Zungenkrebs.

Vater und Tochter sind unzertrennlich. Als sich Alberto 1994 von seiner Frau trennte, hielt die damals 19-jährige Keiko zu ihm und übernahm die Rolle der First Lady. Auch als ihr Vater im Jahr 2000 aus dem Amt und nach Japan floh, hielt sie ihm die Treue. In seine präsidialen Fußstapfen konnte sie jedoch nicht treten: Dreimal scheiterte sie beim Versuch, selbst Präsidentin zu werden. Jetzt stellt sie sich offensichtlich hinter ihren Vater, zumal sie derzeit wegen Korruption vor Gericht steht und die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 30 Jahren und 10 Monaten für sie gefordert hat.

Ob Alberto Fujimori 1938 als Sohn einer japanischen Einwandererfamilie in der Hauptstadt Lima geboren wurde ist umstritten. Seine mögliche Geburt in Japan hätte seine spätere Präsidentschaftskandidatur verhindert. Bildung und Erziehung galten jedoch zunächst als Garant für den Aufstieg. Sein Werdegang führte ihn zum Studium der Physik in Straßburg und der Mathematik an der US-amerikanischen Universität von Wisconsin, bevor er als Universitätsdekan nach Lima zurückkehrte.

1990 kandidierte er als krasser Außenseiter bei der Präsidentschaftswahl und schlug in der Stichwahl keinen Geringeren als den Schriftsteller Mario Vargas Llosa. Nach seinem Amtsantritt verfolgte er eine strikte neoliberale Wirtschaftspolitik und einen brutalen Kampf gegen die verschiedenen im Lande aktiven Guerillaorganisationen, vor allem gegen die maoistische Guerilla Leuchtender Pfad.

Der Leuchtende Pfad hatte 1979 einen „Volkskrieg“ ausgerufen. Nach offiziellen Schätzungen wurden in den folgenden 20 Jahren mehr als 69.000 Menschen getötet. Weitere 21.000 Menschen werden bis heute vermisst. Während Fujimoris Regierungszeit wurde die Guerilla fast vollständig zerschlagen. Eine Tatsache, für die viele noch heute Fujimori dankbar sind. Da das aber mit grausamen Menschenrechtsverbrechen einherging, wurde er unter anderem wegen Massakern zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.

Während seiner Amtszeit wurden über 350.000 überwiegend indigene Frauen und 25.000 Männer zwangssterilisiert. Fujimori rechtfertigte dies als Instrument der Familienplanung und Armutsbekämpfung. Die Opfer kämpfen noch heute um Entschädigung.

Im vergangenen Dezember wurde Fujimori vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen, wo er seit 2009 seine Strafe verbüßt hatte. Das Verfassungsgericht hatte seine Begnadigung, die bereits vor Jahren ausgesprochen, aber nach massiven Protesten aufgehoben worden war, wieder in Kraft gesetzt. Anfang Juli stimmte dann das Parlament der Verjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu, die während des 20-jährigen Kampfes gegen Guerilla verübt wurden. Das Gesetz sieht vor, dass die Justiz nicht mehr wegen vor 2002 begangener Verbrechen gegen die Möglichkeit tätig werden kann. *Jürgen Vogt, Buenos Aires*

Foto: imago

„Ich habe ihn noch nie gemocht“. Der frühere Trump-Gegner J. D. Vance (M.) will nächster US-Vizepräsident werden
Foto: Nam Y. Huh/ap

Vom Kritiker zum Klon

Mit Senator J. D. Vance als Vize will Donald Trump die US-Wahl im Herbst gewinnen. Der 39-Jährige nannte den Ex-Präsidenten einst „Amerikas Hitler“. Heute ist er größter Fan

Aus Washington
Hansjürgen Mai

Das Rätselraten, wer bei der US-Wahl im November an der Seite von Donald Trump als Vizepräsident antreten wird, hat ein Ende: Zum Auftakt des republikanischen Nominierungsparteitags am Montag in Milwaukee gab der frühere US-Präsident bekannt, dass er den Senator James David, kurz: J. D., Vance ausgewählt habe. Die Delegierten des Parteitags stimmten wenig später für den 39-jährigen Mann aus Ohio.

Trump nannte Vance in einem Post auf seiner Plattform Truth Social als „am besten für die Position geeignet“. Im Interview mit dem rechten TV-Sender Fox News erklärte Vance, dass Trump ihn erst kurz vor der offiziellen Bekanntgabe angerufen habe. Der Präsidentschaftsbewerber habe auch mit seinem siebenjährigen Sohn gesprochen. „Es war ein Moment, den ich niemals vergessen werde.“ Am Mittwoch will Vance auf dem Parteitag im Bundesstaat Wisconsin eine Rede halten.

Wer ist J. D. Vance? Ein Mann, der in den vergangenen Jahren eine persönliche und politische Transformation vollzog; aus einem ehemaligen Trump-Gegner

wurde einer seiner größten Unterstützer. Vance gehört zu dessen loyalsten Anhängern im US-Senat und verbreitet auch Trumps Lügen über die angeblich gestohlene Wahl 2020.

Vance, der nach seiner Zeit im Militär (er war unter anderem im Irak im Einsatz) Jura studiert und als Finanzmanager gearbeitet hatte, machte sich als Buchautor einen Namen. Mit „Hillbilly Elegy“ gelang Vance im Jahr 2016 ein Bestseller. In dem Buch geht es um seine Familie und die Kultur der Appalachen, einer Region im Osten der USA, die in den vergangenen Jahrzehnten schwere wirtschaftliche Zeiten durchlaufen hatte.

Zur selben Zeit gab Vance auch mehrere kritische Aussagen bezüglich Trump von sich. „Ich bin ein Trump-Gegner, ich habe ihn noch nie gemocht“, sagte er 2016 in einem Interview. Er fügte hinzu, dass Trump ein „fürchterlicher Kandidat“ sei. Hinzu kamen öffentlich gewordene Privatnachrichten, in denen Vance einen ehemaligen Mitbewohner fragte, ob Trump ein „zynisches Arschloch“ wie der in Ungnade gefallene Ex-Präsident Richard Nixon sei – oder sogar noch schlimmer, nämlich „Amerikas Hitler“.

Ein offensichtlicher Sinneswandel folgte. Vance erklärte in den vergangenen Jahren mehrfach, dass er seine früheren Aussagen über Trump bereue. Die Beziehung zu Trump verbesserte sich aber erst 2022, als Vance für den US-Senat kandidierte. Er verstand, dass viele Menschen in Ohio den Ex-Präsidenten unterstützen. In dem Bundesstaat hatte Trump sowohl 2016 als auch 2020 gewonnen. Die Senatswahl gewann Vance schließlich auch dank Trumps Unterstützung.

Mit der Wahl des Vizepräsidenten versuchen Kandidaten oftmals, eigene Schwächen zu kaschieren oder zusätzliche Wählergruppen zu erreichen. Die Ernennung von Mike Pence zum Vizepräsidenten kandidaten vor dem Wahlsieg 2016 diente Trump etwa dazu, christlich-konservative Wähler im Land anzusprechen.

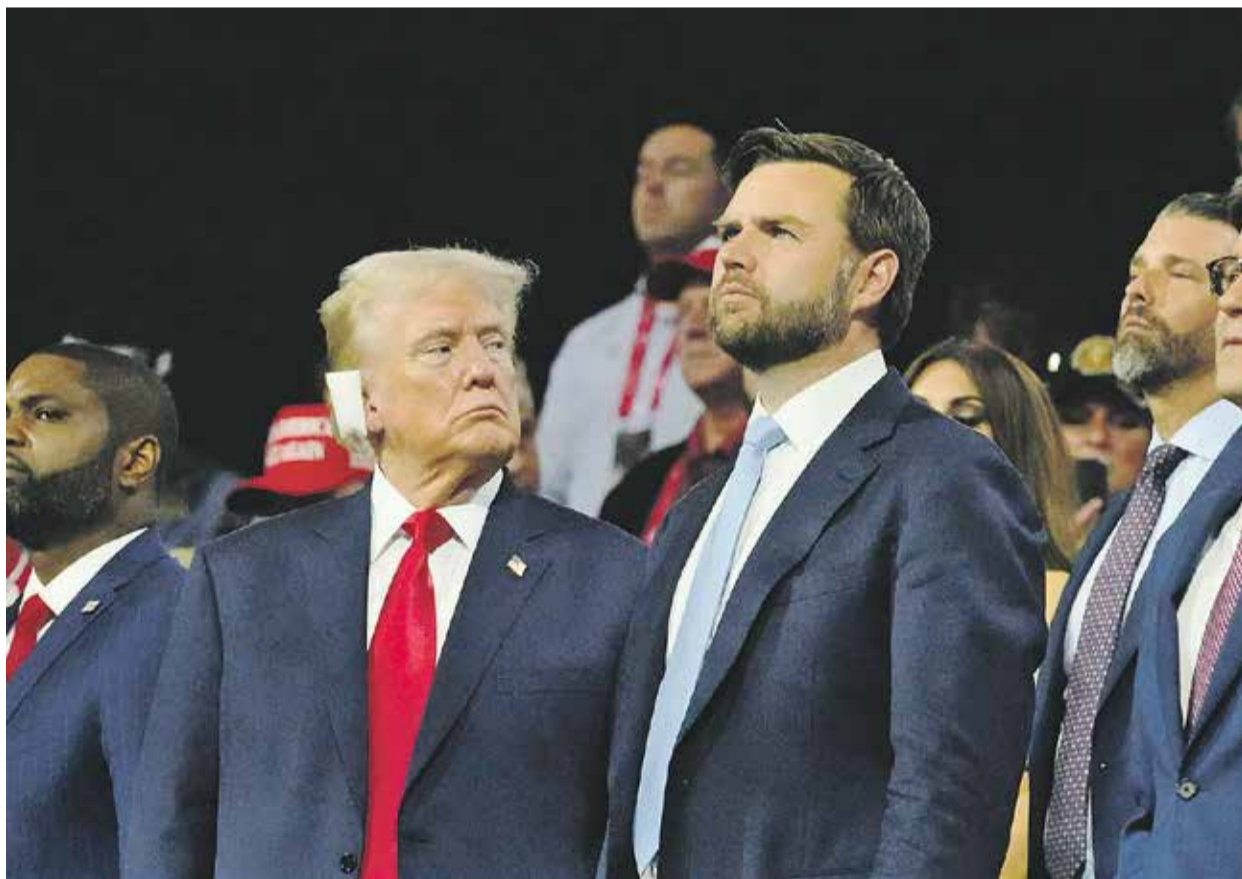
Mit J. D. Vance hat Trump dagegen jemanden ausgewählt, der dieselben Wähler anzieht wie er selbst. Vance ist Teil der neuen Rechten, also populistische Politiker mit konservativen Werten. Er ist für breit angelegte Einfuhrzölle, gegen militärische Einmischungen der USA, vor allem in der Ukraine, und gegen Kürzungen des amerikanischen

Sozialversicherungssystems.

Beim Thema Abtreibung hat Vance, der selbst dagegen ist, seine Ansichten etwas gelockert. Nachdem mehrere US-Bundesstaaten, darunter Ohio, in den vergangenen Jahren für ein gesetzliches Recht auf Abtreibung gestimmt hatten, erklärte er gegenüber CNN, dass Republikaner akzeptieren müssten, dass die Menschen kein „landesweites Abtreibungsverbot wollen“.

Vance, der mit seiner indischstämmigen Frau drei Kinder hat, schreckt auch nicht davor zurück, in „Kulturkampf“-Fragen seinen rechten Standpunkt zu vertreten. Er hat unter anderem einen Gesetzentwurf zum Verbot von Geschlechtsumwandlungen für Jugendliche erlassen sowie einen Entwurf zur Abschaffung von Diversity-Programmen in der US-Bundesregierung – Positionen, die auch Trump und andere Politiker der MAGA-Bewegung (Make America Great Again) vertreten.

Der voraussichtliche Kandidat der Demokraten, Amtsinhaber Joe Biden, kritisierte die Personalie seines Konkurrenten. Gegenüber Journalisten erklärte er, dass J. D. Vance in seinen politischen Ansichten „ein Klon von Trump“ sei. Er sehe keinen Unterschied.



Von der Leyen straft Orbán ab

Wegen der Reiseaktivitäten des Premiers will die EU informelle Treffen in Ungarn boykottieren

Aus Straßburg Eric Bonse

Das gab es noch nie: Die EU-Kommission und die europäischen Außenminister wollen den amtierenden EU-Ratsvorsitzenden Viktor Orbán abstrafen und informelle Treffen in Ungarn boykottieren. Dies teilten Kommissionschefin Ursula von der Leyen und der Außenbeauftragte Josep Borrell am Montag kurz vor der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Europaparlaments in Straßburg mit.

Die Ankündigung soll offenbar das proeuropäische Lager zusammenschweißen, bevor sich von der Leyen am Donnerstag zur Wiederwahl stellt. Von dem ungewöhnlichen Boykott geht aber auch das Signal aus, dass die EU die ungarische „Friedensmission“ nicht akzeptiert. Ungarns Premier war nach Kyjiw, Moskau und Peking gereist, um Mög-

lichkeiten für ein Ende des Ukraine-Kriegs zu sondieren. Dafür habe er kein Mandat gehabt, heißt es in Brüssel. Bei Diplomaten ist sogar von einem Bruch des EU-Rechts die Rede, das Orbán auf die EU-Beschlüsse zur Ukraine verpflichtet. Allerdings hat der Ungar selbst eingeräumt, dass er auf „eigene Kappe“ fahre. Zudem sind auch andere Ratspräsidenten diplomatisch aktiv geworden. So reiste der Belgiens Premier Alexander De Croo im November 2023 nach Israel, um seinen EU-Vorsitz vorzubereiten.

Damals gab es keine Beschwerden und erst recht keinen Boykott. Diesmal ist jedoch alles anders. Denn Orbán sondiert nicht nur – er blockiert auch immer wieder geplante EU-Hilfen für die Ukraine. Zur „Strafe“ will die EU-Kommission nun nicht die sonst übliche Reise zum Ratsvorsitz in Budapest antreten. Und die Außenmi-

nister wollen ein informelles Treffen in Ungarn schwänzen; Borrell plant sogar ein Gegentreffen zur selben Zeit.

Praktische Folgen dürfte das nicht haben, denn bei informellen Räten werden keine Beschlüsse getroffen. Für härtere Maßnahmen – etwa den Entzug der halbjährigen Ratspräsidentschaft – gab es jedoch keine Mehrheit in der EU. Nun ist es zu spät, denn Orbán hat das Ruder bereits am 1. Juli übernommen. Der umtriebige Ungar ist den EU-Politikern sogar schon wieder eine Nasenlänge voraus.

In der vergangenen Woche hatte er sich auch noch mit US-Präsidentenwahlkandidat Donald Trump getroffen. Dieser sei nach seiner Wahl zu sofortigen Vermittlungen um die Ukraine bereit, schrieb Orbán in einem Brief an die EU-Staats- und Regierungschefs. In Brüssel will man davon nichts wissen.

taz **lage**

Der Sieg geht in den Norden

Für manche Fans im pinken Trikot mag die Fußball-EM bereits vor anderthalb Wochen vorbei gewesen sein, beim Aus der DFB-Elf im Viertelfinale. Für die taz und viele Mitarbeiter*innen blieb es dagegen spannend bis zum Schluss: 45 Menschen aus allen Abteilungen waren Teil des taz-internen Tippspiels, das Siegetreppchen fest im Blick.

Der Endstand: Mit 97 Punkten geht der Sieg nach Hamburg, an taz-nord-Resortleiter K. Knapp zwei Drittel aller Spiele hat er in der Tendenz richtig getippt, bei sieben Begegnungen sogar das genaue Ergebnis. Kurz dahinter folgen Kollegin P. aus der Marketingabteilung (95) sowie taz-zwei-Resortleiterin S. (94).

Das verdient Respekt – und sonst? Geld, verlangte eine Kollegin. Das wäre naheliegend. Ein Einsatz wurde zwar eingesammelt, der hier schreibende Initiator des Tippspiels – Rang 21 von 45 – rechnete allerdings nicht mit so großer Beteiligung. Nun ist eine Summe zusammengekommen, die durchaus verteilt werden will. An den Gewinner? An die Top 3? Oder lieber für etwas, von dem alle etwas haben – Bier und (vegane) Bratwurst etwa?

Ganz taz-gerecht wäre es, wenn dies nun in endlosen Runden ausdiskutiert würde. Nur: Ein Ergebnis würde wohl erst feststehen, wenn alle Beteiligten kurz vor ihrem Ruhestand stehen. Das gilt es zu vermeiden. Fest steht: Eine Siegerehrung findet statt. Wie genau, entscheiden wir spontan. Ganz taz-gerecht.

Konstantin Nowotny



Die blaue Welle reiten: ein Stand des „Compact“-Magazins bei einer AfD-Wahlparty in Sonneberg Ende Juni 2023
Foto: Thomas Victor/Agentur Focus

Rechtsdruck gestoppt

Seit Jahren verbreitet das „Compact“-Magazin rechtsextreme Verschwörungsmysen und Russland-Propaganda. Nun wurde es verboten

Von Konrad Litschko, Jean-Philipp Baeck und Gareth Joswig

Auf das Verbot des Magazins reagiert die AfD denn auch so, als ob sie direkt betroffen wäre: Co-Chef Stefan Möller aus der AfD Thüringen sprach vom „Ende der Pressefreiheit“. Höcke sang anlässlich des Verbots ein Loblied auf den Querfront-Aktivisten Elsässer und meinte: „Der Angriff auf Jürgen Elsässer soll uns alle treffen.“ Der AfD-Spitzenkandidat aus Brandenburg, Hans-Christoph Berndt, nannte Faeser eine „Antifa-Ministerin“. Die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel und Tino Chrupalla nannten das Verbot einen „schweren Schlag gegen die Pressefreiheit“, den man mit großer Sorge beobachte.

Auch andere rechte Medienvertreter*innen solidarisierten sich mit dem Magazin und unterstrichen dabei ihre völkische Agenda: „Verboden wird, wer das Volk erhalten will“, empörte sich etwa Philip Stein von „Ein Prozent“, einem Identitären-nahen Verein, der seinerseits im April 2023 als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wurde.

Jürgen Elsässer selbst hatte sich bereits am Dienstagmorgen vor seinem Haus in Falkensee öffentlich zu Wort gemeldet und sprach von einem „schlimmen Eingriff in die Presse-

freiheit“, einer „diktatorischen“ und „ganz klar faschistischen Maßnahme von Frau Faeser“, verglich dies mit Aktionen, „wie man sie aus der DDR oder dem 3. Reich“ kennt. *Compact* sei noch nie strafrechtlich verurteilt. „In 14 Jahren Existenz gab es keine einzige Verurteilung wegen irgendwas wie Volkverhetzung, Rassismus, Antisemitismus oder Aufruf zur Gewalt – niemals“, so Elsässer.

Verboden wurde das *Compact*-Magazin allerdings nicht in strafrechtlicher Hinsicht, sondern nach dem Vereinsrecht, weil es sich gegen die „verfassungsmäßige Ordnung“ richte. Auch Unternehmen können unter bestimmten Voraussetzungen mit Vereinsverboten belegt werden. Das Verbot einer Publikation hat indes Seltenheitswert: Zuletzt hatte das Innenministerium 2019 den kurdischen Mezopotamien-Verlag verboten, dem vorgeworfen wurde, die PKK zu unterstützen.

Neben dem Verkauf der Hefte warb *Compact* immer wieder um Spenden, versuchte auch mit Sonderausgaben, *Compact*TV, Sommerfesten, einer „Clubmitgliedschaft“ oder Fanartikeln im *Compact* Shop wie einer „Heldenmedaille Donald Trump“, einem „Höcke-Taler“ oder einer „Druschba-Medaille“ Geld einzutreiben. Zuletzt beklagte Elsässer jedoch Kontokündigungen und einen „Finanzkrieg“ gegen sein Magazin. Es seien Spendenausfälle von 140.000 Euro angefallen.

Laut dem jüngsten, im Mai veröffentlichten Jahresabschluss der *Compact*-Magazin GmbH betrug der Umsatz im Geschäftsjahr 2021 geschätzte 6,8 Millionen Euro bei einem Gewinn von 390.000 Euro. Auch in den fünf Jahren davor lag der Umsatz jeweils bei mittleren einstelligen Millionenbeträgen.

Dass sein Organ nun verboten wird, ist für Chefredakteur Elsässer das vorläufige Ende eines langen Weges von ganz links nach ganz rechts. Denn ursprünglich war der Publizist mal Anhänger des Kommunistischen Bundes und *konkret*-Autor. Vor knapp 20 Jahren begann dann sein Weg nach rechts, vorgeblich, weil sich „die Linke“ nicht mehr für das Proletariat interessiere.

Mit seinem Magazin prägte Elsässer dann den rechten Diskurs der letzten Jahre mit. Für den 27. Juli hatte *Compact* bereits das nächste Event geplant: ein „Sommerfest“ mit Sellner und Krahn in Stößen (Sachsen-Anhalt).

Das *Compact*-Magazin ist seit Jahren der publizistische Einheber des Rechtsrucks. Symptomatisch dafür steht ein kürzlicher Auftritt des Chefredakteurs Jürgen Elsässer im sächsischen Zwönitz: Der 67-Jährige bekannte sich dort als „Putin-Unterstützer“, wetterte gegen „Umvolkung“ und „Wokeness“ und erklärte, Deutschland sei „ein besetztes Land“, unter Kontrolle der „Blutsauger im Westen“. Deutschland werde „vor die Hunde gehen, wenn wir die da oben nicht davonjagen“, rief Elsässer vor einer Großfahne der Freien Sachsen. Schon früher forderte er den „Regimesturz“, rief Soldaten 2015 dazu auf, die Grenzen, Asylunterkünfte und Moscheen zu schließen, und agitiert seit Jahren – Print wie Online – massiv gegen Geflüchtete.

Seit Dienstagfrüh ist damit Schluss. Im Morgengrauen ließ das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) das rechtsextreme Magazin verbieten, ebenso wie die dazugehörige *Conspic* Film GmbH. Polizeikräfte durchsuchten den Verlagssitz in Falkensee in Brandenburg, wo auch Chefredakteur Elsässer wohnt, und weitere Objekte in Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Vermögenswerte wurden

beschlagnahmt. Ab sofort ist dem Magazin jede Tätigkeit verboten, sie fortzuführen ist strafbar.

Für Faeser ist *Compact* „ein zentrales Sprachrohr“ der rechtsextremistischen Szene. „Dieses Magazin hetzt auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen unsere parlamentarische Demokratie“, erklärte Faeser am Dienstag in einer Pressemitteilung. Das Ministerium wirft dem Magazin antisemitische, minderheitenfeindliche, geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Inhalte vor. Vertreten werde ein „völkisch-nationalistisches Gesellschaftskonzept“ und eine „Widerstandsrhetorik“. Bereits im Jahr 2020 wurde das *Compact*-Magazin vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ eingestuft, ein Jahr später als „gesichert rechtsextreme Bestrebung“.

Die erste Ausgabe des *Compact*-Magazins erschien im Dezember 2010, ab 2013 wurde es monatlich veröffentlicht. Zuletzt hatte *Compact* eine Auflage von rund 40.000 Exemplaren, online erreichte der Youtube-Kanal rund 350.000 Abonnent*innen und einzelne Videos mehrere Hunderttausend Klicks. Nach eigenen Angaben hatte

*Compact*TV zuletzt über 1 Million Zuschauer am Tag.

Chefredakteur Elsässer gilt als „zentraler Vernetzungsakteur“ in der rechtsextremen Szene. Er stand bei Pegida auf der Bühne, hat Kontakte zu der Kleinpartei „Freie Sachsen“ und bot immer wieder Rechtsextremen wie dem Identitären Martin Sellner, dem Verschwörungsmythiker Oliver Janich oder AfD-Größen wie Björn Höcke und Maximilian Krahn ein Podium. Gedruckt wurde ein „Exklusiv-Interview“ mit Kremlesprecherin Maria Sacharowa, und der russische neofaschistische Ideologe Alexander Dugin veröffentlichte Essays im Magazin.

Besonders eng ist das Verhältnis von *Compact* zur AfD. Zu den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg veranstaltete *Compact* etwa eine Kundgebungstour namens „Die blaue Welle“, für die zu Spenden aufgerufen wurde. Das wurde selbst der AfD zu heikel, die eine Parteispendenaffäre fürchtete und eine Unterlassungserklärung gegen das Magazin anstrebte. Die Veranstaltungen selbst wirkten dennoch als Wahlkampfveranstaltungen für die AfD, inklusive jeder Menge Russland-Folklore und Auftritten von AfD-Politikern wie dem unter Korruptionsverdacht stehenden Petr Bystron.

Elsässer sprach von einem „schlimmen Eingriff in die Pressefreiheit“, einer „faschistischen Maßnahme“

freiheit“, einer „diktatorischen“ und „ganz klar faschistischen Maßnahme von Frau Faeser“, verglich dies mit Aktionen, „wie man sie aus der DDR oder dem 3. Reich“ kennt. *Compact* sei noch nie strafrechtlich verurteilt. „In 14 Jahren Existenz gab es keine einzige Verurteilung wegen irgendwas wie Volkverhetzung, Rassismus, Antisemitismus oder Aufruf zur Gewalt – niemals“, so Elsässer.

compact-verbot

Es geht nicht um Straftaten

Nach welchem Gesetz wurde der „Compact“-Verlag verboten? Wie kann er gegen das Verbot vorgehen? Fragen und Antworten

Von Christian Rath

In welchem Gesetz sind Vereinsverbote geregelt?

Im Vereinsgesetz. Das Vereinsgesetz regelt ausschließlich, wie man Vereine verbietet.

Wer kann in Deutschland Vereine verbieten?

Für bundesweit aktive Organisationen ist das Bundesinnenministerium zuständig, derzeit also Ministerin Nancy Faeser (SPD). Bei örtlichen und regionalen Organisationen müssen die Länder handeln. Bei Parteien ist das Bundesverfassungsgericht zuständig, aber nur wenn es einen Antrag gibt.

Welche Voraussetzungen bestehen für ein Vereinsverbot?

Laut Vereinsgesetz gibt es drei Verbotgründe: 1. der Verein begeht strafbare Handlungen, 2. der Verein richtet sich gegen die Völkerverständigung, 3. der Verein richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Faeser stützt das Verbot von *Compact* auf Letzteres. Es kommt deshalb nicht darauf an, ob *Compact*-Chef Jürgen Elsässer bereits strafrechtlich verurteilt wurde.

Die Verfassungsfeindlichkeit von *Compact* ergibt sich laut Faeser daraus, dass die Publikation offen den Umsturz der Verfassungsordnung propagiert und

gegen arabische, muslimische und jüdische Menschen hetzt. *Compact* vertrete ein völkisch-nationalistisches Gesellschaftskonzept, das „ethnisch Fremde“ aus dem Staatsvolk ausschließen will, was deren Menschenwürde verletze.

Wie kann das Compact-Magazin als „Verein“ verboten werden?

Das Vereinsgesetz gilt nicht nur für eingetragene Vereine, sondern für alle Personenzusammenschlüsse, auch für Unternehmen wie die *Compact* Magazin GmbH.

Wie verträgt sich das Compact-

Verbot mit der Pressefreiheit?

Die Herausgabe einer Zeitschrift oder eines Onlinemagazins ist durch die Pressefreiheit geschützt. Das heißt: Eingriffe in die Pressefreiheit sind nur aufgrund einer gesetzlichen Regelung möglich, die verhältnismäßig ist und im Einzelfall in verhältnismäßiger Weise angewandt wird.

Die Vereinsverbote sind gesetzlich geregelt und grundsätzlich verhältnismäßig. Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits entschieden, dass die Pressefreiheit zurückstehen muss, wenn eine Publikation verbotswürdige Zwecke verfolgt. Ob sich auch das konkrete Ver-

bot von *Compact* in Abwägung mit der Pressefreiheit rechtfertigen lässt, wird sich vor Gericht zeigen. Das Innenministerium hat in seiner 79-seitigen Verbotverfügung ausführlich Indizien gegen *Compact* zusammengetragen.

Kann Compact gegen das Verbot klagen?

Natürlich. Gegen bundesweite Vereinsverbote gibt es aber nur eine Instanz, beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Die Klage hat dabei keine aufschiebende Wirkung. Gegen einzelne Vollstreckungsmaßnahmen, etwa Durchsuchungen und Beschlagnahmungen, kann auch

bei den Verwaltungsgerichten vor Ort geklagt werden. Wenn der normale Rechtsweg erschöpft ist, kann auch noch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angerufen werden.

Welche Strafe droht Compact-Chef Elsässer?

Zunächst keine. Das Vereinsverbot ist eine Maßnahme der Gefahrenabwehr und nicht mit Sanktionen für vergangenes Verhalten verbunden. *Compact* wurde auch nicht als kriminelle Vereinigung eingestuft wie die Letzte Generation. Nur wenn Elsässer *Compact* fortführt oder eine Ersatzorganisation gründet, macht er sich strafbar.

Der Mann, der Sachsen verarztet

Seit Jahrzehnten kümmert sich Gottfried Hanzl um seine Patient:innen im sächsischen Oderwitz. Der 74-Jährige wird noch immer gebraucht: Denn in der Region fehlen mehr als ein Dutzend Ärzte

Aus Oderwitz **Leonie Gubela** (Text und Fotos)



Kann und will nicht aufhören: Der 74-Jährige arbeitet noch immer etwa 30 Stunden pro Woche als Landarzt. Viele seiner jüngeren Kolleg:innen wollen lieber in der Stadt leben

Gottfried Hanzl will gerade zur Tür raus, da ruft die Frau des Patienten ihm hinterher: „Doktor? Können Sie mich noch mal am Nacken knacken?“ Hanzl dreht sich um, nickt und sagt „Nu!“ – sächsisch für „Ja!“ Hanzl, Landarzt in Oderwitz in der Oberlausitz, sagt „Nu!“ sehr oft. Während er den Nacken der Frau knackt, fragt der eigentliche Patient, Herr Baum*, vom Sofa herüber: „Haben Sie Hoffnung, was mich angeht?“ „Nu!“, sagt Hanzl, diesmal mit besonderem Nachdruck.

Herr Baum ist an diesem Donnerstagmittag Anfang Juni Hanzls vierter Hausbesuch. Die beiden kennen sich seit fünfzig Jahren, das erste Mal trafen sie aufeinander, als Herr Baum im Heizkraftwerk in den Bunker gefallen war. „Da hab ich mir einiges zugezogen“, erzählt der 86-Jährige, während Hanzl ein paar Minuten zuvor seinen Blutdruck misst. Heute hat er es mit Schmerzen zu tun, die das Alter mit sich bringen. Hanzl klebt ihm deswegen ein schmerzlinderndes Pflaster auf den Oberarm, das wirkt über mehrere Tage, am Magen vorbei. „Haben Sie denn jetzt gegessen?“, fragt Hanzl. Essen ist schwierig, Laufen noch schwieriger, berichtet der Patient. „Einmal die Zunge zeigen.“ Hanzl verordnet eine Infusionsserie, morgen komme Schwester Renate vorbei, oder „die Evi“. „Die kontrollieren dann auch, ob Sie Nebenwirkungen vom Pflaster haben, ob Sie plötzlich bunte Bäume sehen oder ganz hippiemäßig werden.“ Hanzl kniet am Couchtisch, tippt parallel ein paar Dinge in seinen Laptop. Am Montag will er selber noch mal wiederkommen.

„Der Hanzl kennt unsere gesamte Krankheitsgeschichte, von der ganzen Familie“, sagt Herr Baum. Es sei „ganz wichtig, gaaaaanz wichtig“, dass der Arzt bei ihnen zu Hause vorbeikomme, er und seine Frau seien ja nicht mehr mobil und die Kinder woanders. Eigentlich möchte er schon seit einer Weile zum Augenarzt, „aber das mach ich jetzt halt nicht.“ Termine gäbe es frühestens in einem halben Jahr und er komme da ja auch gar nicht hin. Zumindest würden die Schmerzen jetzt weniger, sagt Hanzl und geht nun wirklich Richtung Haustür. „Herr Doktor, wir bedanken uns recht herzlich!“, ruft Frau Baum. „Doktor! Danke!“, sagt ihr Mann. „Nu!“, antwortet Gottfried Hanzl.

In Sachsen ist die medizinische Grundversorgung eines der drängendsten politischen Themen

Zurück im Wagen legt Hanzl den Rückwärtsgang ein, im Radio singt die Schlagersängerin Trude Herr leise „Frau von Format“. Keine Stunde waren der Arzt und Schwester Jona unterwegs, sie haben Verbände gewechselt, Atemgeräusche abgehört, Blut abgenommen, Rezepte ausgestellt und Folgetermine vereinbart. Rein ins Haus, Pa-

tient:in begutachten, zurück ins Auto, Blick aufs Klemmbrett, weiter. Ausnahmslos alle Haustüren waren nur angelehnt heute, die Bewohner:innen sind Menschen im hohen Alter, denen schon ein paar Schritte durch den eigenen Flur Mühe bereiten. Den Weg in die Praxis auf sich nehmen, dort auf unbestimmte Zeit im Wartezimmer rumsitzen – undenkbar. Dass es Dr. Hanzl gibt, ist für sie ein großes Glück.

Bundesweit herrscht auf dem Land Ärztemangel. In Sachsen sind fast 400 Stellen momentan unbesetzt – vor zehn Jahren waren es nur knapp 200. Ein Drittel der Menschen im Freistaat sind medizinisch unterversorgt. Fragt man Menschen in der Region um Oderwitz, was sich in ihrem Alltag zum Negativen entwickelt, dann hört man immer wieder: Niemand da, der den so vertrauten und sich nun im Ruhestand befindenden Hausarzt ersetzen möchte. Weite Wege, lange Wartezeiten. Und von Spezialpraxen will man gar nicht erst anfangen: 40 Kilometer nach Bautzen zum HNO fahren? Das kommt vor. Laut einer Umfrage aus dem Herbst vergangenen Jahres halten die Menschen in Sachsen die medizinische Grundversorgung für eines der drängendsten politischen Themen. In der Region Löbau-Zittau, wo sich Hanzls Praxis befindet, fehlen ganz konkret gerade mehr als ein Dutzend Hausärzte, etwas weniger als die Hälfte der noch Praktizierenden sind über 60. Hanzl, 74 Jahre alt, ist der wahrscheinlich älteste von ihnen. Ob er demnächst mal in Rente gehen wolle, ist eine der wenigen Fragen, die Hanzl nicht mit „Nu!“ beantwortet, sondern mit einem lang gezogenen „Nööööö!“. Dass Hanzl nicht aufhören

will, trifft sich gut mit der Tatsache, dass er gar nicht aufhören kann. Auch er findet niemanden, der die Praxis übernehmen will. Aber alles halb so wild, er trete ja längst kürzer, mache nur noch 30 Stunden in der Woche und freitags um 15 Uhr Feierabend.

Dass das womöglich nicht ganz stimmt, verriet Schwester Jonas Blick auf dem Beifahrersitz, und auch Hanzl gibt zu: „Es gibt Menschen, die behaupten, ich mache mehr. Aber offiziell ist das so, wie ich gesagt habe.“ Während er erzählt, klingelt sein Handy. Der Mann einer Patientin fragt nach einem kurzfristigen Termin. „Übermorgen, am Samstag, um halb zehn soll sie kommen“, sagt Hanzl. Da sei Spezialsprechstunde, für alle, die zu weit weg wohnen oder viel arbeiten müssen.

Der Landarzt kümmert sich darum, dass für seine 2.800 Patient:innen versorgungstechnisch alles recht komfortabel bleibt – und das seit mehr als 30 Jahren. Ende der Achtziger errichtete er sein Ambulatorium quasi eigenhändig, fungierte als Bauleiter, Materialbeschaffer und Logistikchef. Die Gemeinde und einige Betriebe in Oderwitz finanzierten den Umbau der damals leer stehenden Baracke an der Scheringer Straße. Heute ist das Ambulatorium 200 Quadratmeter groß und beheimatet noch eine Logopädie und einen Mobilen Pflegedienst. Ungefähr ein Dutzend Ärzt:innen hat er in den vergangenen Jahrzehnten dort ausgebildet, täglich werden über die Schwelle seiner Praxis Neugeborene im Kinderwagen und Greise im Rollstuhl geschoben, alle dazwischen betreut Hanzl auch – oder sucht sie gleich in ihren eigenen Wohnzimmern auf.



Die Praxis in Oderwitz: Ungefähr ein Dutzend Ärzt:innen hat Gottfried Hanzl hier in den vergangenen Jahrzehnten ausgebildet

Für den groß gewachsenen, jünger als Mitte 70 wirkenden Hanzl sind Hausbesuche einer der Grundpfeiler seiner Arbeit. Während kaum noch Ärzt:innen Kapazitäten dafür haben, beobachtet Hanzl, dass der Bedarf eigentlich größer wird. Immer mehr Alten fehlt es an Angehörigen in direkter Umgebung, deren Kinder gründen ihre eigenen Familien in den großen Städten. Keiner da, der die betagten Eltern in die Praxis begleitet. Hanzl teilt seine Hausbesuche auf in chronisch und akut. Es gibt Patient:innen, die besucht er alle zwei, vier oder sechs Wochen. „Da macht man sich ‘nen Schlachtplan.“

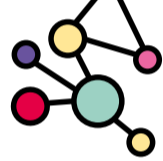
Akut sind heute ein Herr, der über Schwindel klagt und eine Frau, die gerade eine Hüft-OP hinter sich hat. All seine auszubildenden Ärzt:innen bekommen die Hausbesuche „in die Wiege gelegt“, den meisten mache der kleine Roadtrip durch die Umgebung Freude. Nicht zuletzt wohl auch wegen der Dankbarkeit, die einem da als Arzt entgegen schlägt. Denn die Hausbesuchten rund um Oderwitz sind sich ihres Privilegs bewusst. All seinen auszubildenden Ärzt:innen lege er nahe, sich irgendwo in der Region eine Anstellung zu suchen. Hanzl, jahrelanger Hausärzte-Sprecher und gewählter Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsens in der Region, Sorge dann auch dafür, dass sie eine Stelle bekommen. Aber niederlassen will sich eben kaum jemand auf dem Land.

Die Politik, findet er, habe genug getan, um gegenzusteuern. So werden seit dem Wintersemester 2022/23 6,5 Prozent der Medizinstudienplätze in Sachsen an angehende Hausärzt:innen vergeben, die auf dem Land praktizieren wollen. Darüber hinaus gibt es das Sächsische Hausarztstipendium vom Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, das sich an Medizinstudent:innen im ersten Semester richtet. Wenn sich die Studis bereit erklären, ihre jährlichen Hospitationen in sächsischen Hausarztpraxen zu absolvieren und im Anschluss sechs Jahre auf dem Land praktizieren, bekommen sie für die Dauer ihres Studiums monatlich 1.000 Euro. Wer in unterversorgten Gebieten eine Praxis neueröffnet oder übernimmt, kann zudem bis zu 100.000 Euro Förderung beantragen. Weitere geplante Maßnahmen, die sich in den Wahlprogrammen der Parteien vor der Landtagswahl am 1. September wiederfinden: die Einrichtung von „Niederlassungsfahrschulen“, in denen Hausärzt:innen dabei geholfen wird, eine eigene Praxis zu gründen, Stärkung kommunaler Gesundheitszentren, leichterer Zugang zum Studium sowie mehr Telemedizin.

Aber Hanzl, der vier Mal im Semester als Dozent für Allgemeinmedizin an der TU Dresden arbeitet, beobachtet eben auch, dass die jungen Leute glauben, „das schönste Leben ist in der Großstadt.“ Weil man da jeden Abend in die Oper könne. Und die Jungen generell ja so viel Wert legten auf ihre

Freizeitgestaltung. „Die wollen alle eine Work-Life-Crisis ...?“ „Balance?“ Balance!“, sagt Hanzl und lacht. Er sitzt jetzt im Pausenraum, das Knie an die Brust rangezogen. Kurz verschlafen, bevor es gleich im Behandlungszimmer weitergeht. An der Pinnwand hinter ihm hängt der Essensplan für diese Woche: heute Möhreintopf, morgen Seelachsfilet. In einer Vitrine am Kopfende des Raumes stehen mehrere dicke Bände „Praxischronik“, daneben aufeinandergestapelte Pralinenpackungen von glücklichen Patient:innen. „Die jungen Leute wollen 9 bis 15 Uhr, aber die werden schnell merken, dass es mehr Zeit braucht für eine innere Festigkeit.“ Was er damit meint? Um das mentale Gleichgewicht zu halten, müssten Erfolgserlebnisse her, sagt er. „Drei, vier Menschen

ost
wahlen
2024



Alle Texte dazu finden sie hier auf taz.de und hier:

Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.

geholfen zu haben, nach einem Misserfolg. Medizinisch, oder weil man ihnen einen Arbeitsplatz besorgt hat oder die Erwerbsunfähigkeitsrente ermöglicht oder ein wichtiges Attest ausgestellt hat. Das sind Kleinigkeiten, aber die braucht es.“

Hanzl hat viele Weisheiten solcher Art. Er meint sie alle gut, ihm ist wichtig, dass der Nachwuchs einen realistischen Blick auf den Beruf bekommt. Einmal ging das nach hinten los, da riet er einer seiner Studentinnen das mit der Chirurgie besser sein zu lassen, „in dieser Männerwelt, die machen dich kaputt“, habe er gesagt. Die Studentin ging zum Gleichstellungsbeauftragten, Hanzl kam noch mal davon. Umstimmen, doch Hausärztin zu werden, konnte er sie jedenfalls nicht.

In letzter Zeit beobachte er allerdings eine Art Kehrtwende, die ihn optimistisch macht. Da seien ein paar junge Kollegen und Kolleginnen „in der Pipeline“, die mit der ländlichen Region liebäugelten. Denn die Medizinstudent:innen sehnten sich nach einer anspruchsvollen Tätigkeit und Landarzt werden sei da genau das Richtige. „Weil man nämlich immer mitdenken muss, dass die Fachärzte nicht um die Ecke sind.“ Anders als in der Stadt könne man die Patienten hier nicht einfach eine Straße weiter zum Orthopäden schicken, man sei da als Hausarzt selbst gefragt. Und wenn dann doch kein Weg an der Überweisung vorbeiführe, dann müsse die präzise sein – „ich kann da nicht ‚krummer Finger‘ draufschreiben.“ Die Fachärzt:innen in der Region seien so überlastet, und gute Beziehungen zu ihnen essentiell.

Zu einem von diesen Fachärzten hat Hanzl eine ganz besondere Verbindung. Er ist Dermatologe, heißt Ivo Hohlfeld und hatte einen Einfall, der bei Hanzl sehr gut ankam. Denn rund um Oderwitz fehlen natürlich auch Hautärzte, alle vier Praxen, die es einmal gab, stehen leer. Für genau diese unterversorgten Regionen entwickelte Hohlfeld, damals tätig an der Uniklinik Leipzig, vor ein paar Jahren das „dermatologische Telekonsil“.

Die Idee: Hausärzt:innen werden ausgestattet mit besonderer Lupe, iPad und einem darin eingespeicherten ausführlichen Fragebogen zu den Symptomen des Patienten. Praxismitarbeiter:innen schicken die hochauflösenden Bilder der Hautauffälligkeiten zu Hohlfeld und seinen Kolleg:innen, die melden sich innerhalb weniger Tage zurück, geben Diagnose und Therapieempfehlung ab. Wenn nötig schickt Hanzl im Anschluss eine Probe in die nächste Hautklinik nach Görlitz, „und Sie werden nicht glauben, zwei, drei Mal im Monat ist da ein Hautkrebs dabei“, sagt Hanzl.

80 Prozent der Patient:innen, die sich mit Hautangelegenheiten an ihn wenden, könne er so selbst versorgen, 20 Prozent müssten zum Spezialisten. Für diese 20 Prozent gibt es einen Katalog mit acht Hautärzt:innen in Bautzen, Hoyerswerda oder Görlitz, bei denen die Patient:innen sofort einen Termin bekämen. Win-win, findet Hanzl, denn die Hautärzt:innen in der Region müssten sich nur mit echten Fällen befassen und für seine Schwestern, die in das gesamte Prozedere fest eingebunden sind – von der Übermittlung der Daten bis zur Nachsorge der OP-Wunde – wäre das Ganze „ein schöner Anreiz, mal was anderes zu machen“.

Insbesondere in Zeiten, in denen immer mehr Menschen an Hautkrebs erkranken. Erst kürzlich teilte das Statistische Bundesamt mit, dass 2022 4.400 Menschen an den Folgen eines Melanoms starben – 63 Prozent mehr als im Jahr 2002. Über die Hälfte der 2022 Verstorbenen waren 80 Jahre alt oder älter. Dass die verstärkte UV-Strahlung durch den Klimawandel diese Entwicklung noch begünstigt, ist lange bekannt. Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsens versucht nun auch in Löbau-Zittau mit einer von ihr geführten Praxis gegenzusteuern. Dermatolog:innen, die sich nicht niederlassen wollen, weil ihnen eine Praxisgründung zu risikoreich ist, könnten dort als normale Angestellte arbeiten. Konkret umgesetzt ist das Ganze aber noch nicht.

Bis dahin also Lupe und iPad: „Zu sagen, dass die Telederma den Hautarzt ersetzt, wäre absolut überheblich“, sagt Hanzl. „Aber es ist ein Versuch, die Patienten heimatnah in der Region in der Versorgung zu belassen“, ergänzt Ivo Hohlfeld ein paar Tage später am Telefon. Versorgung sei das Stichwort – denn Online-Hautchecks, wie es sie schon eine ganze Weile von verschiedenen Anbietern im Netz gibt, beinhalten zwar eine Therapieempfehlung, aber der Patient stehe dann „weiterhin im Nirvana“. Zwar hat er eine Idee, um was für eine Erkrankung es sich handeln könnte – „aber er findet eben keinen, der ihn behandelt.“

Über Dr. Hanzl sagt Hohlfeld, der Mann sei „eine Ikone“. „Wenn wir in jeder Region so einen hätten, sähe unsere medizinische Versorgung besser aus in Deutschland.“ Denn Hanzl war nicht nur sofort elektrisiert von Hohlfelds Idee – er setzte sich auch lange dafür ein, dass das „dermatologische Telekonsil“ Kassenleistung wird und die Ärzt:innen nicht selber für die Technikkosten aufkommen müssen. Ein Jahr dauerte es, bis sich die Kassenärztliche Vereinigung Sachsens mit den Kassen einigte, Anfang des Jahres gab es in Hanzls Praxis dann einen kleinen Festakt. Die sächsische Sozialministerin Petra Köpping (SPD) kam vorbei, verteilte Glückwünsche und betonte, dass Projekte wie dieses keine Ersatzlösung, sondern die Zukunft seien. Mittlerweile machen 31 Hausärzt:innen in der Region mit. Deutschlandweit ist das Projekt bisher einmalig. Hanzl

inspiriert das alles zu mehr, am liebsten würde er gleich noch eine „Tele-Rheuma“ implementieren. Denn Rheumatolog:innen gibt es noch viel weniger als Hautärzt:innen. Auch hier würde eine Vorauswahl Sinn machen, findet er. In Hanzls Büro hängt ein selbstgemaltes Bild mit der Aufschrift „Lass dir nicht einfach erzählen, deine Pläne wären zu groß.“ Für den Landarzt, der unter anderem vor ein paar Jahren in der Region die erste Tagespflege für Demenzzranke gründete, scheint das keine Floskel zu sein.

2021 wurde er dafür von der Sächsischen Landesärztekammer mit einer Ehrenmedaille ausgezeichnet. Der Laudator lobte seine „gelebte ärztliche Kollegialität, Verlässlichkeit, Geradlinigkeit und Abneigung von Populismus“. Letzteres trainiert er vor allem auf den Hausbesuchen, wenn die Leute ihm wieder mal erzählen wollen, wie furchtbar alles ist. Hanzl beobachte schon seit einer Weile, dass die Unzufriedenheit wachse, „dieses tägliche Verarbeiten der Nachrichten“ über alle möglichen, auch unseriösen Kanäle, „dass da vieles für bare Münze gehalten wird“, sagt er. Der Krieg in Europa, die Inflation. Seine Patient:innen machten sich neuerdings ständig Sorgen, das sei früher anders gewesen.

Hanzl ist CDU-Mitglied, engagierte sich lange im Oderwitzer Gemeinderat. Er ist es gewohnt, dass seine Patient:innen mit ihm über Politik sprechen wollen, „und das lasse ich auch auf jeden Fall zu, wenn das notwendig ist.“ Aber immer häufiger würde er den Leuten heute sagen: Schauen Sie sich doch mal um, Sie haben ein schönes Häusl, da ist alles in Ordnung, machen Sie sich abends ein Bier auf und gehen Sie mal rüber zum Nachbarn und reden mit dem. „Er betone dann: ‚Leute, seid doch froh, dass ihr hier wohnt.‘ Es gebe ausreichend Bahnanbindung, Kaufhallen, Schulen und Apotheken. „Was wir alles haben, sag ich. Und dann sagen sie auch schon mal: Stimmt, da haben Sie recht, Doktor.“

Die Menschen, die im Nachbarort Zittau zu den rechtsextremen Montagsdemos gingen, seien alles furchtbare Besserwisser ohne Lösungen, die am Tage keine Verantwortung hätten, sagt Hanzl. Immerhin sei in Oderwitz noch alles halbwegs im Lot, die Freien Sachsen im Gemeinderat schon immer chancenlos, und die AfD habe im Ort eh noch nie was auf die Kette gekriegt. Bei der Kommunalwahl ein paar Tage später verlor sie ihren einzigen Sitz.

Doch auch wenn generell der Glaube sinke, an die Politik, die Verwaltung, an das, was die Zukunft mit sich bringe – das Vertrauen in den Hausarzt, das ist hier riesengroß, sagt Abraham Bucek, Mitarbeiter von Doktor Hanzl. „Wenn die Leute vom Dach fallen, dann rufen die zuerst bei uns an.“ Kein Problem, im Zweifel sei jemand aus der Praxis gerade eh in der Nachbarschaft unterwegs.

*Name geändert

Ärztmangel auf dem Land

Bundesweites Problem

Auf dem Land herrscht bundesweit Ärztemangel. Viele Ärzt:innen haben Schwierigkeiten Nachfolger:innen für ihre Praxis zu finden. Laut dem Bundesministerium für Gesundheit sind neben schlechter Infrastruktur teilweise auch die Arbeitsbedingungen dafür verantwortlich. Zudem müssen Landärzt:innen oftmals mehr Patient:innen betreuen als ihre Kolleg:innen in der Stadt. Auch die langen Anfahrtswege zu den Hausbesuchen sind ein Problem.

400 Ärzte fehlen in Sachsen

Fast 400 Stellen sind in Sachsen momentan unbesetzt – vor zehn Jahren waren es nur knapp 200. Ein Drittel der Menschen im Freistaat sind medizinisch unterversorgt. Verschiedene politische Maßnahmen versuchen dem Mangel entgegenzusteuern. Seit dem Wintersemester 2022/23 werden etwa 6,5 Prozent der Medizinstudienplätze in Sachsen an angehende Hausärzt:innen vergeben, die auf dem Land praktizieren wollen. (taz)



Mit Lupe und iPad kann der Landarzt bei seinen Patient:innen Hautkrebs früh erkennen

soziwetter

Die bayerische Splitterpartei mit dem Kürzel „S P D“ hat einen neuen Vorsitzenden. Die Fraktion wählte am Dienstag den Abgeordneten Holger Griebhammer einstimmig zum Nachfolger von Florian von Brunn. Diesem hatten die Abgeordneten in der vergangenen Woche das Vertrauen entzogen. Griebhammer gab als Ziel aus, in Bayern wieder zweistellig abzuschneiden. Zuletzt hatten die Sozialdemokraten nur 8,6 Prozent erreicht und sind im Landtag die kleinste Fraktion. Das Wetter in München: 23 Grad

Zu Gast bei Umstürzern

AfD-Spitzenkandidaten haben an einem rechtsextremen Vernetzungstreffen teilgenommen

Von Gareth Joswig

AfD-Spitzenpolitiker haben am jährlichen Vernetzungstreffen der neurechten Szene in Schnellroda am 13. und 14. Juli teilgenommen. Das belegen der taz vorliegende Fotoaufnahmen aus der örtlichen Gaststätte Das Schäfchen, in dem das Treffen stattfand. Eingeladen zu dem „Sommerfest“ hatte der Verleger und neurechte Propagandist Götz Kubitschek. Von der AfD sind alle drei Spitzenkandidaten für die im Osten anstehenden Landtagswahlen der Einladung gefolgt: Björn Höcke aus Thüringen, Jörg Urban aus Sachsen und Christoph Berndt aus Brandenburg saßen gemeinsam auf einem Podium.

Ebenfalls vor Ort: Der für seine rassistischen Vertreibungspläne bekannt gewordene österreichische Rechtsextremist Martin Sellner, der hier wieder einmal seine „Remigrations“-Pläne präsentierte.

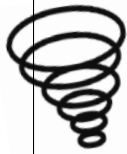
Dass nun mehrere Landesvorsitzende ausgerechnet an Kubitscheks Sommerfest teilnehmen, belegt einmal mehr, wie wenig Berührungsgängste insbesondere in den östlichen Landesverbänden der AfD zum ideologisch-rechtsextremen Vorfeld bestehen, aber auch zu offenen Rechtsextremen wie Sellner.

Der Verlag von Kubitschek propagiert in seinen Schriften teils offen den Umsturz, verlegt Sellners Deportationsfantasien und will faschistische Vordenker wie Carl Schmitt vom Nationalsozialismus reinwaschen. Fristete diese neurechte Szene als unbedeutende politische Strömung lange ein Nischendasein, hat sie mit der AfD mittlerweile einen parlamentarischen Arm erhalten, der ihre teils biologistische Ideologie und Verschwörungsmymen zwischen völkischen Reinheitsfantasien und „großem Austausch“ bis weit in die vermeintlich bürgerliche Mitte anschlussfähig macht.

Szeneintern hat indes mal wieder der rechtsextreme Schaumschläger Maximilian Kraus für Aufsehen gesorgt. Der hat selbst ein russlandfreundliches und antihumanistisches Buch bei Kubitschek veröffentlicht und nahm wie auch schon letztes Jahr am Sommerfest teil. Für Aufregung hat offenbar gesorgt, dass er statt „Remigration“ oder „Assimilation“ offenbar nun „ethnische Enklaven“ für Muslime fordert, was im völkisch-nationalistischen Kontext zwangsläufig an Gettoisierung erinnert. Im völkischen Lager jedenfalls sorgte Kraus Forderung offenbar für Irritationen, die bis in die Kommentarspalten der sozialen Medien reichen.

Neben der weiteren Verzahnung des aktivistisch-rechtsextremen Parteivorfelds mit der AfD zeigt sich auch: Auch wenn Kubitscheks ehemaliges Institut für Staatspolitik offiziell aufgelöst ist, organisiert er das rechtsextreme Treiben munter weiter. Im Mai dieses Jahres hatte Kubitschek seine neurechte Ideologieschmiede aus Angst vor Repressionen organisatorisch neu aufgestellt. Inhaltlich allerdings hat sich nichts geändert.

Einen inhaltlichen Schlusspunkt hat am Sonntag in Schnellroda wiederum der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner gesetzt. Aufgepeitscht vom gescheiterten Attentat auf den Republikaner Donald Trump, feierte er in einer mittlerweile veröffentlichten Abschlussrede diesen als epischen Helden und hetzte gegen eine „globalistische Agenda“ und befürwortete selbstverständlich Trumps Pläne zum Rückbau der amerikanischen Demokratie.



Loch an Loch – hält doch

Der Haushaltsentwurf 2025 enthält viele Unwägbarkeiten. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ist 17 Milliarden Euro groß. Dennoch soll er heute beschlossen werden.

Von Anna Lehmann

Der Entwurf des Bundeshaushalts, der am Mittwoch von der Ampel-Regierung beschlossen wird, enthält noch zahlreiche Luftbuchungen. So klappt zwischen den voraussichtlichen Einnahmen und den gewünschten Ausgaben noch eine Lücke von 17 Milliarden Euro. Bis Mitte August will die Regierung diese „globale Minderausgabe“ auf 9 Milliarden Euro schrumpfen. Das ist in etwa die Summe, von der man hofft, dass die Ministerien sie eh nicht ausgegeben werden.

Für den Lückenschluss prüfen die Regierungsbeamten nun mit Hochdruck mehrere Instrumente. Möglichkeit eins: Bundeszuschüsse für die Bahn und die Autobahngesellschaft sollen gekürzt und stattdessen durch staatliche Darlehen ersetzt werden. Solche Darlehen gelten als „finanzielle Transaktionen“, werden nicht als Ausgaben verbucht und berühren laut eines Gutachtens des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags auch nicht die grundgesetzliche Schuldenbremse. Begründung: Ein Kassenausgang wird gegen eine Forderung getauscht.

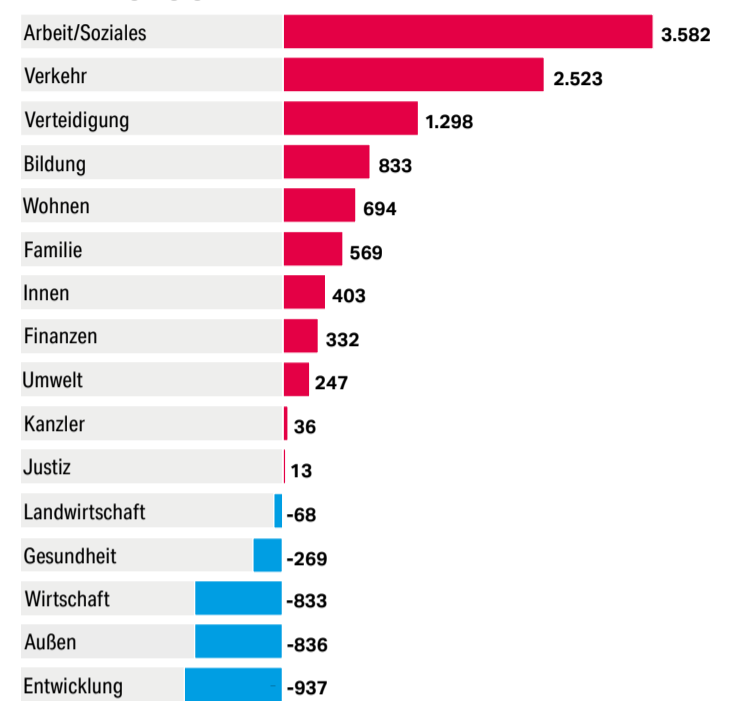
Allerdings sind solche Darlehen auch nicht ohne Risiken. Für die hoch verschuldete Bahn, die sich auch am Kapitalmarkt refinanziert, erhöht sich die Schuldenlast weiter. Der Bundesrechnungshof warnte bereits 2023, die Bahn entwickle sich zu einem „Fass ohne Boden.“

Möglichkeit zwei: Die Rechenkünstlerinnen in Finanzministerium und Kanzleramt prüfen, ob bei der staatlichen Förderbank KfW geparkte Notlagenkredite, die eigentlich für die Gaspresbremse gedacht waren, nun für die Finanzierung anderer Ausgaben im Haushalt herangezogen werden können. Das erinnert allerdings stark an die Umbuchung nicht genutzter Coronakredite in den Klimafonds, die das Bundesverfassungsgericht Ende vergangenen Jahres für nichtig erklärt hatte. Das Urteil hatte die Ampel damals in den Abgrund blicken lassen. Eine ähnliche Niederlage wollen sich die drei Chefhaushaltsverhandler, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner, auf jeden Fall ersparen.

Stattdessen hoffen SPD, FDP und Grüne auf zusätzliche Einnahmen. Parallel zum Haushalt hat die Ampel eine sogenannte Wachstumsinitiative geschnürt, mit der die schwächelnde Konjunktur belebt werden soll. 49 Maßnahmen sind in einem Papier aufgeführt, darunter Steuererleichterungen, verbilligte Energie und weniger Vorschriften für Unternehmen, aber auch Steuerboni für ausländische Fachkräfte. Auch die gern zitierte „hart arbeitende Mitte“ wird mit insgesamt 23 Milliarden Euro im nächsten und übernächsten Jahr entlastet. Der Grundfreibetrag wird angehoben und so die kalte

Entwurf Bundeshaushalt 2025

Veränderungen gegenüber Soll 2024, in Mio. Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

grafik: infotext-berlin.de|L.N.

Progression ausgeglichen, also der Effekt, dass steigende Löhne durch höhere Steuern aufgeessen werden. Das kostet den Staat rund 2,4 Milliarden Euro, im Vergleich dazu nimmt sich die geplante Erhöhung des Kinderzuschlags für Eltern mit geringem Einkommen mit rund einer Milliarde Euro fast bescheiden aus. Andererseits soll der Druck auf Bürgergeldempfängerinnen erhöht werden.

Mit Hilfe der Wachstumsinitiative sollen sechs Milliarden

Euro zusätzlich in die Kasse kommen. Diese sind bereits im Haushalt eingepreist, aber eine Wette auf die Zukunft. Es gibt derzeit noch nicht einmal offizielle Schätzungen, wie viele Fachkräfte tatsächlich nach Deutschland gelockt werden und wie viele Arbeitslose durch verschärfte Sanktionen das Bürgergeld entlasten können.

Insgesamt plant die Regierung im nächsten Jahr mit Ausgaben von knapp 481 Milliarden Euro. Fast 10 Prozent davon werden durch neue Schulden finanziert, die Nettokreditaufnahme soll 44 Milliarden betragen. Die Schuldenbremse, die die Höhe neuer Kredite auf 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt begrenzt, würde damit eingehalten.

Einige Ressorts wie das Arbeits- und Sozialministerium, das Verkehrs- und das Verteidigungsministerium können sich über Zuschläge freuen (siehe Grafik). Verteidigungsminister Boris Pistorius, der weit mehr gefordert hatte, fand den Entwurf dennoch „ärgerlich“ und hofft nun auf Nachverhandlungen im Bundestag, dem wahren Haushaltsgesetzgeber.

Darauf hofft auch Entwicklungsministerin Svenja Schulze, die knapp eine Milliarde, also ein Zehntel ihres Etats, einsparen soll und damit die Kürzungskönigin im Kabinett wäre. **meinung + diskussion 12**



Herr der Finanzen: Christian Lindner von der FDP
Foto: Michael Kappeler/dpa

Und noch ein Schlag gegen rechts

Einordnung der sächsischen AfD als „gesichert rechtsextrem“ wird laut Verwaltungsgericht beibehalten

Von David Muschenich

Das Verwaltungsgericht Dresden hat einen Eilantrag der AfD Sachsen abgelehnt, mit dem die Partei verhindern wollte, dass der sächsische Verfassungsschutz sie als „gesichert rechtsextrem“ einordnet und beobachtet. Wie das Gericht am Dienstag veröffentlichte, gebe es genügend Anhaltspunkte, die die Einschätzung des Verfassungsschutzes rechtfertigten.

Ziele der AfD richteten sich demnach „gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen sowie gegen das Demokratieprinzip“, bestätigte das Verwaltungsgericht Dresden. Sie wolle zum Beispiel deutschen Staatsangehörigen mit Migra-

tionshintergrund nur einen rechtlich abgewerteten Status zuerkennen.

Sowohl führende Mitglieder der AfD als auch Mitglieder der Basis stellten öffentlich Grundrechte infrage. Zudem sei eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Organisationen nachweisbar, die sich unter anderem antisemitisch äußerten – so trat etwa der bisherige Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer mehrfach bei Veranstaltungen der AfD auf. Insofern sei es rechtens, dass der Verfassungsschutz in Sachsen den Landesverband als gesichert rechtsextreme Bestrebung einstufte.

Die Behörde veröffentlichte im Dezember 2023, die AfD sei eine „gesichert rechtsextreme

Strömung“. Sachsens AfD-Verband war nach Thüringen und Sachsen-Anhalt der dritte Landesverband mit einer solchen Einstufung.

Die AfD hatte im Januar die Klage dagegen beim Verwaltungsgericht Dresden eingereicht. Außerdem beantragte die Partei, dass das Gutachten veröffentlicht werde. Jörg Urban, Chef der sächsischen AfD, behauptete, seine Partei stelle die freiheitlich-demokratische Grundordnung gar nicht in Frage.

In diesem Jahr stand die AfD zum ersten Mal als „größte und relevanteste rechtsextremistische Partei“ des Freistaats im sächsischen Verfassungsschutzbericht. Demnach versuche sie,

sich weiterhin einen bürgerlichen Anstrich zu geben, um möglichst viele Stimmen zu bekommen. Gleichzeitig verwende sie aber „ideologische Kampfbegriffe“ und pflege Kontakte zu anderen Rechten. Wenn das entlarvt werde, „schaltet die Partei in eine strategische Opferrolle um“ und leugne oder verharmlose Aussagen.

In Sachsen wird am 1. September ein neuer Landtag gewählt. Die AfD lag in Umfragen zuletzt bei etwa 30 Prozent und damit knapp vor der CDU. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden ist noch nicht rechtskräftig: Die AfD kann dagegen Beschwerde beim sächsischen Oberverwaltungsgericht in Bautzen einreichen.

Folgen weit über Stark-Watzinger hinaus

In der „Fördergeld-Affäre“ drängt die Opposition auf Aufklärung. Forscher:innen sorgen sich um die Zukunft

Von Ralf Pauli

Es gibt sie noch, die erbaulichen Termine für Bettina Stark-Watzinger. Diese Woche besucht die Bundesbildungsministerin Schulen in Brandenburg und Bayern, die für das „Startchancenprogramm“ ausgewählt worden sind und ab dem kommenden Schuljahr zusätzliche Gelder und Stellen erhalten. Ein Verdienst, das zu einem hohen Anteil der FDP-Ministerin anzurechnen ist. Doch mit so viel Wohlwollen wie in Hohen Neuendorf, Neubrandenburg oder Aschaffenburg kann Stark-Watzinger aktuell fast nirgendwo mehr rechnen.

Seit Wochen steht Stark-Watzinger im Verdacht, die Öffentlichkeit in der sogenannten Fördergeld-Affäre belogen zu haben. Bis heute beteuert die Ministerin, von den umstrittenen Vorgängen in ihrem Haus erst nach einem Pressebericht am 11. Juni erfahren zu haben. Mit der Absetzung ihrer Staatssekretärin Sabine Döring am 16. Juni hält Stark-Watzinger die Sache offenbar für beendet. Doch mit jeder weiteren Woche mehren sich die Zweifel an der Darstellung der Ministerin.

So belegen Chatprotokolle aus ihrem Haus, die der Spiegel vergangene Woche veröffentlicht hat, wie früh intern über mögliche Konsequenzen für Forscher:innen gesprochen wurde, die in einem offenen Brief die Räumung eines propalästinensischen Protestcamps an der FU Berlin kritisiert hatten – und zwar bevor die damalige Staatssekretärin angeblich ohne Mitwissen Stark-Watzingers förderrechtliche Sanktionen prüfen ließ.

„Uns wurden offenbar absichtlich Informationen vorenthalten“

Arne Semsrott, Frag den Staat

Pikant dabei: Ausgerechnet der Mitarbeiter, den Stark-Watzinger nun zum neuen Staatssekretär machen möchte, begrüßte demnach, dass sich Forscher:innen aus Sorge um Fördergelder selbst zensieren könnten. Sollte sich dieser Eindruck bestätigen, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Oliver Kaczmarek, der taz, wäre er „für das Amt des Staatssekretärs nicht geeignet“.

Für Unmut sorgt vor allem die mangelnde Aufklärungsbereitschaft von Stark-Watzinger. So ist mittlerweile zwar bekannt, dass die Pressestelle im BMBF bereits am 10. Mai – zwei Tage nach Erscheinen des öffentlichen Briefes – eine Liste aller Unterzeichner:innen erstellen ließ, die BMBF-Gelder erhalten. Doch auch davon will Stark-Watzinger nichts gewusst haben. Im Bildungsausschuss des Bundestages wick die Ministerin der Frage aus, wer die Liste in Auftrag gegeben hat. „Die Mehrheit der Fragen“ sei bis heute nicht beantwortet, kritisiert Thomas Jarzombek von der CDU.

Die Opposition drängt auf weitere Aufklärung: Sowohl Linkspartei als auch die CDU/CSU-Fraktion haben eine kleine Anfrage zur „Fördergeld-Affäre“ gestellt; die der Union umfasst ganze 100 Fragen. Darin geht es auch um die Frage der „ordnungsgemäßen Aktenführung“. Die Ministeriumsspitze nämlich nutzt zum internen Austausch den Chatdienst „Wire“ – in den Akten zur „Fördergeld-Affäre“, die das BMBF auf Antrag der Plattform „Frag den Staat“ öffentlich machen musste, fehlt diese Kommunikation jedoch. Von einer „eklatanten Missachtung der Transparenzpflichten“ spricht Projektleiter Arne Semsrott gegenüber der taz: „Uns wurden offenbar absichtlich Informationen vorenthalten.“

Die stockende Aufarbeitung beobachtet die Wissenschaftscommunity mit Sorge. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (KMK) sagt auf Anfrage der taz, dass es nach der „klaren Grenzüberschreitung“ jetzt darauf ankomme, „seitens des BMBF und seiner Leitung künftig keinerlei Zweifel daran aufkommen zu lassen“, dass „wissenschaftsbezogene Förderentscheidungen hierzulande allein wissenschaftsgeleitet getroffen werden“.

Der Berliner Staatsrechtler Clemens Arzt ist skeptisch, dass sich der Schaden ganz heilen lässt. „Als Wissenschaftler muss ich nun damit rechnen, dass es jederzeit wieder zu so einer Prüfung kommt“, so Arzt. Diese Unsicherheit habe dramatische Folgen: „Künftig werden sich Wissenschaftler:innen dreimal fragen, ob sie sich zu bestimmten Themen öffentlich äußern.“

Entlassen wegen Aktivismus?

Wer sich als Lehrkraft oder Uni-Mitarbeiter*in politisch engagiert, muss mit beruflichen Nachteilen rechnen. Wie viel Radikalität ist im Staatsdienst erlaubt?



Wenn die Politik an dir kleben bleibt: Aktion der Letzten Generation
Foto: Bodo Schackow/picture alliance

Von Alexandra Kehm

Vor dem Hauptgebäude der Friedrich-Schiller-Universität Jena steht eine Gruppe von 70 Personen. Sie halten Schilder hoch, auf denen steht: „Klima schützen ist kein Verbrechen“ und „Solidarität mit Eli – Wiedereinstellung jetzt“. Es ist Ende Mai 2024. Sie protestieren dagegen, dass die Uni kurzfristig den Vertrag einer Person, die öffentlich nur Eli genannt werden will, wieder aufgelöst hat – wegen Vorstrafen aus dem Klima-Aktivismus.

Zum Dezember letzten Jahres trat Eli, der eigentliche Name ist der Redaktion bekannt, eine Stelle als wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in an der Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Jena an, begleitend zur Promotion. Doch die Friedrich-Schiller-Universität hob den Vertrag zwei Wochen nach Beschäftigungsbeginn wieder auf. Die Begründung: Eli habe Vorstrafen nicht angegeben. Das entsprechende Schreiben liegt der taz vor. Eli hat zwei Verurteilungen aus aktivistischem Kontext. 2021 hat er sie eine Weisung blockiert und wurde deswegen wegen Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt. 2020 wurde er* sie unter anderem wegen Nötigung bei der Vorbereitung einer Aktion verurteilt.

Die Freie Arbeiter:innen Union (FAU), die Gewerkschaft, die Eli unterstützt, sieht die Begründung der Vertragsaufhebung auch rechtlich als nicht ausreichend an: Die Straftaten stünden in keinem Bezug zu Elis beruflicher Tätigkeit und lägen unterhalb der Grenze, welche im Beamtenstatusgesetz für einen Dienstausschluss festgeschrieben sind. Diese liegt bei einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten. Eli möchte wieder eingestellt werden, am 18. Juli beginnt dazu der Prozess vor dem Arbeitsgericht Gera. Die Universität Jena möchte sich im Hinblick auf das laufende Verfahren nicht zu den Vorwürfen äußern.

Die Gewerkschaft FAU hat den Fall öffentlich gemacht. In einem offenen Brief beurteilen mehrere Gewerkschafts- und Klimainitiativen, darunter die Betriebsgruppen von Verdi und GEW, den Vorgang als „sehr bedenklich“. Es sei ein „verheerendes Zeichen“ für in der Klimabewegung involvierte Beschäftigte der Universität Jena, so Leo Weis von der FAU.

„Arbeitnehmer schulden den Interessen der Arbeitgeberin eine gewisse Loyalität“

Nathalie Oberthür, RA

Das Vorkommnis in Jena ist kein Einzelfall. Ähnliche Fälle gibt es auch in München und Frankfurt. Anfang 2022 etwa hatte Benjamin Ruß sich auf eine Stelle am Lehrstuhl für Kartografie und visuelle Analytik der Technischen Universität München beworben. In Bayern und Baden-Württemberg müssen Bewerber:innen auf eine Stelle im öffentlichen Dienst einen Fragebogen zur Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen beantworten, die von den Landesämtern für Verfassungsschutz beobachtet werden. Darunter fallen auch Organisationen wie die Jugendorganisation der Partei Die Linke, SDS und die Rote Hilfe, in denen Ruß Mitglied war beziehungsweise ist. Deswegen und wegen seiner marxistischen Weltanschauung sei er für den Job abgelehnt worden, sagt er der taz. Er hat gegen diese Entscheidung geklagt. Die Technische Universität München wollte sich auf Nachfrage nicht zu dem Fall äußern.

In Frankfurt wiederum verbiete die hessische Lehrkräfteakademie es einem Lehramtsstudenten, ein Referendariat zu absolvieren, so die GEW Hessen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt klagte Luca S. für tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Landfriedensbruch an, weil er bei einer Demonstration zum 1. Mai 2021 einen Rauchtopf in Richtung eines Polizeibeamten geworfen haben soll. Deswegen wurde er zu einer Bewährungsstrafe von sieben Monaten verurteilt. Auch Luca S. möchte öffentlich nicht mit ganzem Namen genannt werden, er ist der Redaktion bekannt. Gegen das Urteil hat er Revision eingelegt, auch dieses Verfahren läuft noch. Die GEW fordert, dass er, unabhängig vom Ergebnis der Verhandlung, zum Referendariat zugelassen wird. Aus diesem Konflikt ergibt sich der paradoxe Umstand, dass er zwar kein Referendariat absolvieren darf, aber im vergangenen Schuljahr als angestellter Lehrer an einer Frankfurter Schule weiterarbeiten konnte.

Nun wurde sein Vertrag aber nicht verlängert. Luca S. sieht in dem Verfahren und der Höhe der Strafe gegen ihn eine Kriminalisierung eines linken politischen Aktivismus: „Das ist ein Berufsverbot, man muss das auch so benennen.“ Das hessische Bildungsministerium äußerte sich auf Nachfrage der taz nicht zu dem Fall, sieht den Vorgang aber als abgeschlossen an.

Nathalie Oberthür, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Köln, erklärt, dass es immer eine Einzelfallentscheidung ist, ob Vorstrafen einen Einfluss auf die Einstellung haben. Sie äußert sich nicht zu den Fällen, sondern gibt eine allgemeine rechtliche Einschätzung: „Arbeitnehmer schulden aus ihrer Beziehung zu der Arbeitgeberin eine gewisse Loyalität zu den Interessen der Arbeitgeberin. Das heißt, dass Arbeitnehmer nicht die Interessen der Arbeitgeberin beeinträchtigen dürfen. Und die Interessen des öffentlichen Arbeitgebers sind eine Treue zur Verfassung.“

Torben Ellerbrok, Professor für Öffentliches Recht an der Freien Universität Berlin, erklärt, dass das Fragerecht für Straftaten im öffentlichen Dienst weitreichender greife als in der Privatwirtschaft, „das heißt aber noch nicht, dass dann die Einstellung pauschal verweigert werden kann“. Oberthür erklärte auch, man müsse bei der ausübenden Tätigkeit und der Art der Verurteilung differenzieren. Die Schwere des Delikts, eine Tätigkeit in Leitungsfunktion oder eine exponierte Stellung wie eine Lehrtätigkeit können unterschiedlich auf die Beurteilung einer Vorstrafe bei der Einstellung im öffentlichen Dienst Einfluss nehmen.

Während die Geschichten von Benjamin Ruß, Luca S. und Eli unterschiedliche Anfänge haben, sind die Folgen für alle leider gleich: berufliche Nachteile und laufende Gerichtsverfahren.

Anzeige

75 Ausgaben für € 75*

*Zeitung muss nicht abbestellt werden, Aktionsabo endet automatisch.

jungewelt.de/sommerabo
0 30/53 63 55-80
abo@jungewelt.de

Großes Kino zum kleinen Preis

die ZEITUNG **junge Welt**

FOTO: IMAGO



taz paw shop

40 Jahre taz – Das Buch.

„Wir haben keine Chance, aber wir nutzen sie“ – das war das Motto, unter dem die taz 1978 startete. Den 40. Geburtstag der taz nahmen wir zum Anlass, auf 400 Seiten vier Jahrzehnte taz- und Weltgeschichte zu präsentieren. Großformat: 370 x 270 mm. Zum 45. Geburtstag mit Sticker-Überschüttung. € 14,90

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

Der deutsche Staat verzichtet auf 28 Milliarden

Finanzbehörden sollen das Geld aus Steuerbetrug zurückholen, fordert die Organisation Finanzwende

Von Anja Krüger

Die Ampel-Parteien streiten erbittert über Geld für wichtige Projekte im Bundeshaushalt – und gleichzeitig holt sich der Staat durch Steuerbetrug verlorene Milliarden nicht zurück. Allein durch sogenannten CumCum-Betrug im Zuge von Aktiengeschäften ist bis 2021 ein Schaden von schätzungsweise 28,5 Milliarden Euro entstanden, kritisiert die Organisation Finanzwende. Der Staat müsse dafür sorgen, dass das Geld zurückkommt, sagte die neue Finanzwende-Geschäftsführerin und frühere Oberstaatsanwältin Anne Brorhiller am Dienstag vor Journalist:innen. Die von FDP-Minister Christian Lindner geplante neue Behörde gegen Finanzkriminalität taugt dazu nicht, weil sie nur für Geldwäsche zuständig sei – aber nicht für Steuerbetrug.

CumCum-Betrug bedeutet, dass Aktienbesitzer:innen nicht geleistete Steuerzahlungen geltend machen. Bei diesem Geschäftsmodell werden Aktien rund um den Dividendenstichtag zwischen Händlern und Banken hin- und hergeschoben. Auf diese Weise können auch Besitzer:innen Steuererstattungen geltend machen, die gar keine Abgaben geleistet haben. Bekannt und teilweise juristisch verfolgt wurde diese Praxis bei den sogenannten Cum-Ex-Geschäften. Dabei wurde ein Teil des Geschäfts vor dem Dividendenstichtag abgewickelt, ein anderer danach. Das Wort Cum steht für „mit Dividendenanspruch“, das Wort Ex für danach. Bei CumCum-Geschäften wurde der gesamte Deal vor dem Stichtag abgewickelt.

Die neue Behörde gegen Finanzkriminalität ist nicht für Steuerbetrug zuständig

„Seit 2015 ist unzweifelhaft klar, dass die Geschäfte steuerrechtlich nicht in Ordnung sind“, sagte Brorhiller. Trotzdem hätten die Finanzbehörden bislang kaum etwas getan, um sich das Geld aus dem CumCum-Betrug zurück zu holen. Denn obwohl in einem Urteil des obersten Finanzgerichts klare Kriterien für das illegale Treiben benannt wurden, seien diese durch Schreiben des Bundesfinanzministeriums in den Jahren 2016 und 2017 verwässert worden. So konnten die Geschäfte fortgeführt werden. Damals wurde das Bundesfinanzministerium von Wolfgang Schäuble (CDU) geführt. Erst 2021, unter dem damaligen Minister Olaf Scholz (SPD), korrigierte das Finanzministerium seine Auffassung.

Finanzwende möchte herausfinden, wie die Einschätzung im Bundesfinanzministerium 2016 zustande kam. „Wir glauben nicht, dass sich das ein Ministeriumsbeamter ausgedacht hat“, sagte Vorstand Gerhard Schick, der früher für die Grünen im Bundestag saß. Finanzwende geht davon aus, dass die Einschätzung auf den Einfluss der Finanzlobby zurückgeht. Um das zu belegen, hat die Organisation mehrere Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz an das Bundesfinanzministerium sowie drei Landesfinanzministerien gestellt. Die mauern aber unter anderem mit Hinweis auf mögliche Reputationsrisiken der Banken. Deshalb hat die Organisation Auskunftsklage gegen die Ministerien eingereicht. „Der Schutz der Banken wiegt für die Finanzbehörden offenbar schwerer als der Schutz von Steuergeldern der Allgemeinheit“, sagte Brorhiller.

Sie hat bis vor kurzem gegen Finanzkriminalität ermittelt und ist als Kölner Oberstaatsanwältin im Zuge ihrer Ermittlungen zu Cum-Ex bekannt geworden. Im April wechselte sie zu Finanzwende. Brorhiller fordert, Ermittlungen zu Finanzkriminalität zu zentralisieren, „damit wir die Chance haben, dass sich Fachexpertise bildet“.

Zahl des Tages

1 Buckelwal

Erst ließ er sich vor Baltrum blicken, dann vor Wangerooge und nun vor Norderney: Ein seltener Buckelwal macht wohl Insel-Hopping in der deutschen Nordsee. Am frühen Montagabend ließ sich der Meeressäuger rund 200 Meter vom Norderneyer Weststrand entfernt mehrmals an der Wasseroberfläche blicken und bereitete Badegästen und Insulaner*innen ein seltenes Naturschauspiel, wie ein dpa-Fotograf berichtete. Das Jungtier bewegte sich rund eine Stunde lang im Wasser zwischen den Inseln Norderney und Juist, kam immer wieder an die Wasseroberfläche und blies Fontänen in die Luft. Außerdem war er permanent am Snacken. Mmmm, Nordsee-Hering!

ÖPNV statt Luxusauto

Der Haushalt für 2025 sieht mehr Geld für Dienstwagen vor. Das 49-Euro-Ticket geht hingegen leer aus. Von Verbänden kommt scharfe Kritik

Von Clemens Schreiber

Ein Bündnis aus Verbänden kritisiert den Haushalt für 2025. Zu wenig sei für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit geplant – vor allem im Verkehrsbereich. Im Zentrum der Kritik von Greenpeace, vom Autoclub Europa (ACE), weiteren Umweltverbänden und Forschungsinstituten stehen die Pläne rund um das Deutschlandticket und die Dienstwagenbesteuerung.

Die Pläne für den Haushalt 2025 sehen vor, die Vorteile für die Dienstwagenbesteuerung leicht auszubauen. Bislang gelten steuerliche Vorteile für Dienstwagen, die bis zu 70.000 Euro kosten. Künftig sollen sie auf E-Autos mit einem Listenpreis von 95.000 Euro erweitert werden. Bereits jetzt entgehen dem deutschen Staat da-

durch Steuereinnahmen von rund 3 Milliarden Euro. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft geht sogar von bis zu 5,5 Milliarden Euro aus.

In der Regel übernimmt ein Arbeitgeber nicht nur Anschaffungs-, sondern auch Benzin- und Ladekosten für einen Dienstwagen. Beides kann er von der Steuer absetzen, auch wenn der Dienstwagen für private Zwecke genutzt wird. Die Arbeitnehmer*innen müssen dann nur eine Flat-Rate-Tax, unabhängig von den gefahrenen Kilometern, bezahlen. Für Verbrenner liegt diese bei einem Prozent des Autopreises, für E-Autos bei 0,25 Prozent. Als Beispiel: Wird ein E-Auto um 95.000 Euro gehandelt, werden knapp 238 Euro zum Lohn hinzugerechnet, auf den Steuern anfallen.

„Statt insbesondere große und schwere Luxus-E-Autos zu fördern, gibt es wesentlich effektivere und auch sozial gerechtere Möglichkeiten, um die E-Mobilität zu stärken“, sagt Michael Müller-Görnert vom Verkehrsclub Deutschland. Vom Dienstwagenprivileg profitieren, so Müller-Görnert, hauptsächlich Besserverdienende.

Gleichzeitig enthält der Haushalt 2025 kein zusätzliches Geld für das Deutschlandticket. Das Nahverkehrsabo könnte deshalb – seit Mai 2023 für 49 Euro erhältlich – ab 2025 teurer werden. Das hat Oliver Krischer (Grüne), Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, angedeutet. Stefan Gelbhaar, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, sagt der Zeit jedoch, dass der Bund den Preis für das Deutschlandticket stabil halten wolle.

..... haushalt



Entwicklungsministerin Svenja Schulze beim Besuch eines Projektes mit Unicef in Nouakchott, Mauretanien
Foto: Leon Kuegeler/ photothek/ picture alliance

Mit Bildung gegen den Terror

Die Geberkonferenz der Sahel-Allianz beschließt Finanzhilfen für Westafrika. Vorsitzende Svenja Schulze will Zivilgesellschaft stärken

Von Florian Nass und Leila van Rinsum

Die Bundesregierung will sich weiter in der Sahelzone in Westafrika engagieren. Im Vordergrund stehe die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft und langfristige Investitionen in Bildung, Arbeit und soziale Sicherung, um den terroristischen Gruppen den Nährboden zu entziehen – so die Bilanz der Geberkonferenz der Sahel-Allianz, die am Dienstag in Berlin endete.

Seit Jahren machen terroristische Milizen die Sahel-Staaten unsicher. In Mali, Burkina Faso und Niger haben Putschisten die Macht übernommen und haben sich vom Westen abgewandt. Russland schickt hingegen militärische Unterstützung. Das Bündnis der Sahel-Allianz dient als Forum zur Koordination der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der größten westlichen Unterstützer der krisengebeutelten Region. „Die Sahelzone hat sich zu einem Epizentrum des Terrorismus entwickelt“, sagte Bundes-

entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD), die den Vorsitz der Sahel-Allianz hat. Aber junge Menschen schlossen sich den Terrorgruppen nicht aus Überzeugung an, sondern weil sie keine anderen Perspektiven haben, erklärte sie. Diese Perspektiven wolle das Bündnis schaffen.

Der mauretanische Wirtschaftsminister Abdessalam Saleh begrüßte das Engagement der Bundesministerin in einer Zeit, in der die Welt zahlreiche Krisen durchlaufe und das Risiko bestehe, dass der Sahel an den Rand gedrängt werde. „Wir beobachten einen Rückgang der multilateralen Kooperation und auch der Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler Ebene“, sagte Saleh. Gleichzeitig habe der Sahel noch nie einen so starken Bedarf an internationaler Hilfe wie jetzt: „Die Ernährungssicherheit ist zurückgegangen, die Sicherheitssituation ist fragil, der demografische Druck gehört zu den stärksten weltweit und es gibt wenig Wertschöpfung.“

Die Weltbank stellte auf der Konferenz ein umfangreiches

Bildungsprogramm vor, das in den nächsten sieben Jahren über zwei Millionen Kinder in Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad erreichen soll, die aktuell keinen Zugang zu Bildung haben. Deutschland unterstützt die Initiative mit 60 Millionen Euro. In der Vergangenheit wurden Schulen vermehrt Ziel von Angriffen terroristischer Gruppen, die in der Region um Einfluss buhlen.

300.000 Hektar vertrocknetes Ödland wurden wieder begrünt

Mehr als 11.000 Schulen sind aktuell geschlossen, weil sie in den Terroreinflussgebieten liegen. So bleibe der Schulbesuch aktuell rund 40 Prozent aller Kinder der Sahel-Region verwehrt, teils müssten die Familien der Kinder die Region wegen der anhaltenden Terrorgefahr sogar ganz verlassen.

Die Organisation der Entwicklungszusammenarbeit gestalte sich angesichts der Militärinterventionen und Terrorgruppen in den Putschstaaten als schwierig. Um sicherzustellen, dass der Geldfluss am Ende dennoch die Richtigen erreiche, greife man auf langjährige Erfahrung vor Ort zurück: In Mali, Burkina Faso und Niger liege der Fokus auf der lokalen Ebene und in der Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort wie dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) oder dem World Food Program (WFP). Trotzdem wolle das Entwicklungsministerium „mit den Putschstaaten im Gespräch bleiben“, so Schulze. Das Problem Terror will man inzwischen anscheinend entwicklungspolitisch lösen, „nicht militärisch“.

130 Millionen Euro stellte das BMZ in einem ersten Schritt für das gemeinsame Projekt Sahel Resilience Partnership von dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef), dem World Food Program (WFP) und der staatlichen Entwicklungsorganisation Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Aussicht. Gemeinsam mit Dorfgemeinschaften in Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger wurden bereits 300.000 Hektar vertrocknetes Ödland wieder begrünt, sagte Martin Frick, Direktor des WFP-Büros in Berlin der taz. Bis 2027 sollen 150.000 Hektar hinzukommen und acht Millionen Menschen in 6.000 Dorfgemeinschaften erreicht werden. Dass das Projekt weiterfinanziert wird, begrüßt Frick. Gleichzeitig stünden aber grundsätzlich viele andere wichtige Projekte auf die Kippe, die wie dieses aus der sogenannten „Übergangshilfe“ aus dem BMZ finanziert werden. Denn diese ist als kurzfristiges Krisenmittel von den Haushaltskürzungen besonders betroffen. Gegen die geplanten Kürzungen in der humanitären Hilfe und im Entwicklungsetat wendet sich ein breites Bündnis der deutschen Zivilgesellschaft.

Am Mittwoch soll das Kabinett den Haushaltset für 2025 beschließen. Der sieht vor, dass beim Bundesentwicklungsministerium (BMZ) rund eine Milliarde gegenüber dem diesjährigen Etat gekürzt wird. Im Auswärtigen Amt (AA) sollen es laut Medienberichten 836 Millionen sein. Damit würde das Budget für Humanitäres und innerhalb dieser Legislaturperiode um ein Viertel gekürzt.

KEINE ZEIT
FÜR KEINE
ZEITUNG



10 WOCHEN
NUR 10 EURO
Taz.DE/ABO

taz zeitung für morgen

Einmal Frühstück fürs Müllsammeln

Kopenhagen hat eine Art Spiel gestartet, um TouristInnen zu mehr Klimafreundlichkeit zu motivieren. Gleichzeitig wächst die Kritik an den BesucherInnen: Eine Steuer wird diskutiert

Von **Anne Diekhoff**, Stockholm

Leih dir ein Fahrrad und fahre damit zum CopenHill, zeige dort ein Foto von dir auf deiner kleinen Radtour, und du wirst belohnt für die klimafreundliche Anfahrt: Mit 20 Gratis-Extraminituten auf der Indoor-Skipiste, die sich seltsamerweise auf einem der markantesten Gebäude Kopenhagens befindet. Während du den Hang hinunter saust, wird in der Anlage unter dir aus Müll Energie gewonnen: Ein Urlaubstag in der dänischen Hauptstadt in diesem Sommer kann wie ein hygges Ökoversprechen aussehen.

Der Tourismusorganisation „Wonderful Copenhagen“ hat in dieser Woche eine Art Spiel gestartet, mit dem möglichst viele TouristInnen dazu bewegt werden sollen, sich klimafreundlich zu verhalten. Grüne Entscheidungen sollen so in eine Art Tourismus-Währung umgewandelt werden.

Der Energieproduzent ARC mit seinem Skipisten-Dach ist einer von insgesamt 24 Akteuren, die mitmachen. Wer sich lieber mit Kunst beschäftigt, kann beispielsweise mit Plastikmüll ins Staatliche Kunstmuseum gehen und in einem Workshop daraus ein Kunstwerk basteln. Und wer umsonst frühstücken will, kann das gegen eine kleine Müllsammelaktion vorab tun.

Mikkel Aarø-Hansen, Chef von „Wonderful Copenhagen“, spricht von einem „experimentellen und kleinen Schritt, um die Denkweise von Touristen zu verändern“. Die Organisation stützt sich auf Umfragen, wonach sich zwar 82 Prozent der Reisenden nachhaltig verhalten wollen, aber nur 22 Prozent tatsächlich etwas an ihrem Verhalten ändern. Die Leute bräuchten Anreize, um die Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu schließen, sagt Aarø-Hansen.



Kopenhagen stand 2023 wieder auf Platz zwei der Economist-Liste der lebenswertesten Städte der Welt, auch in der Kategorie Nachhaltigkeit spielt die Stadt ganz vorne mit – mit Platz drei auf dem Global Destination Sustainability Index, nur übertroffen von Göteborg und Oslo.

In all den positiven Aussagen zur Initiative schwingt vor allem bei einem Thema Kritik am Verhalten von Touristen mit: Sie schmeißen zu viel weg. Ihren Müll einzusammeln, wird etwa mit Gratis-Kajak-Touren belohnt – oder eben mit einem Frühstück im ökologisch betriebenen Öko-Projekt Banegaarden. Von montags bis mittwochs können Gäste sich dort einen Müllsack aushändigen lassen und ihn füllen, dafür gibt es einen Gutschein.

„Wir sind umgeben von anderthalb Hektar wilder Natur, es ist selten, dass man eine grüne Oase in der Stadt hat. Das wollen wir gerne bewahren“, be-

gründet Ida Marie Banke André von Banegaarden im Rundfunksender DR ihre Teilnahme. Natürlich seien sie im Prinzip selbst dafür verantwortlich, ihr Gelände in Ordnung zu halten. „Aber egal, wie viele Hände wir einsetzen, es wird immer Müll zu sammeln geben.“ Wie sauber das Touristspiel die Stadt gemacht hat, soll im Herbst bilanziert werden.

Zahlen der Branchenorganisation VisitDenmark zeigen: In der Hauptstadtregion wächst der Tourismus landesweit besonders stark: Bereits 2022 war er wieder auf Vor-Corona-Niveau mit rund 6 Milliarden Euro Umsatz (44,8 Milliarden Kronen) – 2023 stieg er erneut um 12 Prozent. Im ganzen Land hängen derzeit 146.000 Jobs direkt oder indirekt mit dem Tourismus zusammen. Die wirtschaftliche Bedeutung ist bislang auch das Hauptargument des dänischen Wirtschaftsministers gegen eine zweite Idee aus Kopenhagen: die Einführung einer

Tourismusabgabe für die Stadt mit 600.000 EinwohnerInnen. Vier Modellvorschläge, die sich in Zielgruppen und Vorgehen unterscheiden, sehen eine Abgabe von einem Euro pro Übernachtung vor. Die Einkünfte daraus sollen den Plänen zufolge zum Beispiel für mehr öffentliche Toiletten und die Instandhaltung der Radwege genutzt werden – doch bislang stellt sich Wirtschaftsminister Morten Bødskov (Sozialdemokraten) quer – eine Abgabe würde Jobs und Wachstum in dem Bereich kosten.

Wie weit das Wachstum gehen kann, darüber wird auch in Kopenhagen diskutiert. Proteste von Einheimischen gegen den Massentourismus in Barcelona oder auf den Balearen wurden interessiert beobachtet – und ein Modell der Tourismusabgaben-Pläne passt dazu: Dabei würde sie in den stark frequentierten Stadtteilen höher ausfallen als in weniger belasteten.

Ihre Verkehrsmittelwahl wird belohnt: radelnde TouristInnen in Kopenhagen
Foto: Francis Joseph Dean/imago

Mit teurem Ticket ins europäische Ausland

Einige Flüge wurden im ersten Halbjahr billiger. Bei manchen Reisegebieten sieht das anders aus

Nach deutlichen Preissteigerungen im Vorjahr kommen Urlauber:innen wieder für etwas weniger Geld an Auslandsflüge. Diese verbilligten sich von Januar bis Juni 2024 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 3,1 Prozent, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag mitteilte.

Betrachtet man die Preise bei internationalen Flügen in der Economy-Class, verbilligten sich die Tickets nach Mittelamerika deutlich: Hier zahlten Passagier:innen im ersten Halbjahr 2024 rund 15,8 Prozent weniger als noch im Vorjahreszeitraum. Aber auch Flugtickets nach Asien und Australien (minus 12,3 Prozent), nach Nordamerika (minus 7,4 Prozent) oder Südamerika (minus 3,8 Prozent) waren im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023 günstiger. Preissteigerungen gab es dagegen bei Economy-Flugtickets in afrikanische Länder (plus 4,1 Prozent) und ins europäische Ausland (plus 2,7 Prozent).

Bei den Pauschalreisen, die meist zu Zielen in Europa oder Nordafrika führen, mussten die Gäste 5,2 Prozent mehr zahlen als im ersten Halbjahr 2023. Im Vergleich zu 2022 ist das ein Anstieg von 19 Prozent. Den größten Preisanstieg von 7,6 Prozent registrierten die Statistiker:innen für Reisen in die Türkei. Auch die spanischen Inseln Kanaren (plus 6,7 Prozent) und Balearen (plus 6,3 Prozent) sowie Griechenland (plus 4,5 Prozent) legten zu. Günstiger wurden Reisen nach Ägypten.

Insgesamt bleiben die Preise in Deutschland für internationale Flugscheine seit Ende der coronabedingten Reisebeschränkungen auf einem vergleichsweise hohen Niveau: Internationale Flüge waren im ersten Halbjahr 2024 um 20,9 Prozent teurer als im ersten Halbjahr 2022. Nahezu unverändert waren in der ersten Jahreshälfte 2024 die Preise für Inlandsflugtickets in der Economy Class (plus 0,2 Prozent) gegenüber dem ersten Halbjahr 2023.

Die Verbände der Luftverkehrswirtschaft wie der Touristik nennen als Erstes die Erhöhung der Ticketsteuer zum 1. Mai als wichtigen Grund für die gestiegenen Preise. Je nach Entfernungsklasse wird seitdem jedes Ticket mit einer Steuer zwischen 15,53 und 70,83 Euro belastet. Außerdem konnten die Gewerkschaften nach der Coronapandemie in allen Bereichen des Luftverkehrs am Boden und in der Luft Gehaltssteigerungen durchsetzen – auch das erhöhte die Kosten für Fluggesellschaften.

Der Flugverkehr trägt mit hohen CO₂-Emissionen zur Verschärfung der Klimakrise bei. Um so viele Flüge wie möglich auf klimafreundlichere Verkehrsmittel zu verlagern, fordert deshalb etwa der BUND die Einführung einer Kerosinsteuer. (rtr, dpa, taz)

Klage gegen Klimaschutzgesetz

Die Bundesregierung hat das Gesetz verwässert, das Deutschland klimaneutral machen soll. Die Deutsche Umwelthilfe hält das für verfassungswidrig – und zieht vor das Verfassungsgericht in Karlsruhe

Von **Susanne Schwarz**

Die Deutsche Umwelthilfe macht Ernst und legt Verfassungsbeschwerden gegen die Reform des Klimaschutzgesetzes ein, wie der Umweltverband am Dienstag mitteilte. Er hatte diesen Schritt bereits in Aussicht gestellt für den Fall, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) das Gesetz unterschreibt und so sein Inkrafttreten sichert – was dieser am Montag getan hat.

„Die Ampelregierung verabschiedet sich mit dieser Gesetzesänderung vom Klimaschutz“, sagte Umwelthilfe-Chef Jürgen Resch. „Wir nehmen diesen klaren Verfassungsbruch nicht hin und ziehen erneut vor das Bundesverfassungsgericht – wie im Januar 2020, was im April 2021 zum historischen Klimaschutzentscheid des Bundesverfassungsgerichts geführt hat.“

Mit dem Beschluss von 2021 hatten die Richter*innen in Karlsruhe die Große Koalition

verpflichtet, beim Klimaschutzgesetz nachzuschärfen. In der damaligen Form, argumentierten sie, seien in Zukunft Freiheitsrechte gefährdet. Sprich: Je länger man Klimaschutz hinauszögert, desto drastischer müssen später die Maßnahmen sein. Und das könnte eben die Freiheit der Bevölkerung deut-

„Die Regierung verabschiedet sich vom Klimaschutz“

Jürgen Resch, Deutsche Umwelthilfe

lich einschränken. Zu den Aufträgen für die Regierung gehörte es damals, konkrete Emissionsmengen für jedes Jahr auch in der Zeit nach 2030 ins Gesetz aufzunehmen. So sollte klar werden, wann welche CO₂-Einsparung anvisiert wird. Das tat die letzte Merkel-Regierung dann auch, und zwar jeweils

einzelnen für verschiedene Wirtschaftssektoren.

Mit dieser Logik macht die Ampelregierung in ihrer Reform nun Schluss. Zwischen den Sektoren – also zum Beispiel Verkehr, Energie und Landwirtschaft – darf in Zukunft aufgerechnet werden. Das Argument dafür ist mehr Flexibilität. Sprengt ein Sektor die CO₂-Grenzwerte, wie es etwa der Verkehr systematisch tut, muss die Regierung nichts unternehmen, solange andere Sektoren entsprechend übererfüllen. Selbst wenn das nicht der Fall ist, verlangt das neue Gesetz anders als bisher kein sofortiges Gegensteuern. Erst wenn jährliche Prognosen zweimal infolge ergeben, dass Deutschland das Klimaziel für 2030 nicht erreichen wird, muss sie ein Sofortprogramm aufsetzen.

Nicht nur für „handwerklich misslungen, sondern verfassungswidrig“ hält Umwelthilfe-Anwalt Remo Klinger die Reform. „Die wichtigsten Ände-

rungen verfolgen nur das Ziel, bis zum Jahr 2030 keine relevanten Klimaschutzmaßnahmen mehr beschließen zu müssen“, so der Jurist.

Das aber wäre nötig, wie nicht nur Klimaschützer*innen fordern. Auch etwa der Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung hat es schon vorgerechnet. Demnach ist nicht gesichert, dass Deutschland seine Klimaziele bis 2030 erreicht. Vor allem der Verkehrssektor bereitet immer weiter Probleme. Die Kurzfassung: Zu viele Autos verbrennen zu viel Benzin und Diesel. Auch die Klimabilanz der Gebäude sowie der Landwirtschaft lässt laut den Expert*innen absehbar zu wünschen übrig.

Neben der Verfassungsbeschwerde hat die Umwelthilfe auch eine neue Klage gegen die Bundesregierung eingereicht – wegen des wiederholt viel zu spät vorgelegten Klimaschutzberichts.

meinung + diskussion 12

taz * panterstiftung

WE CARE

Das Refugium Auszeit-Stipendium

Verfolgte Journalist*innen aus Ägypten und Iran sind in diesem Jahr zu Gast in Berlin, um eine dringend benötigte Auszeit zu nehmen.

Das Refugium Auszeit-Stipendium ist ein gemeinsames Projekt von Reporter ohne Grenzen und der taz Panter Stiftung.



Spenden unter:
www.taz.de/spenden

oder
GLS-Bank Bochum | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00



„Agentengesetz“ kommt vor oberstes Gericht

Georgiens Staatschefin und Teile der Opposition wollen vor dem Verfassungsgericht klagen

Von **Barbara Oertel**

In Georgien gehen die Auseinandersetzungen um das sogenannte Agentengesetz in die nächste Runde. Dieses Mal werden sie mit juristischen Mitteln ausgefochten. Staatspräsidentin Salome Surabischwili und Teile der parlamentarischen Opposition kündigten an, das Gesetz vor dem Verfassungsgericht anzufechten. Entsprechende Klagen sollen Ende Juli eingereicht werden. Zur Begründung hieß es, die Vorschrift widerspreche Artikel 78 des georgischen Grundgesetzes.

Besagter Artikel über die Integration der Südkaukasusrepublik in die Europäische Union und die euroatlantischen Strukturen war 2017 ergänzt worden. Die Verfassungsorgane müssten alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen ergreifen, um die vollständige Integration Georgiens in die EU und die Nato sicherzustellen, heißt es in dem Zusatz. Georgien hatte im vergangenen Dezember den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten.

„Es ist sehr gut, dass die Präsidentin diesen Prozess einleitet. Jedoch ist es wichtig, dass kein Teil dieses Gesetzes unangefochten bleibt, denn es lässt für niemanden in diesem Land Raum für Freiheit“, sagte die Abgeordnete Tamar Kordzaia von der Oppositionsplattform „Einheit“. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die Anwendung eines temporären Mechanismus zu fordern, der die Aussetzung der Wirkung des Gesetzes bis zu einer endgültigen Entscheidung vorsehe. Daher sei es erforderlich, dass der Verfassungsgerichtshof zügig zusammentrete und über die Aussetzung des Gesetzes berate, so Kordzaia weiter. Sie will eine eigene Klage einreichen. Auch mehrere Nichtregierungsorganisationen wollen das höchste Gericht Georgiens sowie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg mit dieser Causa befassen.

Das „Gesetz über die Transparenz ausländischen Einflusses“, das stark an eine ähnliche Vorschrift in Russland erinnert, hatte die Regierungspartei Georgischer Traum (KO) initiiert. Nichtregierungsorganisationen und Medien, die zu mehr als 20 Prozent aus dem Ausland finanziert werden, müssen sich als „Vertreter ausländischer Interessen“ registrieren lassen.

Trotz wochenlanger Massenproteste sowie entsprechender Warnungen seitens der westlichen Partner Georgiens passierte das Gesetz am 28. Mai 2024 in letzter Lesung das Parlament. Ein Veto von Staatschefin Surabischwili wurde überstimmt. Als Reaktion setzte die EU Zahlungen in Höhe von 30 Millionen Euro für Militärhilfen aus dem Fonds Europäische Friedensfazilität (EPF) aus. Brüsseler Finanzhilfen, die bislang zu großen Teilen direkt an die Haushaltskasse der Regierung gingen, sollen gekürzt werden.

Ist Frankreichs linke Volksfront schon zu Ende?

Die linken Wahlsieger können sich bisher nicht auf einen gemeinsamen Personalvorschlag einigen. Präsident Macron möchte ohnehin vorerst keinen neuen Premier ernennen

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Bricht die linke Volksfront in Frankreich schon auseinander? Diesen peinlichen Eindruck vermittelte die Wahlunion von Sozialisten, Kommunisten, Grünen und La France insoumise (LFI) nach mehr als einer Woche vergeblichen Ringens um die Frage, wer in ihrem Namen nun regieren soll. Die Namen verschiedener Personen wurden publik, alle aber stießen bei den einen oder den anderen auf Ablehnung.

Bereits am Freitag fragte *Le Figaro*, ob diese Linke, die sich trotz ihrer Differenzen für die Parlamentswahlen vereint hatte, überhaupt regieren wolle. Bei den Wähler und Wählerinnen des Nouveau Front Populaire (NFP), der bei ihnen große Hoffnungen geweckt hatte, wächst ob dem Spektakel der Eitelkeiten und Empfindlichkeiten der beteiligten Parteien der Frust.

Wie alle in Frankreich waren auch die Linksparteien von ih-

rem (relativen) Sieg überrascht. Sie hatten ihr Bündnis in aller Eile und auch mit einer gewissen Improvisation mit dem einzigen gemeinsamen Ziel geschlossen, die Machtergreifung durch die extreme Rechte zu verhindern, was dann auch gelang. Was jedoch zunächst den

Macron hofft weiter, dass seine Partei der Mitte noch eine breite Koalition zustande bringt

Zusammenhalt ermöglicht hat, fällt damit weitgehend weg. Und ein Mechanismus, sich in demokratischer Weise auf einen eventuellen Premierminister oder -ministerin oder gar ein Kabinett zu einigen, war nicht vorgesehen. Auch eine gemeinsame Kandidatur für den Vorsitz der Nationalversammlung und für andere parlamentarische Ämter ist problematisch geworden.

Die Linksparteien stellen zwar aufgrund der Wahlergebnisse vom 7. Juli zusammen den größten Block von Abgeordneten in der Nationalversammlung, aber sie verfügen nicht über eine regierungsfähige Mehrheit. Die Perspektive, eventuell mit den gegnerischen Macronisten kooperieren zu müssen, spaltet die linke Allianz. Für die LFI von Jean-Luc Mélenchon steht so etwas nicht zur Debatte. Sozialisten und Grüne dagegen hätten offenbar weniger Bedenken. Da sich die NFP nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag für den Namen eines Premierministers oder Premierministerin einigt, kann Macron wie gewollt Zeit für eine andere Lösung gewinnen.

Nach einer letzten Ministerratsitzung hat Staatspräsident Emmanuel Macron den Rücktritt von Premierminister Gabriel Attal und seiner Regierung akzeptiert. Ein neues Kabinett und einen neuen Regierungschef bekommt Frankreich aber nicht sofort. Attal und seine Re-

gierung müssen bis auf Weiteres die „laufenden Geschäfte“ weiterführen und wären auch im Krisen- oder Katastrophenfall zum Handeln berechtigt. Die Verfassung der Fünften Republik sieht dies für einen solchen außergewöhnlichen Fall vor.

Ein Machtvakuum soll es nach dem Regierungsrücktritt nicht geben. Es handelt sich um eine sonderbare Übergangszeit, da zum Beispiel Attal gleichzeitig Noch-Premier, aber zugleich auch Abgeordneter der Nationalversammlung sein wird, was grundsätzlich einen Verstoß gegen das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung darstellt.

Wie lange dieses Provisorium dauern soll, ist unklar. Macron hat aber angedeutet, dass es ihm nicht unlieb wäre, wenn diese Interimsperiode bis nach den Olympischen Spielen in Paris, das heißt bis Mitte September, dauern könnte. Wenige Stunden vor ihrem offiziellen Rücktritt hat die Regierung Attal noch diverse Dekrete im Amtsblatt publiziert, namentlich Ausführungsbestimmungen zum Immigrationsgesetz, das nach einer hitzigen Debatte im Januar verabschiedet, anschließend aber vom Verfassungsgericht für teilweise ungültig erklärt worden war.

Macron hofft weiter, dass seine Parteien der Mitte bei ihren Diskussionen hinter den Kulissen mit diversen Gesprächspartnern von links und rechts (etwa mit Sozialisten und Grünen sowie mit Konservativen und Zentristen) eine breite Koalition samt regierungsfähiger Mehrheit zustande bringen. Der bisherige Innenminister Gérald Darmanin äußerte sich dagegen sehr interessiert an einer formellen Allianz der Macronisten mit den Konservativen der Partei Les Républicains (LR), selbst auf der Grundlage der politischen Bedingungen, die LR-Chef Laurent Wauquiez für einen Pakt genannt hat. Für den Moment scheint in Frankreich so ziemlich die ganze Politik in der Schwebe zu sein.

Drei der vier Linksparteien hatten sich auf die parteilose Diplomatin Laurence Tubiana geeinigt, doch LFI lehnte sie ab
Foto: Blondet Eliot/abacal imago



Wer es wagt, Präsident Sisi die Stirn zu bieten

In Ägypten wollte der Politiker Ahmed al-Tantawi Präsident Sisi herausfordern. Nun sitzt er im Gefängnis. Noch nicht einmal seine Anwälte dürfen ihn besuchen

Von **Karim Ahmed**

Ägyptens Regierung verweigert den Anwälten des inhaftierten Oppositionspolitikers Ahmed al-Tantawi Zugang zu ihrem Mandanten. „Ich habe Tantawi seit seiner Inhaftierung nicht mehr gesehen, obwohl mir die Staatsanwaltschaft eine Besuchserlaubnis erteilt hatte“, sagte der Menschenrechtsanwalt Khaled Ali am Montag der taz. Die Gefängnisbehörden hätten sich trotz der Erlaubnis geweigert, ihn zu Tantawi zu lassen. „Ich habe keine Erklärung für diese Sturheit!“

Im Mai hatten die ägyptischen Behörden Tantawi, einen prominenten Kritiker von Präsident Abdel Fattah el-Sisi, verhaftet. Sie vollstreckten damit ein Gerichts Urteil, dem zufolge

Tantawi wie auch 22 seiner Anhänger*innen für ein Jahr inhaftiert werden sollte. Zudem ist Tantawi fünf Jahre lang die Teilnahme an Wahlen untersagt. Tantawis Inhaftierung hat in Ägypten und im Ausland heftige Kritik ausgelöst. Im Juni veröffentlichten 1.000 Personen des öffentlichen Lebens, Organisationen und Parteien aus Ägypten eine Petition, in der sie die Freilassung der Inhaftierten fordern. Die Wut brach sich auch in sozialen Medien Bahn, wo Tausende über Tantawi posteten, Einzelheiten aus dem Prozess teilten und Videos von ihm verbreiteten.

Tantawi und seinen Anhänger*innen wird vorgeworfen, im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im Dezember inoffizielle Unterstützung formulieren ge-

druckt und verteilt zu haben. Für eine Nominierung ist in Ägypten eine bestimmte Zahl von Wählerunterschriften erforderlich. Der Politiker hatte seine Kandidatur letztendlich zurückgezogen, nachdem es ihm nicht gelungen war, genügend Unterschriften zu erhalten. Tantawi warf den Behörden vor, seine Kampagne zu behindern. Journalist*innen und Menschenrechtler*innen haben derartige Verstöße dokumentiert.

Sieben ägyptische Menschenrechtsorganisationen erklärten, die Behörden versuchten sicherzustellen, „dass sich keine politische Alternative entwickelt und eine Herausforderung für Sisis Herrschaft darstellt“. Das Versprechen der Behörden, Reformen einzuleiten, diene dazu, „Kritik an ihrer Menschen-

rechtsbilanz zu beschwichtigen“. Sisi hatte im April 2022 einen nationalen Dialog über politische und wirtschaftliche Reformen angekündigt.

Die Zivile Demokratische Bewegung, Ägyptens größte Oppositionskoalition, erklärte, die Inhaftierung Tantawis zeige, dass die Behörden auf Einschüchterung und Unterdrückung setzten. Öffentliche Demonstrationen für Tantawi hat es aufgrund der Repression nicht gegeben. Sicherheitskräfte hatten vergangenes Jahr Dutzende von Tantawis Anhängern, Wahlkampfaktivisten und Mitglieder seiner damals im Entstehen begriffenen Partei verhaftet.

Auf internationaler Ebene hat sich unter anderem Marta Hurtado, Sprecherin des UN-Menschenrechtsbüros, geäußert. „Wir sind besorgt über die während des Prozesses gemeldeten Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren, einschließlich der Hindernisse beim Zugang zu den Prozessakten für die Vorbereitung einer angemessenen Verteidigung“, so Hurtado. Die EU dagegen schweigt beharrlich. Offenbar

ist man in Europa der Ansicht, dass es zur Stabilität in der Region beiträgt, wenn man die Unterdrückung in Ägypten ignoriert. Im März hatte die EU ein Finanzpaket in Höhe von 7,4 Milliarden Euro für Ägypten angekündigt, um die Wirtschaft des Landes zu stabilisieren und den Strom von Migranten nach Europa inmitten der Krisen in Gaza und dem Sudan einzudämmen.

Tantawis Schicksal unterscheidet sich kaum von dem anderer Politiker, die Sisi herausfordern wollten. Schon im Zuge der Präsidentschaftswahl 2018 waren drei von vier Kandidaten, die eine Kandidatur anstrebten, inhaftiert worden, während der vierte gezwungen wurde, seine Kandidatur zurückzuziehen. Einer der Inhaftierten war der ehemalige Stabschef der Armee, Sami Anan. In einem geheimen Militärprozess wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er „ohne Erlaubnis der Streitkräfte an Wahlen teilgenommen hatte“, was als Verstoß gegen das Militärrecht gesehen wurde. Rund zwei Jahre später wurde er aus der Haft entlassen, während sich sein Ge-

sundheitszustand verschlechterte. Seitdem ist er nur noch selten in Erscheinung getreten.

Auch der Offizier und Ex-Regierungschef Ahmed Schafik wurde verfolgt, nachdem er 2018 angekündigt hatte, Sisi herauszufordern. Er wurde aus den Arabischen Emiraten, wo er im Exil lebte, nach Ägypten ausgewiesen, wo er kurz verschwand, bevor er wieder auftauchte und sich aus dem Rennen zurückzog. Medienberichten zufolge war Schafik eine Gefängnisstrafe angedroht worden. Ihm nahestehende Personen berichteten, er habe gesagt: „Ich habe Töchter und ich habe Angst um sie.“ Seitdem hat sich auch Schafik kaum noch geäußert.

Schließlich traf es vor der Wahl 2018 auch den Oberst der ägyptischen Armee Ahmed Kossowa. Er wurde verhaftet, nachdem er in einem Video seinen Wunsch äußerte zu kandidieren. Ein Militärgericht verurteilte ihn zu sechs Jahren Haft, weil er „politische Meinungen auf Facebook geäußert hatte, während er eine Militäruniform trug“. Ob er mittlerweile freigelassen wurde, ist nicht bekannt.

Von **Simone Schindwein**,
Kampala

Die Ergebnisse sind keine Überraschung: Mit 99,15 Prozent der Stimmen hat Ruandas Langzeitpräsident Paul Kagame erneut die Wahl in dem kleinen ostafrikanischen Land gewonnen. So lautet das vorläufige Ergebnis der Wahl vom Montag. Die über 2.500 Wahlbüros schlossen am Montagmittag gegen drei Uhr, dann begann die Stimmenauszählung. Am Abend verkündete die Nationale Wahlkommission nach der Auszählung von knapp 80 Prozent der Stimmzettel das vorläufige Ergebnis.

Seine beiden Gegenkandidaten erzielten zusammen nicht einmal ein Prozent der Stimmen. Frank Habineza von der Demokratischen Grünen Partei Ruandas erhielt 0,53 Prozent und der unabhängige Kandidat Philippe Mpayimana 0,32 Prozent. Insgesamt waren rund neun Millionen Ruander aufgefordert, ihre Stimmen abzugeben. Davon waren rund zwei Millionen Erstwähler.

70.000 Ruander waren im Ausland als Wähler registriert und konnten ihre Stimmen bereits am Sonntag abgeben. Obwohl viele Ruander im Exil Kagames Regime gegenüber kritisch eingestellt sind, erhielt er auch unter den Ruandern in der Diaspora mehr als 95 Prozent. Die endgültigen Ergebnisse werden laut der Wahlkommission am 27. Juli veröffentlicht.

„Der Wahlkampf und das Wahlergebnis, wie es gerade verkündet wurde, haben für mich eine besondere Bedeutung“,

erklärte Kagame am Montagabend in seiner Siegesrede vor den Anhängern seiner Parteikoalition RPF-Inkotanyi in der vollbesetzten Arena der Parteizentrale. Die Zahlen seien Ausdruck des „Vertrauens“ in ihn, sagte Kagame. „Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam alle Probleme lösen können.“

Gegenkandidat Habineza erklärte im Olympic Hotel in Ruandas Hauptstadt Kigali: „Wir möchten mitteilen, dass wir die Ergebnisse akzeptiert haben und dem Gewinner, Paul Kagame, gratulieren“, sagte Habineza. Er betonte ausdrücklich, dass der Wahlkampf im Vergleich zu den Wahlrunden in der Vergangenheit fair abgelaufen sei.

Die Wähler waren am Montag zudem aufgefordert, über die 600 Sitze des Parlaments abzustimmen. Das vorläufige Ergebnis sollte noch am Dienstag nach Redaktionsschluss bekannt gegeben werden.

Der 66-jährige Präsident Kagame ist faktisch an der Macht seit dem Ende des Völkermordes in Ruanda 1994, als mehr als eine Million Menschen in nur 100 Tagen abgeschlachtet wurden, die meisten von ihnen Tutsi. Kagames Tutsi-Guerillaarmee war von Uganda aus einmarschiert und eroberte das kleine Land. Die Hutu-Armee und deren Regierung, die den Völkermord in Auftrag gegeben hatte, floh in den Dschungel der benachbarten Demokratischen Republik Kongo. Dort gründete sie die Miliz FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas), die bis heute eine Bedrohung für Ruanda darstellt.



Stimmzählen am Montag in Kigali, Ruanda
Foto: Wang Guansen/Xinhua/dpa

Angeblich 99 Prozent für Langzeitherrscher

Ruandas Präsident Paul Kagame ist seit den neunziger Jahren faktisch an der Macht. Nun hat er sich erneut zum Wahlsieger erklärt. Eine echte Opposition gab es allerdings nicht

Kagame wurde 1994 zunächst Verteidigungsminister und Vizepräsident. Im Jahr 2000 wurde er zum Präsidenten gewählt. Das Amt hat er seitdem inne und gewinnt die Wahlen meist mit weit über 90 Prozent. Für viele westliche Partner gilt er als Friedensgarant, der sein damals komplett zerstörtes Land wieder aufbaute. Heute gilt Ruanda als eines der

Boomländer Afrikas in der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit Blick auf die Medien- und Meinungsfreiheit liegt es allerdings auf dem untersten Platz.

In den vergangenen Monaten wurde die internationale Kritik immer lauter. Der jüngste UN-Ermittlungsbericht bestätigte erst vergangene Woche, dass über 4.000 ruandische Soldaten

in den Ostkongo eingedrungen sind, um dort die kongoleischen Tutsi-Rebellen der M23 (Bewegung des 23. März) zu unterstützen, die in den vergangenen Jahren einen großen Landstrich entlang der Grenze erobert haben. Kongos Präsident Félix Tshisekedi beschimpfte Kagame im vergangenen Jahr als Hitler Afrikas.

Dieser geheime Angriffskrieg ist auch innerhalb der ruandischen Bevölkerung nicht unumstritten. Er kostet Geld und Ressourcen. Ruandische Soldaten sterben an der Kriegsfront und werden in der Heimat heimlich beerdigt.

Paul Kagames Popularität hat dies aber offenbar nicht geschadet.

Immer neue Klagen gegen Imran Khan

Pakistans Regierung leitet ein Hochverratsverfahren gegen den weiter beliebten Ex-Premier ein. Nach dessen juristischen Erfolgen soll seine Partei verboten werden

Von **Natalie Mayroth**, Mumbai

Das juristische Tauziehen um Pakistans Ex-Premier Imran Khan geht trotz einiger Erfolge für ihn weiter. Erst kürzlich hatte das Oberste Gericht seiner Partei PTI zusätzliche Parlamentssitze zugesprochen, womit die Regierungskoalition ihre Zweidrittelmehrheit verlor. Khan wurde zudem in einem Gerichtsverfahren freigesprochen. Demnach urteilte ein Gericht in Islamabad, dass Khans Ehe mit seiner dritten Frau Bushra Bibi legal sei, weil sie die Wartezeit

nach einer vorherigen Scheidung eingehalten habe.

Doch blieb der 71-Jährige wegen vieler weiterer Gerichtsfälle inhaftiert. Auch legte die Regierung von Khans Rivalen Shehbaz Sharif von der Muslim Liga (PML-N) nach. So verkündete am Montag Informationsminister Atta Tarar auf der Plattform X, dass Khans Gerechtigkeitspartei (PTI) „aufgrund seiner antinationalen Aktivitäten zu verbieten“ sei, um Anarchie in Pakistan zu beenden. Zudem soll Khan jetzt wegen Hochverrats angeklagt werden. Wolle Pakistan

sich vorwärts bewegen, könne dies nicht gleichzeitig mit der Existenz von Khans PTI geschehen, sagte Tarar. Es gäbe glaubwürdige Beweise für ein Verbot, das von der Verfassung gedeckt werde, erklärte der seit März amtierende Minister.

Der Ex-Cricket-Star Khan war im April 2022 durch ein Misstrauensvotum vom Parlament abgesetzt worden. Seit August 2023 ist er inhaftiert, aber weiter sehr beliebt. Für seine Anhänger:innen sind die Klagen gegen den Populisten politisch motiviert und äußerst faden-

scheinig. Der Verbotsvorschlag gegen die PTI diene allein dem Zweck zu verhindern, dass sie die größte Fraktion in der Nationalversammlung stelle. Denn nach der Parlamentswahl im Februar zeigte sich, dass die größte Gruppe gewählter Abgeordneter Unabhängige waren. Sie stehen der PTI nahe, denn als PTI-Mitglieder durften sie nicht kandidieren. 92 der 266 Abgeordneten waren demnach PTI-nahe „Unabhängige“. Nun zählte das Gericht sogar 114 zum PTI-Lager. Das von der Regierung angestrebte PTI-Verbot solle Khans Partei einschüchtern, hieß es.

„Dies ist ein unverhohlenes Zeichen von purer Panik“, erklärte PTI-Sprecher Sayed Zulfiqar Bukhari. Die Regierung kenne nur das Mittel der Unterdrückung, statt sich um die wirklichen Probleme des Landes zu kümmern wie steigende Inflation, wirtschaftlicher Kollaps

und das Leid einfacher Menschen, so Bukhari.

Die Entscheidung, die PTI zu verbieten, „ist verzweifelt und destruktiv“, kommentierte die Gastforscherin Madiha Afzal am US-Thinktank Brookings. Sie bezweifelte die Zulässigkeit einer Verbotsklage. Was von der Demokratie noch übrig geblieben sei, wollten die Verantwortlichen jetzt mit dem Hammer zerschlagen, sagte sie. Auch die lokale Nichtregierungsorganisation Human Rights Commission of Pakistan (HRCP) nannte ein PTI-Verbot verfassungswidrig.

Für Khan beginnt bereits ein neuer Prozess: Ein Antiterrorgericht in Lahore ordnete seine Untersuchungshaft im Zusammenhang mit Unruhen vom 9. Mai 2023 an. Damals war Khan aufgrund von Korruptionsvorwürfen vor dem Obersten Gerichtshof in Islamabad von Paramilitärs verhaftet wor-

Das Parteiverbot „ist verzweifelt und destruktiv“

Madiha Afzal vom US-Thinktank Brookings

den. Daraufhin brachen landesweite Proteste seiner Anhänger aus, für die er nun verantwortlich gemacht wird. An den Parlamentswahlen hatte er schon nicht teilnehmen dürfen. Nach der Wahl im Februar kam es erneut zu Protesten Tausender PTI-Anhänger gegen mutmaßliche Manipulationen bei der Stimmabgabe.

Unterdessen erlebt Pakistan wieder vermehrt Angriffe islamistisch-militanter Gruppen. In der nordwestlichen Unruheprovinz Khyber Pakhtunkhwa gab es am Montag 18 Tote bei einem Terroranschlag auf einen Militärkomplex.

KANN DER WESTEN WEG?

Europa und Nordamerika haben viel vorangebracht und einiges verbockt. Nun geht es so nicht mehr weiter. Aber wie dann?

Mit: Joschka Fischer; Dana Giesecke; Maja Göpel; Jürgen Habermas; Wolf Lotter; Jörg Metelmann; Marcus Mittermeier; Ella Müller; Luisa Neubauer; Harald Welzer

taz * **FUTURZWEI**

Magazin für **Zukunft und Politik**

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Die neue taz **FUTURZWEI**

» taz **FUTURZWEI**-Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop





BAERBOCK IM SENEGAL

schlagl_ch

Hilfe, ich bin elitär

Keine Gesellschaft kommt ohne Eliten aus. Das ist kein Drama, man sollte nur darauf achten, Eliten zu demokratisieren und die Demokratie zu elitisieren

Auf meiner Rating-Liste der Dinge, die mir echt bis zum Hals stehen, kommen die Blödsinnigkeiten, die mit dem Begriff „Elite“ verbunden sind, auf Rang 11. (Rang 12 belegt übrigens die Manie für Rating-Listen.)

Klar, die Rechten mussten „Eliten“ erfinden, weil sie sonst kein Gegengewicht zu ihrem heiligen „Volk“ hätten, das ja bekanntlich in der Demokratie nicht wirklich an der Macht ist, weil es diese verdammten Eliten gibt, die einen tiefen Staat unter Pizzerien führen und auf Geheiß von George Soros das Volk mit Impfwang und großem Austausch vernichten wollen. Aber es gibt auch weniger blöde Leute, sogar Linke, die meinen, dass „Eliten“ und das „Elitär“ so ziemlich an allem schuld sind, vor allem an der Ungerechtigkeit der Verhältnisse. Ganz allgemein und nach dem Sprachgebrauch lässt sich der Begriff „Elite“ in fünf verschiedenen Zusammenhängen fassen.

*Jede Gesellschaft, jede Staatsform braucht eine Elite, so wie Maschinen nicht ohne Maschinist*innen funktionieren*

1: Zur Elite gehören Menschen, die irgendwas besser können als andere. Das heißt: Jeder Berufsweig, jede Klasse hat eine Elite. Das gilt für Wissenschaftler*innen, Künstler, Politikerinnen wie für Fußballspieler oder Postboten. Das, was wir gerade als „Fachkräftemangel“ erleben, könnte man also auch als Elitemangel verstehen. Dass Leute, die irgendwas besser können als andere, in der einen oder anderen Weise dafür auch belohnt werden (sei's durch Freiheit, durch Anerkennung oder Luxus), ist okay. Man darf das aber keinesfalls übertreiben. Eher kein Geniekult, eher kein Privatflugplatz!

2: Elite könnten auch jene Menschen sein, die ein System genauer kennen als andere. Daher gibt es eine Elite der Wissenschaften, aber auch eine Elite des Wissenschaftsbetriebes. Und eben eine politische, ökonomische, kulturelle Elite. Jede Gesellschaft braucht eine Elite, so wie Maschinen nicht ohne Maschinist*innen funktionieren. Es gibt, so wie es feudale oder faschistische Eliten gibt, demokratische Eliten, die allerdings etwas komplizierter wirken: Sie müssen zugleich Demokratie elitisieren und Eliten demokratisieren.

Dagegen gibt's freilich Widerstand, und damit sind wir bei 3: Elite wird zu einem selbstreferentiellen Subsystem innerhalb von Staat und Gesellschaft, das die Kontrolle über die Verbindung der drei Herrschaftselemente für sich beansprucht: Wissen, Macht, Besitz. Immer wieder setzt sich das Phantasma einer „totalen Elite“ fest. Diese Elite, die vor allem mit dem Erhalt der eigenen Macht beschäftigt ist, tendiert dramatisch zu Verblödung und Verrohung. Sehen wir uns nebenbei die Kandidat*innenliste der AfD an: Bemerkenswert viele von ihnen entstammen der staatlich-gesellschaftlichen Elitenbildung: Justiz, Militär, Polizei, Erziehung, Wissenschaft, Verwaltung. In den Thinktanks und „Instituten“ der „neuen

Rechten“ wird eifrig an der Herstellung einer eigenen „Elite“ gearbeitet. Man hat's von den historischen Nazis gelernt, deren Ziel der möglichst rasche Austausch der bürgerlichen durch die faschistische Elite war. Die Rechten sind alles andere als anti-elitär; sie mögen bloß keine demokratische Elite.

Dass sich ein so auffälliger Teil der ökonomischen Gewinner an die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Bewegungen halten, führt zu 4: Elite sind Menschen, die ihre Privilegien, ihre Macht, ihren Reichtum, ihren Einfluss, ihr Ansehen, aber auch ihre Umgangsformen, ihre Konsumgewohnheiten, ihre Statussymbole mit aller Gewalt gegen Kritik, Widerstand und Veränderung verteidigen. Eine Klasse für sich innerhalb der Klassenherrschaft. Bleibt umgekehrt 5: Eine Elite der vom Besitz durch die Klasse gelösten Kultur, die das System semantisch und organisatorisch durchschaut und seine verborgene Wahrheit preisgibt, die gehassliebte „intellektuelle Elite“. Sie befindet sich in einem populistisch-autokratischen Regime vorwiegend im Gefängnis, im Exil oder im Untergrund. Dort sähe sie auch unsere neue Rechte am liebsten.

Was man da theoretisch auseinanderhält, ist leider in der Praxis ein gewaltiges Durcheinander, alles zwischen „Erstickt doch an eurer Arroganz!“ bis „Wo sind die Eliten, wenn man sie mal braucht?“. Stand der Dinge ist: Eine Gesellschaft funktioniert nicht ohne Eliten, so widersprüchlich sie in sich auch sein mögen. Und Versuche, die Eliten abzuschaffen, enden so furchtbar wie die chinesische Kulturrevolution. Es kommt nicht darauf an, die Eliten zu beseitigen, sondern sie demokratisch zu kontrollieren und ihre Arbeit für alle nutzbar zu machen.

Ist schon „Elite“ ein Begriff voller innerer Widersprüche, dann setzt es mit „elitär“ vollends aus. Denn „elitär“ können sich auch Leute geben, die mit den Eliten nichts zu tun haben: Angeber, Snobs, Menschen, die dem Irrtum aufsitzen, dass jemand, der etwas besser kann (zum Beispiel Tennis spielen) auch was Besseres ist. Man kann allerdings auch alles, was einem zu anstrengend, zu kompliziert, zu kritisch, zu „abgehoben“ vorkommt, als „elitär“ bezeichnen. Wenn man etwas als „elitär“ kennzeichnet, muss man sich damit nicht mehr auseinandersetzen. Dabei sind die traditionellen Merkmale des „Elitären“ längst verschwunden: Das Weltwissen ist für jede und jeden mit ein, zwei Clicks verfügbar. Ein Taylor-Swift-Konzert oder das Ticket für ein WM-Spiel kosten mehr, als wir gewöhnliche Menschen im ganzen Jahr für Kultur ausgeben – und trotzdem nennt man nicht dies, sondern das Hinterhoftheater „elitär“. Und dass höhere Bildung für immer weniger erschwinglich wird, hat weniger mit Elite als mit dem Kapitalismus zu tun.

Und jetzt kommt's: Ganz offensichtlich funktioniert die einstige Verbundenheit zwischen ökonomischen, politischen, sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen Eliten nicht mehr. Im Kampf um die kulturelle Hegemonie und um die Fleischtopfe bekommt die rechte Heimtücke der Anti-Elite-Kampagne willige Helfer. Die Demokratie ist verloren, wenn sie keine Eliten der Demokratie und keine Demokratie der Eliten hervorbringt.



Georg Seeblen ist freier Autor und hat über 20 Bücher zum Thema Film veröffentlicht. Zuletzt erschien von ihm „Coronakontrolle. Oder nach der Krise ist vor der Katastrophe“ bei bahoe books.

Die Schlagloch-Vorschau
24. 7. Charlotte Wiedemann
31. 7. Ilija Trojanow
7. 8. Gilda Sahebi
14. 8. Mathias Greffrath
21. 8. Georg Diez

Tanja Tricarico zum Boykott der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft

Affront im Rahmen des Möglichen

Den Mini-Boykott, den EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gegen die ungarische Ratspräsidentschaft angeleiert hat, ist bemerkenswert. Wollte doch Ungarns Regierungschef Viktor Orbán einen echten Coup landen, indem er gleich an Tag eins des sechs Monate andauernden rotierenden Amtes nach Kyjiw reiste, dann weiter nach Moskau und Peking. Zwischendurch erfolgte die Ausladung der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock. Und zum krönenden Abschluss ein Besuch bei US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump im Anschluss an den Nato-Gipfel. Die EU-Spitzen waren sichtlich bemüht, klarzustellen, dass Orbán nicht im Auftrag der EU in seiner sogenannten Friedensmission unterwegs war. Russland, China und auch Trump nahmen den Ball dennoch staatsmännisch beglückt auf. Und Orbán konnte sich als alternative Friedenstaube inszenieren.

Nun folgt also ein diplomatischer Affront – im Rahmen der Möglichkeiten auf EU-Ebene. Schließlich ist es demokratische Praxis, dass alle sechs Monate ein anderer Mitgliedstaat die Ratsprä-

sidentschaft übernimmt. Ganz gleich, welcher Partei der jeweilige Staat angehört. Diese Praxis zu unterbrechen und die ungarische Ratspräsidentschaft vorzeitig zu beenden, gliche einem Eigentor. Stattdessen werden die EU-Kommissar:innen und Fachminister:innen angehalten, nicht zu Treffen nach Ungarn zu fahren. An ihrer Stelle sollen Beamte:innen aus der zweiten Reihe geschickt werden.

Es ist ein geschickter Schachzug von der Leyens. Nun kommt es auf die Zuständigen in den EU-Mitgliedstaaten an, ob sie ihrem Boykottauftrag folgen oder lieber ihre Loyalität gegenüber Ungarn zeigen. In Zeiten, in denen die EU mit vielfältigen globalen Krisen konfrontiert ist, ist dies auch ein Test, wie geschlossen die Reihen der Europäischen Union sind. Mit einem erstarrenden Rechtsruck und zunehmender Skepsis gegenüber der Unterstützung für die Ukraine im Kampf gegen die russische Invasion ist dies der erzwungene richtige Zeitpunkt. Die Anhänger:innen Orbáns wird dieser Schachzug aber vermutlich nicht aufhalten.

der tag 2

Susanne Schwarz über das verwässerte Klimaschutzgesetz

Mehr Beliebigkeit beim Klima

Die Bundesregierung genehmigt sich selbst mehr Beliebigkeit beim Klimaschutz. Dabei gibt es allein in Deutschland jeden Sommer Tausende Hitzetote, Flutwellen zerstören das Hab und Gut vieler Menschen, die Wälder erholen sich kaum noch zwischen den Dürreschocks. Klimaschützer*innen ziehen deshalb gegen die Reform des Klimaschutzgesetzes vor das Bundesverfassungsgericht. Gut so.

In der Theorie ist die Welt noch in Ordnung: Das Klimaschutzgesetz sieht auch nach seiner Reform nicht vor, dass Deutschland mehr CO₂ in die Atmosphäre entlässt als zuvor geplant. Aber dass einzelne Minister*innen nachsteuern müssen, wenn ihre Zuständigkeitsbereiche zu klimaschädlich sind, entfällt. Die Regierung will zusammen für die Klimaziele einstehen – aber dabei verschwimmen die Verantwortlichkeiten. Und der Plan, die Klima-Arbeitsverweigerung etwa von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) durch Übererfüllung in anderen Bereichen auszugleichen, hat einen Denkfehler: Dass es beispielsweise bei der Industrie zuletzt noch CO₂-Spiel-

raum gab, hängt mit der Wirtschaftsfalut zusammen. Geht die Produktion von Glas, Stahl und Co wieder hoch, ist der positive Klimateffekt dahin. In der Praxis will sich die Ampel also auf einer Flexibilität ausruhen, mit der sie nicht sicher rechnen kann. Letztlich müssen die Emissionen von Unternehmen und von uns allen auf null.

Die Verwässerung des Klimaschutzgesetzes ist der eine Skandal. Der zweite: dass sich die Regierung nach der neuen Version des Gesetzes richtet, bevor die überhaupt gilt. Zwar hat der Bundespräsident die Reform gerade unterschrieben, sodass ihr Inkrafttreten nun sicher, aber bis Montag eben noch nicht eingetreten ist. Bis dahin hätten Verkehrs- und Bauministerium nach bisheriger Rechtslage wegen gerissener CO₂-Grenzwerte Sofortprogramme vorlegen müssen, haben das aber nicht getan. Nun könnte man sagen, dass Sofortprogramme nur aus Formgründen auch nichts gebracht hätten. Aber dass sich die Regierung an geltendes Recht hält – so viel Formalität darf schon sein.

wirtschaft + umwelt 9

Hannes Koch über den Haushaltsentwurf 2025

Kann klappen oder auch nicht

Eine waghalsige Mangelverwaltung betreibt FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner. Den Entwurf des Bundeshaushalts für 2025 hat er aufgestellt, indem er Kürzungen und ungedeckte Posten in erheblicher Höhe einbaute. Einerseits sind da die problematischen Streichungen beim Entwicklungsministerium und Auswärtigen Amt, andererseits notdürftig kaschierte Löcher in der Größenordnung von 20 Milliarden Euro.

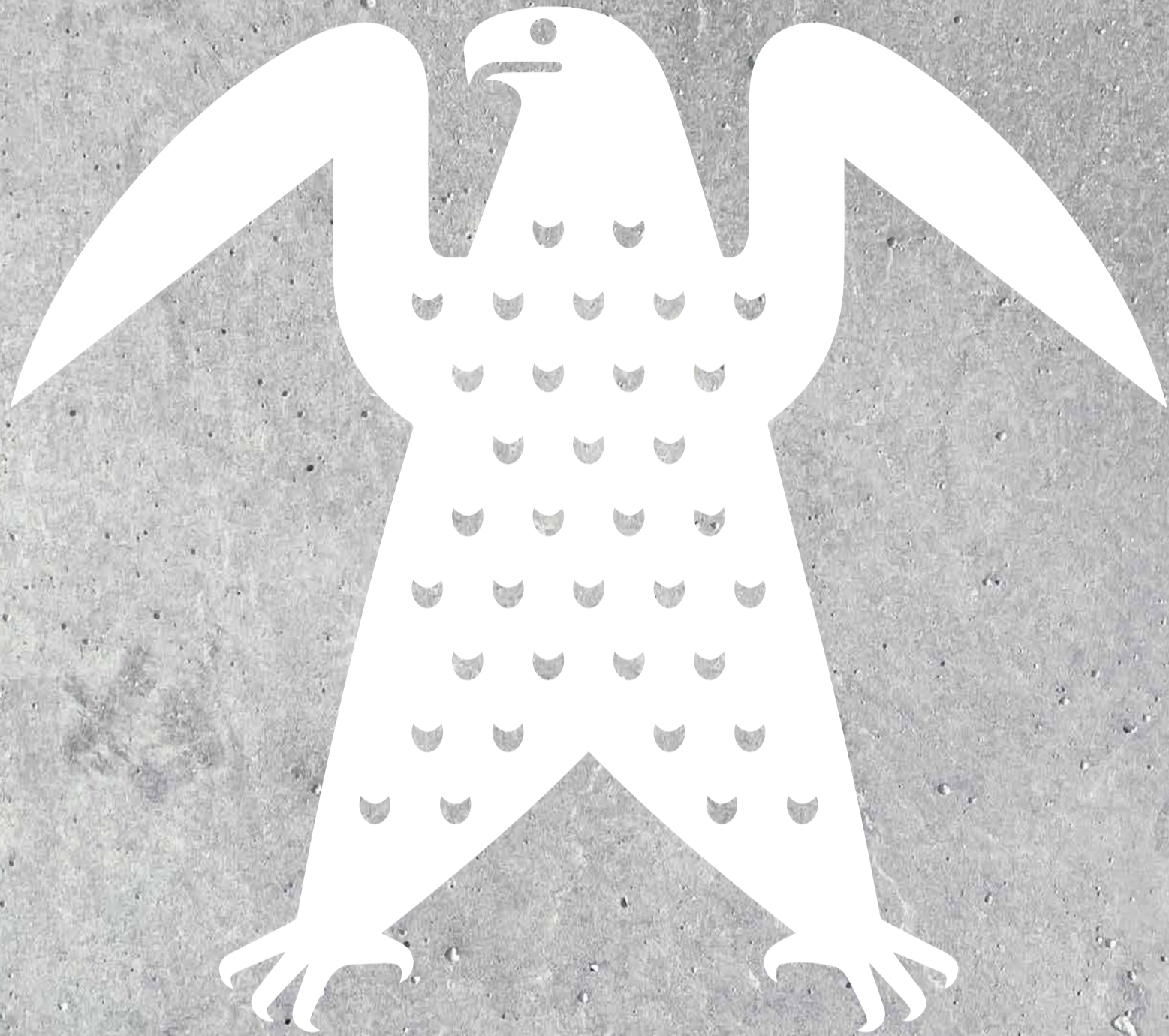
Man darf gespannt sein, was der Bundestag nach der Sommerpause von diesen Vorschlägen übrig lassen wird. Denn die Kürzungen bei der Außen- und der Entwicklungspolitik von jeweils rund 1 Milliarde Euro passen nicht in die derzeitige Weltlage. Angesichts der Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und Sudan sowie weiterer humanitärer Katastrophen wäre mehr Not- und Entwicklungshilfe nötig und nicht weniger. Derartige Zurückhaltung kann zudem die europäische Sicherheit schwächen und Fluchtbewegungen begünstigen, die hierzulande wiederum zu Problemen führen. Die Leer- und Hoffnungsposten haben in

diesem Haushalt zudem einen erstaunlichen Umfang. Da gibt es zum Beispiel eine „globale Minderausgabe“ von 17 Milliarden Euro, was rund 4 Prozent des Budgets ausmacht. Das Finanzministerium und der Bundestag müssen noch überlegen, wie sie das Loch füllen. Weitere 6 Milliarden in Gestalt höherer Steuereinnahmen soll das Wachstumspaket bringen, von dem bisher noch nichts beschlossen ist. Kann funktionieren oder auch nicht.

Aber das alles liegt nicht nur in Lindners Verantwortung. Es waren die Spitzen von SPD, Grünen und FDP, die sich auf dieses Vorgehen einigten. Positiv betrachtet handelt es sich nicht um einen radikalen Sparhaushalt – manche Ministerien bekommen schließlich mehr Geld als 2024, zum Beispiel Verteidigung, Verkehr und Forschung. Und immerhin gibt es den Klima- und Transformationsfonds, der Dutzende Milliarden Euro in sinnvolle Investitionen kanalisiert. Wobei auch dort Mangel herrscht: Wie es mit der Klimapolitik nach 2025 weitergeht, ist teils noch völlig unklar.

inland 6

bundes **talk** 



bundestalk

Was können wir von Frankreich lernen?

Das demokratische Spektrum schaffte es, einen rechtsextremen Wahlsieg abzuwenden. Können das die anderen EU-Länder auch? Darüber diskutiert **Bernd Pickert** mit **Tanja Tricarico**, **Rudolf Balmer** und **Sabine am Orde**.

Jetzt hören!



16. Juli: Brandenburg, Falkensee: Die Polizei durchsucht Räumlichkeiten, die dem als rechtsextremistisch eingestuftem „Compact“-Magazin zugeordnet werden. Foto: Sven Kaeuler/dpa

talkshow

Antifaschismus als Spektakel

Das Verbot des rechtsradikalen Kampfblatts „Compact“ ist in der Sache richtig und ein Erfolg für Innenministerin Nancy Faeser. Doch wie die Sache medial in Szene gesetzt wurde, wirft Fragen auf

Von **Nicholas Potter**

Als Jürgen Elsässer im Bademantel am Dienstagmorgen seine Haustür in Falkensee aufmacht, wird er nicht nur von verummten Einsatzkräften der Polizei begrüßt – sondern auch von Pressevertreter*innen. Ein freier Fotograf hält den Moment fest. *Die Welt*, dpa und RBB sind schnell vor Ort. Um 06:29 erscheint ein Beitrag zum Verbot des rechtsextremen *Compact-Magazins*, dessen Chefredakteur Elsässer ist, bei *Spiegel Online*. Es folgen kurz danach eigene Beiträge mit Hintergründen auf tagesschau.de, in der FAZ – und auch auf der Webseite der taz.

Für Nancy Faesers (SPD) Bundesinnenministerium ist das ein großer PR-Erfolg: Die Bilder der Razzia gehen in den deutschen sozialen Medien prompt viral. Das *Compact*-Verbot war am Dienstag das Thema des Tages: Seit Jahren verbreitet das Magazin antisemitische Verschwörungsmymen, Russlandpropaganda und Hetze gegen

Minderheiten. Es war das Sprachrohr des rechten Rands schlechthin.

Einige Medienhäuser hatten etwas dazu vorbereitet, denn der Schritt kam nicht als Überraschung: Sie wurden vorab informiert. Auch die taz. Und auch manch freier Fotograf. Ein offenes Geheimnis also. Wusste nur Elsässer nicht, dass sein rechtsextremes Kampfblatt hoch- und auseinandergenommen werden wird? Schwer zu glauben.

Nicht zum ersten Mal sucht Faeser eine mediale Bühne für Razzien oder Verbote. Auch als am frühen Morgen des 7. Dezembers 2022 der Reichsbürger Heinrich XIII. Prinz Reuß von Spezialkräften der Polizei abgeführt wurde, weil er einen Staatsstreich vor Weihnachten geplant haben soll, warteten Fotograf*innen und Fernsichtteams vor seiner Tür. Die Razzia gegen die „Patriotische Union“, wie sich die Gruppierung nennt, war eine der größten aller Zeiten in Deutschland. Und als Faeser das Neonazi-Netzwerk „Hammerskins“ im Sep-

tember 2023 verbot, wussten nicht wenige Journalist*innen vorher Bescheid und lieferten gleich Bilder, Videos und Texte der Aktion mit.

Doch so wird Innenpolitik zur bloßen Inszenierung. Und die Praxis wirft einige Fragen auf. Erstens sind offene Geheimnisse keine. Und nicht jede Redaktion hat ein dezidiert kritisches Verhältnis zu *Compact*. Am Tag des Hammerskin-Verbots zum Beispiel schrieb ein Neonazi in seinem Telegramkanal: „Diese Woche könnt Faeser sich vielleicht noch mal feiern lassen. Warten wir ab“ – mit Zwinkersmiley (Fehler im Original). Eine Woche später wurde dann tatsächlich die neonazisti-

sche „Artgemeinschaft“ verboten. Eine große Überraschung war das also zumindest für manche in der Szene nicht. Das ist gefährlich: Denn nicht jede Durchsuchung in der rechtsextremen Szene verläuft friedlich.

Und zweitens: Der Kampf gegen Rechtsextremismus braucht keine Symbolpolitik, sondern – neben einer starken Zivilgesellschaft – konsequente Ermittlungen und rechtsstaatliche Härte. Doch genau das passiert viel zu selten: Die Hammerskins gab es in Deutschland seit den Neunzigern, *Compact* seit 2010. Seit Jahren warnen antifaschistische und zivilgesellschaftliche Organisationen vor beiden.

Stattdessen kursieren nun Bilder von Elsässer im Bademantel: Der Möchtegern-Oppositionelle, verfolgt in seiner Privatsphäre. Und diese Bilder stärken den rechtsaußen kultivierten Opfermythos: Dass nämlich gleichgeschaltete Systemmedien, die Lügenpresse eben, Hand in Hand arbeiteten mit dem linksgrünversifften Staat, gegen die armen Nazis. Rechtsextreme vom Identitären Martin Sellner bis zum Neonazi Tommy Frenck solidarisierten sich mit dem *Compact*-Chef auf Telegram. Aus Elsässer wird so ein Märtyrer der rechtsextremen Szene. Trotz der Wichtigkeit des Verbots: Das kommt ihm gelegen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus braucht keine Symbolpolitik, sondern – neben einer starken Zivilgesellschaft – konsequente Ermittlungen und rechtsstaatliche Härte: Die Hammerskins gab es seit den Neunzigern, *Compact* seit 2010. Seit Jahren warnen antifaschistische und zivilgesellschaftliche Organisationen vor beiden

Alle Jahre wieder Julio

Er ist wieder da. Dunkles Haar, irritierend weiße Zähne, solariumbrauner Teint, verschwörerisches Lächeln. Juli ist in der spanischsprachigen Welt, wenn Julio Iglesias das Internet übernimmt

Von **Katharina Wojczenko**

„Juli“ heißt auf Spanisch „Julio“ – und ist zugleich ein Vorname. Eine simple Tatsache, auf die eine schier unendliche Menge an Wortspielen gründen, die als Memes in den sozialen Medien erblühen. Mit Julio Iglesias, dem wohl weltweit bekanntesten Julio nach Julio (Julius) Caesar, als Protagonist.

Pünktlich zum ersten Juli („El uno de julio“) kommt Iglesias mit Kartenspiel und Fiat daher. Man kann mit ihm übers Wetter sprechen („Der Juli ist sehr feucht“ – Baby Julio mit Windel), über Historisches (Julio in Uniform aus dem 18. Jahrhundert und Degen) und Harndrang („Der Juli ist nicht mehr auszuhalten“ mit Doppeldeutigkeit „Julio hält's nicht mehr aus“) oder mit Bob-Ross-Afro oder Anstreicher über Hoffnungsvolles („Juli schaut gut aus / malt gut“), berufliche Erfolge („Julio viene con Bono“, also „Julio bekommt einen Bonus“ wird aber mit U2 Sänger Bono abgebildet) und Probleme („Juli wird heavy“ – Iglesias als langhaariger Heavy-metaler).

Memes (auf Spanisch ausgesprochen wie man's liest): Das sind diese Internetdinge, zu denen irgendjemand mal ein Foto, eine Zeichnung, eine Audio, einen Videoschnipsel mit einem Spruch zusammenmon-

ben Berichte zum Thema werden wie die Memes alle Jahre wieder hervorgekramt (hier recycelt CNN schamlos einen Bericht von 2022), ergab die taz-Recherche.

Aus dem Jahr 2015 stammen offenbar die ersten Memes. Seitdem zitiert die spanischsprachige internationale Presse das (wohl immer noch einzige) Exklusivinterview von Iglesias zum Thema aus der Zeitschrift *¡Hola!* (quasi die spanische *Bunte*). Darin sagte Iglesias über seine Memes: „Ich kenne sie, sie sind sympathisch und machen den Leuten Freude ... ich finde das gut, solange sie nicht beleidigend sind.“ Und ein weiteres „Geständnis“: „Ich sehe nicht alle, aber manchmal schicken mir Freunde eins und ich lache mich schief.“ Eine Reaktion „mit dem guten Humor, der Julio Iglesias immer ausgezeichnet hat“, analysierte *¡Hola!* messerscharf.

In der Coronapandemie, als auch die spanischsprachige Welt dringend etwas zu Lachen brauchte, kam ein krasser Schub. Und seitdem geht das so weiter mit den Memes, kein Ende in Sicht. Würd ja auch niemand auf die Idee kommen, den Weihnachtsmann abzuschaffen.

Ähnlich wie der Lebkuchen in den deutschen Supermärkten fluten die Julio-Memes mittlerweile schon im Mai das Netz und schwappen bis in den August. „Juli ist in Sicht“, „Juli am Horizont“ (Iglesias im Sonnenaufgang, Iglesias lugt aus einem Loch, Iglesias in Wanderermontur) – und für Fortgeschrittene des spanischen Kalauers: „Wir haben Mai, Juli wartet noch auf uns“ („Julio espera“ / „Julio espera“ – mit einem Iglesias-Kopf montiert in eine giftgrüne Birne = *pera*, passend zu seinem Lied „Espera“). Umkehrt dann: „Juli verlässt uns“ (Iglesias steigt in die U-Bahn) oder „Die letzten

Minuten des Juli“ (Iglesias auf dem elektrischen Stuhl). Sollte Julio Iglesias jemals sterben, könnte die Sache noch makaberer werden.

Wobei: Es geht längst schon ohne ihn, wie ein Meme belegt. Das zeigt einen älteren Herrn mit Schlips unter einer Klimaanlage. „No es Julio, pero tiene un aire“ also „Das ist nicht Julio, aber er hat eine Klima-

Ähnlich wie der Lebkuchen in den deutschen Supermärkten fluten die Julio-Memes mittlerweile schon im Mai das Netz und schwappen bis in den August

lage“, doppeldeutig „ähnel ihm“.

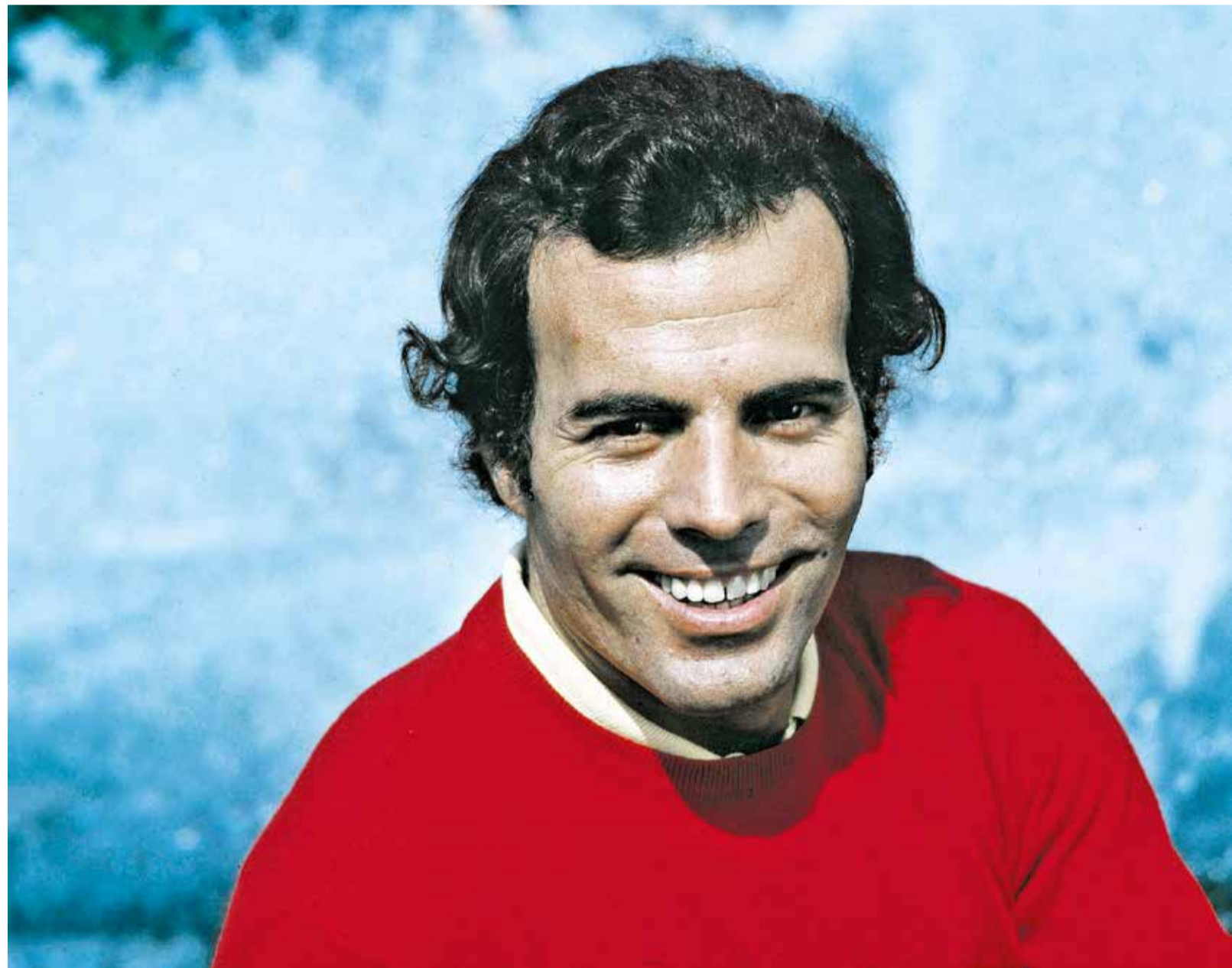
Julio Iglesias stammt aus Madrid, einer seiner erster Hits, „Un canto a Galicia“, war eine Liebeserklärung an die galizische Heimat seines Vaters – spanischer geht's also nicht. In Lateinamerika blickt man auf das Land der ehemaligen Kolonialherren immer noch durchwachsen, gelinde gesagt. Wer in Kolumbien mit festlandspanischer Aussprache aufschlägt, unterlässt das Lispeln am besten schnell. Aber im Juli ist das vergessen. Humor verbindet.

Iglesias war vieles in seinem Leben. Sänger, Komponist, Musiker, Produzent, Fußballer, Anwalt und Unternehmer. Er gilt als einer der erfolgreichsten spanischsprachigen Musiker, ach was, er hat in 14 Sprachen gesungen. Vor allem Balladen mit üppigem Schmalzfaktor. Der Versuch, diesen Text mit Youtubes Best-Of-Julio-Iglesias-Mix im Ohr zu schreiben, musste die

Autorin abrechnen. Es ist zu bezweifeln, dass seine Meme-Fans ihn im Juli in Dauerschleife hören. Wahrscheinlicher ist, dass sie seine Lieder gar nicht kennen. Auf Instagram hat er vor vier Monaten zuletzt gepostet (und nein, kein Meme von sich).

Mittlerweile ist er 80, achtfacher Vater (sein Jüngster ist 14), hat vor bald 20 Jahren seinen Rückzug aus dem Rampenlicht verkündet. Er soll mit seiner zweiten Frau (blondes Ex-Model) zwischen Miami und den Bahamas leben. 2021 tauchte er in den Pandora Papers als einer der Prominenten auf, die Steuerflucht gen Karibik mit einem Haufen Offshore-Firmen beginnen.

Aber das alles dämpft den Julio-Enthusiasmus kein bisschen. Demnächst kommt eine Netflix-Serie über sein Leben heraus. Vielleicht lernen dann die Internaut:innen, über wen sie da alle Jahre wieder lachen.



Lacht über die Memes: Julio Iglesias
Foto: Siegfried Pilz/Roba/United Archives/Imago



tiert hat. Die wackeln dann oder sind unbewegt, geben Töne von sich oder auch nicht – und werden über soziale Medien einfach immer weitergereicht. Meist sollen sie lustig sein, von satirisch bis strunzdumm. Julio Iglesias hat in seinem langen Leben einiges an Fotomaterial geliefert – für den Rest braucht's nur die Fantasie der User:innen und minimales Photoshop-Talent.

Wie das mit Julio Iglesias und den Memes begann, ist nicht endgültig geklärt. Und wird sich mangels profunder Lücken in der Julio-Iglesias-Meme-Forschung wohl nie klären. Diesel-

Volkan Ağar Postprolet



Der lebenslange Fluch des besseren Lebens

Ich möchte, dass ihr gut in der Schule seid, studiert, einen guten Beruf lernt und unabhängig seid. Ich möchte, dass ihr mal ein besseres Leben habt als ich.

Diese Sätze haben viele Kinder von Arbeitsmigranten gehört. Ihre Eltern haben sie so oder so ähnlich an sie gerichtet. Es sind Sätze, die ein volles Leben lang nachklingen und eine ganze

Biografie bestimmen. Es sind gut gemeinte Sätze, die zur Plage werden. Es sind Sätze voller Zuversicht, die diese Kinder wie ein Fluch verfolgen.

Wie genau diese Sätze im Wortlaut formuliert werden, ist dabei unerheblich. Wichtig ist die Macht dieser Sätze. Und dass die Kinder sie, wenn sie einmal ausgesprochen sind, nie wieder loswerden. Dass sie ihnen immer wieder durch den Kopf schießen, selbst wenn die Kinder längst keine Kinder mehr sind. Dass sie diese Sätze ein Leben lang hören, ganz unabhängig davon, ob sie das, was ihre Eltern nicht hatten und was sie ihren Kindern gewünscht haben, erreicht haben oder nicht: Schule gut, Studium geschafft, Beruf gelernt, mehr Geld, mehr Unabhängigkeit, mehr Anerkennung, besseres Leben.

Die Sätze schießen ihnen zum Beispiel durch den Kopf, wenn sie abends nach Feierabend in der S-Bahn ste-

hen und unzufrieden aus dem Fenster starren, weil ihr Arbeitstag zwar voll in Ordnung, aber nicht herausragend war. Wenn sie das Gefühl haben, dass sie an diesem Tag zwar alle Anforderungen erfüllt, aber nichts Besonderes

Das Gewissen lacht sein Bösewichtlachen, würgt etwas fester und flüstert die Sätze einmal mehr in die Ohren

geschaffen haben: kein genialer Text, kein außergewöhnliches Lob, keine bemerkenswerte Wortmeldung. Wenn sie dann das Gefühl bekommen, dass das nicht reicht, dass es so nicht weitergeht auf diesem Weg nach oben, auf

den ihre Eltern sie einst nur in bester Absicht losgeschickt haben.

Wenn die Sätze ihnen also nach Feierabend in der S-Bahn durch den Kopf schießen und Zweifel auslösen, dann haben ihre Eltern sie fest im Würgegriff, obwohl es gerade eigentlich gar keine Probleme gibt. Obwohl dieser Feierabend, obwohl das Leben gerade doch so schön sein könnte. Eigentlich haben sie alles, was sie dafür brauchen. Es sind aber gar nicht ihre Eltern, die sie fest im Würgegriff haben. Die wollen doch nur das Beste! Es ist ihr Gewissen, eine innere Stimme, eine Instanz, die geboren wurde, als ihre Eltern jene Sätze zum ersten Mal ausgesprochen haben.

Die Eltern dagegen haben sehr früh nicht mehr ganz verstanden, was ihr Kind da eigentlich genau studiert, was es arbeitet und wonach es strebt. Aber wozu auch? Sie sahen ja, dass ihr Kind dabei war, einen ganz anderen Weg zu gehen, als sie selbst. Das war genug, um

sie zufrieden zu machen. Die Unzufriedenheit war von nun an das Problem ihrer Kinder.

Und denen passiert es also, dass sie nach einem soliden Arbeitstag in der S-Bahn unzufrieden aus dem Fenster starren, als sie eine Nachricht von einem Elternteil bekommen. Darin wird ihnen mitgeteilt, wie stolz man auf sie und das ist, was sie erreicht haben. Die schönen Worte können aber nichts anrichten gegen das gemeine und nie zufriedene Gewissen, gegen jene innere Stimme, die viel autoritärer und gewaltsamer ist, als es eine Mutter oder ein Vater jemals sein kann. Dieses Gewissen lacht dann sein Bösewichtlachen, würgt sie noch ein bisschen fester und flüstert ihnen die Sätze einmal mehr in die Ohren:

Ich möchte, dass ihr gut in der Schule seid, studiert, einen guten Beruf lernt und unabhängig seid. Ich möchte, dass ihr mal ein besseres Leben habt als ich.



Nicht-Orte überall: Trojan (Mišel Matičević) in Berlin in „Verbrannte Erde“
Foto: Piffli

Stadt ohne Eigenschaften

Ein fast klassischer Gangsterfilm: Thomas Arslans „Verbrannte Erde“ lässt durch sein Spiel mit bekannten Mustern etwas Neues entstehen

Von Michael Meyns

Arm, aber sexy“ war Berlin angeblich einmal, inzwischen ist die Hauptstadt nicht mehr ganz so arm, gewiss aber auch nicht mehr so sexy wie noch vor zwanzig, vielleicht auch noch zehn Jahren: Die Stadt hat sich verändert und ganz gewiss nicht immer zum Besten. „Berlin ist unwirtlicher geworden“, sagt der Regisseur Thomas Arslan dazu, der als aus dem Ruhrgebiet Zugezogener einen anderen Blick auf Berlin hat als ein Einheimischer, auch wenn er nach gut 40 Jahren in der Stadt selbst längst heimisch geworden ist.

Neun Spielfilme hat Arslan in den letzten Jahrzehnten gedreht, fünf davon spielen in Berlin, wobei die Stadt mit ihren Menschen und ihrer Architektur nicht einfach nur als Schauplatz, als mehr oder weniger ästhetischer Hintergrund fungiert, sondern zu einem Thema wird, fast zu einem weiteren Hauptdarsteller.

Arslans neuer Film heißt „Verbrannte Erde“ und ist der zweite Teil einer geplanten Trilogie, die vor vierzehn Jahren mit „Im Schatten“ begann, einem Gangsterfilm, in dem Mišel Matičević die Rolle des Trojan spielte, einem einsamen Wolf, wie er im Buche beziehungsweise der Filmgeschichte steht, wie man ihn aus unzähligen Filmen von

Jean-Pierre Melville über John Woo bis Michael Mann kennt. Am Ende von „Im Schatten“ hatte Trojan die Stadt verlassen, war gerade so mit dem Leben davon gekommen und blank.

Zwölf Jahre später hat sich daran, hat sich an Trojan nichts geändert. Nach einer verunglückten Geldübergabe mit ein paar gestohlenen Luxusuhren im Gepäck kommt er zurück nach Berlin, doch die Zeiten haben sich geändert. Die Uhren bekommt er nur für ein paar Tausend Euro los, seine alten Kontakte sind eingeschlafen. Über einen Bekannten, der längst aus dem Geschäft ausgestiegen ist und die Halbwelt für ein Leben als Fußballtrainer von Jugendlichen aufgegeben hat, bekommt Trojan die Telefonnummer von Rebecca (Marie-Lou Sellem). Die hat ihr Büro am Litfaß-Platz, etwas südlich vom Hackeschen Markt, einem dieser Berliner Nicht-Orte, die ein bisschen aufgeputzt wurden, aber völlig leblos sind, denn warum sollte man auf so einem Platz verweilen?

Auch Rebeccas Büro ist geprägt von den üblichen schmalen Fenstern, die den Blick auf nichtige Bürobauten öffnen, keine Spur von Großstadtflair. Aber einen Auftrag bekommt Trojan, allerdings ein Job mit drei Kollegen, für den Einzeltäter ein grundsätzliches Problem. Doch da sein alter Kumpel Luca (Tim Seyfi) dabei ist, sagt Trojan zu, der Coup wirkt einfach und verlockend: In einem

Museum in Dahlem soll ein kleines, handliches Gemälde von Caspar David Friedrich gestohlen werden. Keine große Sache, der Coup läuft problemlos ab, doch dann beginnen die Probleme. Victor (Alexander Fehling), der Mittelsmann des Auftraggebers, stellt sich quer, will Trojan und seine Mannschaft beschleichen, am liebsten gar kein Geld zahlen, doch er hat die Rechnung ohne Trojan gemacht.

Eine klassische, fast schon klischeehafte Geschichte, voller Motive und Tropen, die man aus unzähligen Gangsterfilmen kennt. Als Pastiche funktioniert „Verbrannte Erde“ dadurch, als Spiel mit bekannten Mustern, die Arslan ein klein wenig variiert und dadurch etwas Neues entstehen lässt. Sein Held Trojan wirkt wie der Endpunkt einer Reduktion. Schon Alain Delon in „Der einsame Engel“ oder Robert De Niro in „Heat“ waren keine Männer vieler Worte, waren unterkühlte Typen, die möglichst wenig sagten, um möglichst wenig von sich preiszugeben. Nicht angreifbar werden, Männer ohne Eigenschaft, die sich nur durch ihre Handlungen definieren.

Man merkt Mišel Matičević an, wie viel Spaß ihm diese Rolle macht, dieser Trojan, der selbst alten Freunden wie Luca reserviert gegenübertritt und auf freundliche Begrüßungsfloskeln wie „Siehst gut aus, Trojan“ kaum reagiert. Dass er keine Spuren hinterlässt, macht

ihn nicht fassbar, schützt ihn, im Gegensatz etwa zu Luca, der sich eigentlich zusammen mit seiner Frau ein Leben als Restaurantchef aufgebaut hat, der eigentlich keine Dinger mehr drehen wollte, eigentlich.

Angesichts seiner professionellen, unterkühlten Art könnte man meinen, dass Trojan ideal in das neue, geschäftige Berlin passen würde, eine Stadt, der zunehmend die Ecken und Kanten

Man merkt Mišel Matičević an, wie viel Spaß ihm die Rolle des Trojan macht

abhanden kommen, in der Branche rar werden, in der langweilige Investorenarchitektur vermehrt das Stadtbild prägt.

Von den attraktiven Seiten Berlins ist in „Verbrannte Erde“ ebenso wenig zu sehen wie von touristischen Orten. Kein Fernsehturm ist im Hintergrund zu erspähen, keine Fahrt entlang der East Side Gallery oder am Brandenburger Tor vorbei gibt es, wie man sie aus so vielen internationalen Berlin-Filmen kennt, die ein bestimmtes Berlin-Klischee ins Bild setzen wollen. Trojan dagegen steigt in billigen Ketten-Hotels ab, in dem Easyjet-Touristen Anony-

mität garantieren, und bewegt sich nur dann durch die Stadt, wenn er muss. Eine geplante Geldübergabe findet auf einem kargen Hinterhof statt, der finale Showdown neben einer Mülltonne. In der Ferne ist das Amazon-Hochhaus an der Warschauer Brücke zu erkennen, wie ein Fanal des neuen Berlins.

Wie Berlin einst aussah, vor zwar nur 25 Jahren, die aber weiter weg wirken als eine Generation, kann man in Thomas Arslans „Berlin-Trilogie“ überprüfen. Zwischen 1997 und 2001 entstanden die Filme „Geschwister – Kardeşler“, „Dealer“ und „Der schöne Tag“, die junge Berliner migrantischer Herkunft beobachteten, wie sie ihre Tage verbrachten. Vor allem durch Kreuzberg flanieren sie, scheinbar ziellos, mit viel Muße. Vielleicht war die Stadt damals wirklich entspannter als heute, herrschte im Straßenverkehr nicht so ein aggressiver Unterton, der Auto und Fahrrad fahren immer mehr zu einem Nahkampf macht.

Manche Schauspieler aus der Berlin-Trilogie tauchen in kleinen Rollen auch in „Verbrannte Erde“ auf, vor allem Bilge Bingül, der in „Dealer“ eine kleine Rolle spielte und hier als Computerexperte am Coup mitwirkt. Nicht derselbe Charakter selbstverständlich, aber auf eine Weise doch eine logische Entwicklung, eine Professionalisierung, die auch der veränderten Stadt gezollt scheint.

In einem Interview hat Thomas Arslan Trojan als Figur bezeichnet, die an die Gig Economy erinnert, jene moderne, unbestimmte Form des Arbeitens, die nicht an einen festen Wohnort gebunden ist, nomadisch durch die Welt streift und dorthin geht, wo es Geld zu verdienen gibt. Austauschbar werden für diese Menschen Orte und Städte, die ja ohnehin immer globalisierter, austauschbarer werden: überall Starbucks, Apple-Stores oder H&M, schon am Flughafen dieselben, immer gleichen Designerläden.

Insofern wirkt es fast schon konsequent, dass auch Berlin, diese ewige Mochtegegn-Weltstadt, immer austauschbarer und uniformer wird, dass sich ein Gangster wie Trojan durch eine Stadt ohne Eigenschaften bewegt, keine Spuren hinterlässt und am Ende, mal wieder, verschwindet. Passenderweise will Arslan den letzten Teil der Trilogie (der hoffentlich nicht erst nach einer ähnlich langen Pause gedreht wird) auch nicht in Berlin realisieren. Wenn selbst ein so tief mit Berlin verwurzelter Regisseur wie Thomas Arslan zumindest filmisch und vorübergehend die Stadt verlässt, muss sich die (Film-)Metropole Berlin vielleicht doch langsam mal Sorgen machen.

„Verbrannte Erde“. Regie: Thomas Arslan. Mit Mišel Matičević, Marie Leuenberger u. a. Deutschland 2024, 100 Min.

Eine perfekte Lösung wäre da – aber auch das Geld?

Wie die Berliner Zentralbibliothek die Gentrifizierung außer Kraft setzen könnte. Kultursenator Joe Chialo legt sich in der Akademie der Künste fest

Von Dirk Knipphals

Ein Regenguss von der apokalyptischen Sorte ging neulich auf die Hauptstadt nieder, einer, wie sie jetzt im Klimawandel häufiger vorkommen werden. Die Auswirkungen in der Berliner Zentralbibliothek, einer der beiden Standorte der Zentralbibliothek, waren dramatisch. Wasser drang in ein Buchlager ein. Die Bibliothekarinnen bildeten eine Eimerkette, um es wieder herauszuschaffen.

Deutlicher konnte die Nachrichtenlage kaum darauf hinweisen, dass Handlungsbedarf bei der Berliner Zentralbibliothek (ZLB) besteht. Außerdem fiel Joe Chialo (CDU) bei einer

Veranstaltung der Akademie der Künste am Montagabend etwas auf. Üblicherweise, sagte der Berliner Kultursenator, würden die Künste einen Ort entdecken, der dann an Investoren weitergereicht werden muss, die viel Geld damit machen. Wenn die ZLB aber in die Galeries Lafayette zieht, wäre dieses gentrifizierungstheoretische Grundgesetz außer Kraft gesetzt. Ein Kaufhaus würde in ein Haus der Kultur verwandelt. „Charmante Idee“, rief Chialo.

Das neue Präsidium der Akademie der Künste hatte zum Akademiegespräch geladen, in einem neuen Format, der Moderator und seine Gäste gingen auf einem quer durch den

Raum ausgelegten Teppich sich unterhaltend hin und her, das klappte ganz gut, der neue Akademiepräsident Manos Tsangaris hielt das Grußwort, der neue Vizepräsident Anh-Linh Ngo moderierte souverän. Geredet wurde eben über die Nachnutzung der Galeries Lafayette und den möglichen Einzug der ZLB in das Gebäude.

Alle Beteiligten waren dafür. Wenn man Volker Heller, dem ZLB-Direktor, zuhörte, wusste man auch, warum. Die beiden derzeitigen Standorte der ZLB seien in einem „unwürdigen“ Zustand. Und die Gebäude in der Friedrichstraße würden sich perfekt für die ZLB eignen. Lichtdurchflutete Räume fürs Publi-

kum, Räume mit ausreichend Tragelast für die Archive, 35.000 Quadratmeter Fläche, Möglichkeiten, unterschiedliche Zonen für Kontemplation, Spiel und Begegnung zu schaffen.

Dominique Alba drückte als Vertreterin des Architektens Jean Nouvel große Sympathien für die ZLB-Lösung in der Friedrichstraße aus. Katharina Schultens, Leiterin des Hauses für Poesie, zeigte auf, wie mit migrantischen Jugendlichen in den Räumen gearbeitet werden könnte. Und Joe Chialo legte sich für einen Politiker überraschend deutlich fest – und wird daran jetzt gemessen werden. Durch die ZLB in der Friedrichstraße könnte ein Ort „der Bil-

dung und des Seins“ entstehen. Auch im Kulturausschuss seien sich alle einig, „dass das eine gute Idee ist“.

Ein eindeutiger Abend. Nur klang alles so perfekt, dass man sich fragte: Warum macht Berlin das nicht einfach? Was spricht eigentlich dagegen? Nun, knapp 600 Millionen Euro würde der Umzug, Stand jetzt, auch nach Verhandlungen noch kosten, und Berlin hat kein Geld. Aber ein Neubau oder auch eine Renovierung würden auch nicht billiger werden – und irgendwas muss halt geschehen.

Aber das Geld ist nicht das einzige Hindernis. Die Gemengelage zwischen den Bezirken kann Berlin-typisch auch bei

noch so wünschenswerten Projekten immer toxisch werden. Und wer sich einmal damit beschäftigt hat, warum bundesweit viele Bibliotheken sonntags nicht geöffnet haben, weiß, wie etwa eine Allianz von Gewerkschaften und Kirchen an sich wünschenswerte Reformprojekte im Bibliotheksbereich immer torpedieren können.

Am Schluss des Abends fragte Anh-Linh Ngo Dominique Alba, wie viel Zeit für eine Entscheidung man denn noch habe. Sie sagte, dass es manchmal glückliche Momente gebe, in denen man zugreifen müsse, weil sie sonst wieder verschwinden. Ab Anfang August wird das Gebäude leer stehen.



Yelka: drei Musiker:Innen, ein Masterplan Foto: Mara von Kummer

Und mittwochs wird immer geprobt

Klotzen statt Kleckern: Das Berliner Powertrio Yelka verfolgt einen irren Masterplan. Zehn Alben in drei Jahren. Die Nummer „Vier“ ist gerade veröffentlicht

Von **Stephanie Grimm**

„Krieg und Ferien“ – klingt nach Tolstois Klassiker, weitergesponnen in die Gegenwart. Für drei Berliner:innen – zusammen sind sie Yelka – beschreibt der Titel ihres zweiten Albums aber auch den Gründungskontext ihres Postkraut-Trios während der Coronapandemie: Welche ja wiederum mit „Krieg und Ferien“ adäquat beschrieben ist. Plötzlich blieb nämlich viel Zeit, um Liegegebliebenes zu erledigen. Zugleich offenbarte die Seuche gesellschaftliche Bruchstellen.

Bassistin Yelka Wehmeier und Schlagzeuger Christian „Obi“ Obermaier spielten seit 2009 bei Eagle Boston zusammen. In der Pandemie wanderte ihr Keyboarder aus. Daniel Meteo, im Brotberuf Musik-

manager und Mitbetreiber des Labels Shitkatapult, aber auch Gelegenheitsmusiker (so veröffentlichte er, zusammen mit Tom Thiel, als Bus angedubhte Electronica) stieß zur Band, nachdem er mit Obermaier in der Uckermark Fußball gespielt hatte. Obwohl er gar kein Keyboarder ist. Ihre Bandwerdung, erzählen sie beim Interview in Wehmeiers Wohnung, die mittwochs zum Proberaum wird, war sowieso eher gemeinsamem Humor geschuldet als einem musikalischen Plan.

Meteo hatte genug vom elektronischen Musikschaffen. „Irgendwann wollte ich das nicht mehr. Ich sitze sowieso jeden Tag am Computer.“ Nach Jahrzehnten nahm er wieder seine Gitarre in die Hand. Als er ver-

suchte, das Eagle-Boston-Material zu erlernen, stellten die drei fest, dass es das nicht braucht: „Am besten waren wir von Anfang an, wenn wir frei spielen.

Die Idee für den seriellen Veröffentlichungszyklus bezieht das Trio von den Algorithmen

Da kommen wir schnell auf einen Nenner“, erklärt Wehmeier. Was sich so frisch anfühlte, dass sie einen kühnen Plan fassten: Zehn Alben in drei Jahren. Gerade mal 15 Monate nach dem Debüt „Nowhere Jive“ erschien unlängst tatsächlich Album Nummer vier: „For“, „Es gibt immer zwei Möglichkeiten“, erklärt Meteo, „Man kann drei Monate an einem Stück sitzen. Alle, die das mal gemacht haben, wissen: Die Anfangsmagie geht verloren. Auf die konzentrieren wir uns mit unserem seriellen Ansatz – und verzichten auf das, was dazukommt, wenn man Monate an etwas feilt.“

Zudem wolle man im Gespräch bleiben: „Die Algorithmus-Idee des immer wieder Neuaufgreifens aufs Analoge übertragen“ nennt Meteo das. „Die Idee war: Wenn immer neues Material kommt, brauchen wir diesen Instagram-Quatsch nicht“ – auch wenn sie mittlerweile, den beiden kleinen Labels zuliebe, die ihre auch visuell gelungen gestalteten Alben herausbringen, Social Media mehr bedienen, als eigentlich ersehnt.

Ganz nebenbei erhalten sie so ihren Spaß am Spielen. Yelka streben nicht nach Perfektion, sie mäandern lässig durch ihre Songs. Was ganz beiläufig auch die Hörer:innen in den Schlenker-Modus versetzt. Auch wenn jedes Album sein eigenes Flair und eine pophistorische Grundierung hat – „oft ist klar: Dieses Stück gehört nicht mehr hierher, sondern ist etwas Neues“, erklärt Wehmeier – sind alle vier verbunden durch eine gewisse

Luftigkeit. Dazu kommt ein Faible für eigenwillige Cover, wie sich etwa an ihrer krautig dengelnden Version des Wave-Schlagers „Tausendmal du“ zeigt, ursprünglich von der Münchener Freiheit. Oder auch ihr in andere Sphären segelnde „Crystal Ship“, eigentlich von The Doors.

Erinnert ihr dank ungerader Beats schepperiges Debüt mit seiner minimalistischen Jazziness an 90er-Postrock, klingt das dritte Album „1976“ – „unser Alan-Parsons-Project-Album“ – feingliedriger, wie schon der gemalte Parfümflakon auf dem Cover andeutet. Doch warum 1976? „Für mich war es eine Zeit, in der Chartsmusik durchlässig war“, erklärt Meteo, „Der Schweinerockhype war vorbei. Artrock irgendwie auch. Jazzrock-Gedudel hatte noch nicht richtig angefangen, ebenso Punk und Disco. Für mich ist es die Zeit von Joni Mitchell und Captain Beefheart. Alles war etwas offener.“ Und Beefheart, so schwärmen sie unisono, sei sowieso ihre gemeinsame Ursuppe.

Mit „For“ seien sie nun bei einem Sixties-Feeling angekommen: „Flott, ein bisschen fröhlich, nicht so schwer.“ Ein bisschen sperrig werden Yelka jedoch immer klingen. Dafür sorgt schon ihr Bandcredo, das lautet: Demokratisch Dur. Beim Versuch, zu erläutern, was gemeint ist, fallen die drei einander ins Wort. Der Begriff stehe für das Vermeiden üblicher Schemata: „Dominante, Subdominante, Moll, Dur. Bla bla bla. Das ist nicht demokratisch“, führt Meteo aus. „Wenn man es so divers denkt, wie auch die Gesellschaft vielfältig ist, sind alle Töne gleich viel wert. Wo es für eine klassische Rockband nur AB als Möglichkeit gibt, ist für uns auch GH interessant. Plötzlich gehen viel mehr Kreuzungen auf.“ Darum, dass Yelka die Ideen ausgehen, muss man sich wirklich nicht sorgen!

Yelka: „Nowhere Jive“, „Krieg und Ferien“, „1976“ (alle Fun in the Church/Bertus/ZebraLution); „For“ (Karaoke Kalk/Morr Musik/A-Musik/Indigo) Live: 17. 7., Gretchen, Berlin

Gott bekommt den Blues

Die US-Südstaatengospelband Staples Jr. Singers gastierte am Montag im Berliner Quasimodo

Von **Ruth Lang Fuentes**

Gerade ein halbes Lied brauchen die Staples Jr. Singers, um ihr Publikum zu begeistern. Die Tanzfläche vor der Bühne im Berliner Quasimodo füllt sich. Und wer eben noch saß, steht allerspätestens beim funktigen Beat des zweiten Songs – „Get on Board“, kann nicht anders, als sich zum groovy Sound dieser sieben Leute auf der Bühne zu bewegen. Etwas anderes lässt die Gospelband aus Mississippi, nicht zu.

„I keep on searchin' until I found him“, singt Edward Brown. Er sitzt in der ersten Reihe, rechts von seiner Schwester Annie. Während sein Bruder R. C. – zu Annies linker Seite – den Blues aus den Saiten seiner E-Gitarre holt. Ohne Plektrum, gelassen und so gefühlvoll, als hätte er nie etwas anderes getan, als die Blue-Notes zu spielen. Hinter ihnen ihre Kinder Troy, Gary und Jaylin sowie Annies Mann, die das durchgängig stabile Rückgrat aus Drums, Rhythmus-Gitarre, Bass und Background-Gesang bilden.

Dass die drei Geschwister um die 60 noch nie etwas anderes getan haben, als den Blues zu fühlen und zu spielen, stimmt. Und stimmt auch wiederum nicht. Mitte der 1970er

Niemand im Raum steht mehr still.

Die Staples Jr. Singers spielen markanten Südstaaten-Gospel. Edward erzählt in breitem Mississippislang vom Aufwachsen im Süden der USA, von Segregation, Armut, Hunger und dem unerschütterlichen Glauben an Gott. Ihre Inbrunst, die Energie und die Glaubwürdigkeit, die sie in jede einzelne Note stecken, machen aus dem Berliner Jazz-Keller für eine Stunde eine Kirche.

Man möchte fast schon selbst an Gott glauben, als Annie mit eindruckvoller, bluesiger Stimme zu singen beginnt: „I was lost in a world of sin.“ Sie holt einzelne Leute nach vorne. Erzählt von Liebe, von Fehlern und vom Vergeben. „You see, I was blind and I could not see.“ Und gibt ihnen eines mit, bevor sie sie wieder zum Tanz entlässt: „You have to say – I'm sorry. I love you.“ Dann wird es noch mal rockiger, es wird ohne Unterlass getanzt. Was anderes lassen die Staples Jr. Singers nicht zu. Auch wenn sie immer wieder durchschimmern, im Sound ihrer Songs: die harten Zeiten, der Zusammenhalt und die Hoffnung. Das muss es sein, was Annie, R. C. und Edward, und ihre Familie so stark macht. Das ist Gospel, das ist spiritueller



Die Staples Jr. Singers am Montagabend im Berliner Quasimodo Foto: Axel Bradatsch

tourten die Staples Jr. Singers – damals noch zehn Geschwister – als Gospelgruppe mit ihren Eltern durch den Bible Belt. Ein einziges Album nahmen sie damals auf: „When Do We Get Paid“. Fast 50 Jahre blieben sie in ihrer Kleinstadt Aberdeen, gründeten Familien, arbeiteten hart und gaben ihren Glauben und die Musik niemals auf. Bis 2021 ihr Werk vom New Yorker Label Luaka Bop neu aufgelegt wurde. 2023 haben die drei noch lebenden Geschwister der Staples Jr. Singers in nur zwei Tagen ein neues Album aufgenommen: „Searching“. Und damit sind sie nun auf Europa-Tournee.

„I Don't Need No Doctor“ heißt einer der neuen Songs, dessen Titel schon so bezeichnend ist. Ihre Zuversicht, ihre Kraft – und davon haben sie jede Menge – ziehen sie aus ihrem Glauben. Man braucht sie nur spielen hören, um zu wissen: Der Gospel muss raus. Muss geteilt werden mit dem Publikum. Edward hebt die Hände nach oben, animiert das Publikum, dasselbe zu tun. „Klatscht in die Hände“, „singt mit“, sagt er. Und steht dann sogar von seinem Stuhl auf – der dabei nach hinten umkippt –, nimmt das Mikro in die Hand.

Blues und das haben die Staples Jr. Singers am Montag bis nach Berlin gebracht. „Goodbye“ und Handküsse heißt es nach einer Stunde durchgehender Intensität. Das Publikum will noch nicht, dass das Konzert zu Ende ist.

Die Zugabe übernehmen zwei jüngere Bandmitglieder, zeigen, dass noch viel Musik von Familie Brown kommen wird. Und dann taucht R. C. noch mal auf, schnappt sich die Gitarre ein letztes Mal und überzeugt (auch wenn es niemanden mehr zu überzeugen gibt) mit einem bluesigen Solo. Sollte es einen Gott geben, dann muss er Blueser sein.

berichtigung

Elsa von Freytag-Loringhoven, Emmy Hennings, Agnes Arntz, Angelika Hoerle, Marta Hegemann und Luise Straus-Ernst. Sie alle waren Künstlerinnen des Dadaismus, bekannt ist heute einzig Hegemann Höch. Von der Ausstellung „der die Dada“ im Arp Museum Remagen, die dieses Bild korrigiert, war gestern bei uns zu lesen.

genossenschaft

taz



Katrin Gottschalk, Ulrike Winkelmann & Barbara Junge Chefinnenredaktion der taz

JEDE BRANDMAUER BRAUCHT EIN STARKES FUNDAMENT

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in. Alle Infos auf taz.de/genossenschaft

Ein Leuchtturm der Pressefreiheit

2022 verbot die guatemaltekische Regierung das Investigativmedium „El Periódico“. Jetzt läuft es zumindest online unter dem Namen „eP Investiga“ wieder an. Währenddessen sitzt „El Periódico“-Gründer José Rubén Zamora weiterhin in Haft

Von **Knut Henkel**

Seit 1996 schaute die guatemaltekische Zeitung *El Periódico* den Mächtigen im Land auf die Finger. Das einflussreiche Investigativmedium deckte die Veruntreuung öffentlicher Mittel immer wieder auf – „Fiscalización“ heißt das auf Spanisch. Dafür wurde die Zeitung nicht nur gefeiert, sondern auch angegriffen: Sie wurde den meist konservativen Regierungen des Landes ein Dorn im Auge.

Die korrupteste von allen – die bis zum 14. Januar amtierende Regierung von Alejandro Giamattei – nahm im Juli 2022 einen Anlauf, dem Blatt erfolgreich den Stecker zu ziehen. Gründer und Herausgeber José Rubén Zamora wurde von einer Spezialeinheit der Polizei festgenommen. Der fingierte Vorwurf: Geldwäsche. Bis heute sitzt er im Gefängnis. „Parallel dazu wurden die Konten vom *El Periódico* eingefroren, potenzielle Geldgeber und Anzeigenkunden unter Druck gesetzt, so dass wir Ende November 2023 die Printausgabe und am 15. Mai auch die Onlineausgabe einstellen mussten“, erinnert sich die damalige Redaktionsleiterin Julia Corado gegenüber der taz.

Nun macht das Onlineportal *eP Investiga* da weiter, wo *El Periódico* aufhörte – unter Leitung von Gersón Ortiz. Der 40-jährige Journalist mit dem graumelierten Bart war jahrelang einer der leitenden Redakteure des Vorgängerblatts. Auch die ehemalige Redaktionsleiterin Julia Corado ist wieder dabei, nun als eine von drei Ressortleiter:innen, sowie rund ein Dutzend weitere Journalist:innen – die meisten ebenfalls mit *El-Periódico*-Vergangenheit.

Die Neugründung ist ein Versuch, einen Leuchtturm der Pressefreiheit in Guatemala wieder aufleben zu lassen. 4.000 Leser:innen hat das

Portal täglich, Tendenz steigend. „Wir haben durch Spenden und feste Förder:innen aus Guatemala und dem Ausland eine finanzielle Absicherung für sechs Monate“, erklärt der Chefredakteur Ortiz. „Nun brauchen wir Abonnent:innen, um schnell auf eigenen Füßen zu stehen und die Redaktion zu erweitern.“

Die Bedingungen sind jedoch nach wie vor schwierig. Zwar hat sich die Situation der Berichterstatter:innen in Guatemala mit der neuen sozialdemokratischen Regierung merklich verbessert, sagt Diego España, Redakteur bei der linksliberalen

La Hora, zur taz, aber die Kriminalisierung von Berichterstatter:innen sei längst nicht vorbei. „Die Regierung von Bernardo Arévalo arbeitet mit den Medien zusammen. Das lässt sich jedoch für den Justizsektor nicht sagen“, so der 23-jährige Journalist. Er freue sich über den Schub für die mediale Vielfalt in Guatemala.

Denn sechs Monate nach der Vereidigung des sozialdemokratischen Reform-Präsidenten macht sich Ernüchterung breit. Das sieht *eP-Investiga*-Chefredakteur Gersón Ortiz nicht anders: „Die Regierung hat Hoffnungen geweckt, die unrealis-

tisch waren, wie die Absetzung von Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras“. Längst gilt Porras als mächtigste Frau Guatemalas. Sie kontrolliert de facto das Justizsystem, wird von den Richter:innen am Verfassungsgericht gedeckt und hat die Justiz gegen die Regierung in Stellung gebracht.

Mit einer Welle von Vorladungen und Ermittlungsverfahren gegen Kabinettsmitglieder erschwert sie dem Kabinett von Bernardo Arévalo die Arbeit. Das jüngste Beispiel: der Rücktritt von Gesundheitsminister Oscar Córdón am 12. Juni – nach Dutzenden von Vorladungen. De

facto herrscht ein offener Konflikt zwischen Regierung und Generalstaatsanwältin, die noch ein Mandat bis 2026 hat – und nur über eine Gesetzesreform oder ein Referendum aus dem Amt entfernt werden kann. „Die Regierung verfügt über keine kohärente Strategie und keine Mehrheit im Parlament“, sagt Gersón Ortiz und zuckt mit den Schultern.

Inzwischen sitzt Zamora, der Herausgeber von *El Periódico* und eine Ikone des investigativen Journalismus in Mittelamerika, seit fast zwei Jahren in Haft. Am 5. Juli wurde er von der kolumbianischen Me-

dienstiftung Gabo mit einem Preis für sein journalistisches Lebenswerk ausgezeichnet. Ein positives Zeichen. Denn so bleibt der Fall Zamora im Gespräch. Den Preis nahm sein in Miami lebender Sohn José in Kolumbien entgegen. „Internationale Aufmerksamkeit ist essenziell für uns, und nicht nur deshalb schätzen wir als Familie die Arbeit von *eP Investiga*“, sagt er der taz.

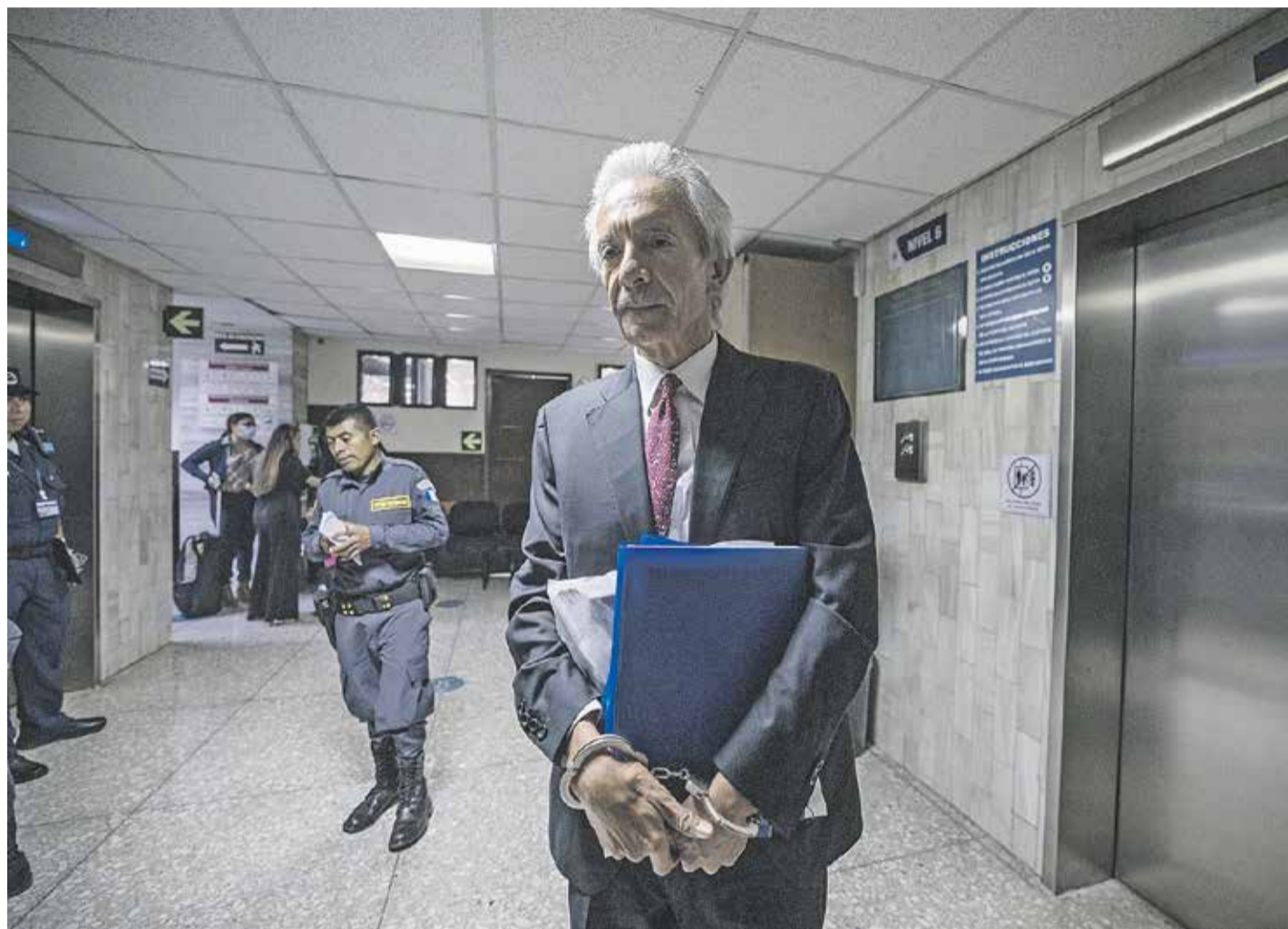
Doch die Aussichten auf ein faires Verfahren in Guatemala sind laut Julia Corado gering: „Zamora ist ein Unbequemer in den Augen der korrupten Justiz. Selbst die vielen Artikel und Beiträge über ihn in der internationalen Presse haben nicht dazu geführt, dass die Staatsanwaltschaft eingeknickt ist.“

Auch *eP Investiga* steht vor Herausforderungen: Der Sitz des Portals liegt aus Sicherheitsgründen nicht in Guatemala, sondern in Mexiko-Stadt. „Wir müssen unsere Strukturen

Der Sitz von „eP Investiga“ liegt aus Sicherheitsgründen nicht in Guatemala, sondern in Mexiko-Stadt

vor dem Zugriff der guatemaltekischen Behörden schützen“, sagt Chefredakteur Gersón Ortiz. Das sei eine logische Konsequenz, nachdem *El Periódico* quasi ökonomisch erdrosselt worden sei.

Und das ist auch einer der Gründe, weshalb Gersón Ortiz derzeit noch aus dem Ausland für *eP Investiga* arbeitet. Gleichzeitig ermittelt die guatemaltekische Generalstaatsanwaltschaft gegen Ortiz und einige Kolumnisten von *El Periódico* – wegen Einschüchterung der Justiz.



José Rubén Zamora vor Gericht in Guatemala-Stadt, Juni 2023 Foto: Esteban Biba/epa

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Radsport: Tour de France
- 17.20 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 Watzmann ermittelt: Sonnwend. D 2022
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Monsieur Claude und sein großes Fest. Komödie, F 2021. Regie: Philippe de Chauveron. Mit Christian Clavier, Chantal Lauby
- 21.50 Plusminus
- 22.20 Tagesthemen
- 22.55 Mein Körper. Meine Muskeln. – Mehr als Power und Pumpen
- 23.40 Neustart als Handwerker
- 0.10 Tagesschau
- 0.20 Monsieur Claude und sein großes Fest. Komödie, F 2021

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Hochzeit in Gefahr. D 2019
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Wismar: Glückskekse. D 2021
- 19.00 heute
- 19.25 Duell der Gartenprofis – Mein grünes Paradies (3/7)
- 20.15 Aktenzeichen XY... Vermisst
- 21.45 heute-journal
- 22.15 auslandsjournal
- 22.45 Olympische Macht-Spiele – Putin und der deutsche IOC-Chef
- 23.15 Markus Lanz
- 0.30 heute journal update
- 0.45 Mein Amerika – Dein Amerika: Die uneinigen Staaten vor der Wahl

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzell – Das Strafgericht
- 17.00 Verklag mich doch!
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Mario Barth deckt auf
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 stern TV
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.35 CSI: Miami: Abbrucharbeiter für alles. USA 2008

SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife – Die Spezialisten
- 15.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Landarztpraxis
- 19.45 SAT.1 :newstime
- 20.15 Wer kocht das Beste für die Gäste
- 23.05 TopTen! Der Geschmacks-Countdown
- 0.00 Wer kocht das Beste für die Gäste

Pro 7

- 12.20 Brooklyn Nine-Nine
- 13.45 Two and a Half Men
- 15.35 The Big Bang Theory
- 16.05 The Big Bang Theory
- 16.30 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben :newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 18.40 Die Simpsons
- 19.05 Galleo
- 20.15 TV total
- 21.25 Das Duell um die Welt
- Team Joko gegen Team Klaas
- 0.40 TV total
- 1.40 Wer isstes?

tagestipp

Céline Dion vertrat 1988 die Schweiz beim Eurovision Song Contest. Heute ist die 56-jährige Québecerin Oscar- und 5-fache Grammy-Gewinnerin. Mit „My Heart Will Go On“ sang sie einen der ikonischsten Filmsoundtracks. Kürzlich musste sie ihre Karriere wegen einer Autoimmunerkrankung unterbrechen.

„Céline Dion – Aufstieg einer Diva“, 22.00 Uhr, Arte



Foto: Philippe Schiesser/Arte

K.I.K.A

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Zacki und die Zoobande
- 8.30 Der kleine Drache Kokosnuss
- 9.00 Heidi
- 9.45 Die Schlümpfe
- 10.40 The Garfield Show
- 11.40 Hanni & Nanni 3. Jugendfilm, D 2013. Regie: Dagmar Seume. Mit Jana Münster, Sophia Münster
- 13.05 Thomas und Korduni – Bienen retten Elefanten
- 13.30 logo!
- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Lenas Ranch
- 16.30 Hexe Lilli
- 16.55 Tashi
- 17.20 Yakari
- 17.45 Der kleine Nick und die Ferien
- 18.10 Die Biene Maja
- 18.35 Mamfie
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Die Schlümpfe
- 19.25 Anna und die wilden Tiere

3SAT

- 19.00 heute
- 19.20 Das Geheimnis der Meister
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Toten vom Bodensee
- 21.45 Malerisches Ausserland
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Maria Wern, Kripo Gotland: Schutzlos. S 2020
- 23.50 Alles finster
- 0.35 10vor10

19.50 logo!

- 20.00 K.I.K.A Live
- 20.10 Girl in my Diary

ARTE

- 8.10 Stadt Land Kunst
- 9.00 D'Artagnan, Musketier im Dienst des Sonnenkönigs
- 10.30 Rückeroberung der Rocky Mountains
- 11.15 Rückeroberung der Rocky Mountains
- 12.10 Preiskämpferinnen – Leben auf dem Polenmarkt
- 12.40 Stadt Land Kunst
- 13.30 Stadt Land Kunst
- 14.15 In Wahrheit – Blind vor Liebe
- 15.45 Der Mann, den sie Pferd nannten. Western, USA/MEX 1970. Regie: Elliot Silverstein. Mit Richard Harris, Judith Anderson
- 17.50 Phänomenale Natur
- 18.35 Die Adria
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Vier Düsen für ein Halleluja – Der Flugzeugparkplatz von Teruel
- 20.15 Bruder und Schwester. Drama, F 2022. Regie: Arnaud Desplechin. Mit Marion Cotillard, Melvil Poupaud
- 22.00 Céline Dion – Aufstieg einer Diva
- 22.55 Céline Dion: Taking Chances World Tour
- 0.40 Die Wesen, die in der Sonne schmelzen
- 1.00 Lilly Wood And the Prick im Pariser Olympia

3SAT

- 19.00 heute
- 19.20 Das Geheimnis der Meister
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Toten vom Bodensee
- 21.45 Malerisches Ausserland
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Maria Wern, Kripo Gotland: Schutzlos. S 2020
- 23.50 Alles finster
- 0.35 10vor10

BAYERN

- 18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
- 18.30 BR24
- 19.00 Stationen
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Münchner Runde
- 21.15 Kontrovers
- 21.45 BR24
- 22.00 GAU am Bau – Deutschland in der Wohnkrise
- 22.45 Everything Will Change
- Es war einmal 2050
- 0.10 König der Raben. Beziehungsdrama, D 2020. Regie: Piotr J. Lewandowski. Mit Malik Blumenthal, Antje Traue

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 #Notfall Rettung im Südwesten – Wenn die Hilfe versagt
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Tatort: Das Recht, sich zu sorgen. D 2015
- 23.30 Der Irland-Krimi
- 0.55 Ein Fall für Annika Bengtson: Prime Time

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mex – Das Markt-magazin
- 21.00 Down the Road – Eine ganz besondere Abenteuerreise
- 21.45 Friso sucht die Freiheit
- 22.30 hessenschau

- 22.45 Kafka
- 23.30 Asbest
- 0.15 Tod den Lebenden
- 0.50 Hilfe, die Familie kommt!

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Der Haushalts-Check mit Yvonne Willicks
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wir werden Camper!
- 21.00 Was kostet...
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Lokalzeit MordOrte
- 23.00 Mankells Wallander: Das Gespenst. S 2010
- 0.30 Das Netz – Spiel am Abgrund

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Das Dorf der Islandpferde
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatumca Nara und die Toten im Dschungel
- 21.45 NDR Info
- 22.00 extra 3
- 22.45 Das Gipfeltreffen – Schubert, Sträter und König retten die Welt
- 23.15 Zapp
- 23.45 Hitlers Zorn – Die Kinder von Bad Sachsa
- 0.45 extra 3

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 Raus aufs Land
- 18.45 Brisant
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Angela Merkel – Schicksalsjahre einer Kanzlerin
- 21.45 rbb24
- 22.00 Verräterkinder – Die Töchter und Söhne des Widerstands
- 22.45 Geheimsache Rote Kapelle

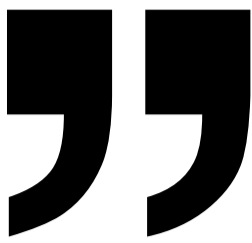
- 0.05 Geheimsache Rote Kapelle
- 1.25 Gartenzeit
- 1.55 Heimatjournal

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Mit Herz und Land – Mitteldeutsche Hof-geschichten
- 20.15 Exakt – Das Nachrichtenmagazin
- 20.45 Exakt – Die Story
- 21.15 Echt
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Tatort: Trübe Wasser. D 2001
- 23.40 Olafs Klub – Best of 2023
- 0.25 extra 3
- 1.10 Charité

PHOENIX

- 12.30 phoenix plus
- 13.15 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.15 Ein erschöpftes Land – Das vereinte Königreich hat gewählt
- 15.00 Deutschland am Limit? Abschiebung, Abschottung, Asyl
- 15.45 Wer ist Maha Vajiralongkorn?
- 20.15 Eisenbahn-Romantik
- 20.45 Madeira – Abheben und träumen
- 21.00 Portugal – Die Küste der Störche
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Afrika von oben
- 23.00 Grünes Gold – Der Fluch der Droge Khat
- 0.15 Karibu Afrika – Kenia zwischen Tradition und Aufbruch



„Ist es wirklich der Job einer linken Tageszeitung, auf die Einhaltung des Zweiprozentziels bei den Rüstungsausgaben zu pochen, während gleichzeitig Klimaschutz und Soziales in der deutschen Politik unter den Tisch fallen?“

Gisela Witte, Braunschweig, zu „Zwei Prozent Hoffnung zum Geburtstag“, taz vom 10. 7. 2024

wortwechsel

Atomwaffen in Deutschland? Nein danke!

Wie kam es eigentlich zu dem Beschluss, in Deutschland wieder US-Raketen zu stationieren? Wo wurde das diskutiert? Die Leser*innen erinnert das an den Nato-Doppelbeschluss 1979



Wie weit geht die Eskalationsspirale noch? Funktioniert die Abschreckung?
Foto: Department of Defense/Zuma Press/imagoe

„Um garantiert abzuschrecken“, taz vom 13. 7. 24

Atomare Waffen

Ich traute meinen Augen nicht, als ich die Nachrichten las über den Beschluss der Nato, in Deutschland wieder atomare Waffen zu stationieren! Von Kanzler Scholz in Washington (!) angekündigt, u. a. als angeblicher Beschluss der Bundesregierung. Gab es da irgendeine Diskussion dazu in Deutschland?

Ich erinnere mich an den Nato-Doppelbeschluss von 1979. Ich war sehr aktiv in der Friedensbewegung. Es gab riesige Proteste bis hin zu der Großdemo mit 300.000 TeilnehmerInnen in Bonn. Es nutzte nichts: 464 Marschflugkörper (mit atomaren Sprengköpfen) wurden bei Mutlangen stationiert, und ebenfalls mehrere hundert atomar bestückte Pershing-II-Raketen an verschiedenen Standorten – wie ja auch der Warschauer Pakt SS20-Raketen aufgestellt hatte. Der „Doppelbeschluss“ besagte, dass parallel zu den Aufrüstungen die damaligen Großmächte zur Abrüstung verhandeln sollten. Das kam erst zustande, als in der SU Gorbatschow an die Macht kam und Verhandlungen anbot. 1987 wurde der INF-Vertrag zur Abrüstung der Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten abgeschlossen. Der führte dazu, dass bis 1991 atomare Raketen in Mitteleuropa verschrottet wurden.

Jetzt, 45 Jahre später, bin ich 87. Soll dieser ganze, komplizierte Prozess noch mal von vorne beginnen?
Gerhard Breidenstein, Traunstein

Keine Eskalation!

Die verantwortlichen Politiker (Scholz, Baerbock) hatten uns bei den ersten Munitionslieferungen versichert: „Deutschland lässt sich in diesen Krieg nicht hineinziehen“ und „Es wird von unserer Seite keine zusätzlichen Eskalationen geben“. Aber fast alle Kriege entwickeln über Medien, Feindbilder, geschürte Ängste, Propaganda und zunehmendem Hass eigene Dynamiken. Zunächst ging es um Schutzhelme, medizinische Hilfen, Minenräumen und eindeutige Abwehrwaffen. Doch schon bald wurden die Waffenlieferungen umfassender und immer offensiver: gepanzerte Fahrzeuge, Panzer, Drohnen, Raketen, Flugzeuge. Gleichzeitig eskalierten auch die Einsatz- und Zerstörungsszenarien. Hatten die Verantwortlichen „Eskalationen“ nicht ausgeschlossen?

Nun wird von den USA beschlossen, Langstrecken-Marschflugkörper und neu entwickelte Überschallwaffen in Deutschland zu stationieren, die atomar bestückt werden können. Soll dies keine neue Eskalation sein? Wir werden hinter die Zeiten und Gefährdungen zurückgeworfen, die seit der Kuba-Krise ein Eskalations-No-Go der Großmächte sind. Und unsere Verantwortlichen (Scholz, Pistorius) wollen uns tatsächlich versichern, dies würde „kein neues Wettrüsten auslösen“. Die Wahrheit stirbt im Krieg als erstes, und zwar auf allen Seiten aller Kriegsparteien. Wo sind die Politiker, die überhaupt noch in der Lage sind, diese Eskalationsspiralen auch wieder zurückzudrehen?
Kurt Lennartz, Aachen

Zu wenig Diplomatie

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit“, so lauten Artikel 20 (2) und Artikel 21 (1) des Grundgesetzes. Und was macht der deutsche Kanzler? Die folgenschwere Entscheidung, nach 44 Jahren wieder Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu stationieren, das begründet er nicht etwa in einer Erklärung vor den Abgeordneten des Volkes im Bundestag in Berlin, nein, dass gibt er in einem Fernsehinterview in den Vereinigten Staaten von sich. Anschaulicher konnte er es nicht machen, dass ihm die Meinung des deutschen Volkes wurscht ist. Aber Vorsicht, Herr Scholz: Auch wenn jetzt nicht 200.000 protestierende Bürger vor dem Bundeskanzleramt auftauchen, wie dies 1981 im Bonner Hofgarten geschah, als es um die Stationierung von Pershing- und SS-20-Raketen ging, so wird dennoch eine beträchtliche Zahl von Wählern im nächsten Herbst nicht mehr das Kreuz hinter „SPD“ machen, weil ihnen zu viel von Kriegstüchtigkeit und zu wenig von Diplomatie und sozialer Gerechtigkeit(!) die Rede ist.
Peter Bethke, Eutin

Gefahr durch Trump

Dass atomar bestückte Langstreckenraketen den Frieden Deutschlands und Europas sichern würden, war schon in den 80er Jahren Bullshit und das gilt heute ebenso. Die USA rüsten nicht nur wegen der aktuellen Bedrohungslage Europas durch den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine auf, sondern auch mit Blick auf China und wollen vor allem ihre militärische Vormachtstellung als Weltmacht sichern. Dass man die europäischen Nato-Partner im aktuellen russischen Angriffskrieg erneut mit 80s-Bullshit überzeugen konnte und man auch hierzulande die Stationierung sogar noch als generöse amerikanische Unterstützung der europäischen Sicherheit deutet, ist die Wiederholung eines Fehlers unter verschärften Bedingungen.

Mit der Aussicht einer erneuten Trump-Periode in der Noch-Weltmacht, kann man dann auch nicht mehr von der Vernunft der Hauptakteure ausgehen, die Voraussetzung dafür ist, dass atomare Abschreckungspolitik funktioniert und die Atomwaffen niemals eingesetzt werden.
Nina Janovich, taz.de

Welche Zukunft?

Seit der Kuba-Krise 1962 gab es eine stillschweigende Übereinkunft zwischen den Großmächten: Es werden keine Mittel- und Langstreckenwaffen in verbündeten Staaten stationiert, die ohne Vorwarnzeiten die atomare Vernichtung des anderen möglich machen. Nachdem dieser Konflikt 1962 fast zum 3. Weltkrieg geführt hatte, hat die Vereinbarung gehalten und über 60 Jahren zumindest den Frieden zwischen den Großmächten gesichert. (Vor allem aber auch durch die Vernunft eines Michael Gorbatschows.) Jetzt hat die USA beschlossen, bei uns Langstreckenwaffen ohne Vorwarnzeiten zu stationieren. Was bedeutet das für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Enkel?
Josie Bockholt, Aachen

meinungsstark

Lob für Replik

„Ungesehenes Leid“, taz vom 4. 7. 24
Erst mal meine Komplimente für den guten Artikel von Herrn Mansour als Replik auf das Interview mit Frau Chebli. Das nenne ich guten, ausgewogenen Journalismus, der den Leser inspiriert, sich eine Meinung auf der Basis von Argumenten zu bilden.

Leider ist der niederländischen Medienlandschaft wie Volkskrant, NRC, Trouw oder NOS das journalistische Handwerkzeug komplett abhandengekommen. Seit Oktober letzten Jahres lesen und hören wir nur noch ungefilterte Hamas-Propaganda.

Aus den oben genannten Gründen ziehen wir nach fast 25 Jahren im Januar zurück nach Deutschland. Wir werden sofort die taz abonnieren,

Erfreuen Sie uns weiterhin mit guten und klugen Artikeln.
Martin Stoetzel, Niederlande

Trump bleibt Trump

„Voll daneben“, taz vom 16. 7. 24
Der von Ihnen so eingeschätzte entscheidende Beitrag des Attentats zum Wahlausgang ändert nichts an der Kontroverse Trump versus Biden, überführter Gesetzesbrecher versus anständigem Politiker, Diktatur versus Demokratie. Es macht die ganzen schrägen Argumente nur schriller.

Trump bleibt Trump: Ein Wolf wird durch den Streifschuss des Jägers nicht zum Lamm. Und der in jeder Hinsicht widerliche Donald Trump verwandelt sich durch diesen Zwischenfall nicht in einen anständigen Menschen. Sein Regierungsprogramm bleibt das Programm zum Staatsstreich (von oben). Soll er es jetzt umsetzen dürfen, weil jemand auf ihn geschossen hat? Oder hat man Verständnis dafür, dass er es umsetzt, weil auf ihn geschossen wurde?

Beschreiben Sie bitte, wer oder was Trump ist, tot oder lebendig. Und die Frage, ob man sowas wollen kann, erübrigt sich.

Harald Bost, Saarbrücken

Klar, wer gewinnen wird

„Eine Waffe im Wahlkampf“, taz vom 15. 7. 24
Die ikonenhaften Bilder der gereckten Faust, einem zu allem entschlossenen Trump und der Fahne knüpfen direkt an den Gründungsmythos der USA. Spätestens mit diesem Wahlkampftool dürfte klar sein, wer von den beiden alten weißen Männern die Wahl gewinnen wird. Danach können wir uns seufzend zurücklehnen: Es sind ja nur vier Jahre.

Aber glaubt das wirklich jemand?

Trump hat öffentlich erklärt, wie er die USA zur Diktatur machen will. Kann er nicht? Darf er nicht? Haben wir uns bei Putin und Xi Jinping auch gedacht.

Dieter Weißbach, München

Doppelter Fehlschuss

„Eine Waffe im Wahlkampf“, taz vom 15. 7. 24
Enttäuschend, die Trump-Seite! Am Kiosk reiht sich die taz optisch ein in die fotografisch geleitete Nachrichtenpropaganda der Empörung, die vor allem den US-Republikanern nützlich ist.

Sicherlich unfreiwillig, die vielschichtige Überschrift zum Thema „Waffe“ lenkt die Gedanken um, und der assoziativ daran anschließende Kommentar „Voll daneben“ verstärkt dies. Aber wie wäre es anstelle des „Blutiges-Opfer“-Fotos mit einer alternativen Aufnahme – warum nicht des Attentäters auf dem Gebäudedach? Das hätte der taz-Intention besser entsprochen, sogar ungeändert zum Text gepasst!

Der „doppelte“ Fehlschuss des Schützen ist schließlich Bernd Pickerts Thema. Die geballte Kandidatenfaust des Widerstands gegen jegliche faktische oder ausgedachte GegnerInnen bekommen wir seit Sonntag zur Genüge serviert. Mit einem Fokus auf der Verlässlichkeit der Polizei und Sicher-

taz.de

„Die religiöse Aufladung der politischen Person Trump, hin zu einer allmächtig legitimierten Person, scheint in dieser Dynamik nur noch eine logische Entwicklung. Es dürfte den Menschen kaum um religiöse Inhalte, sondern vielmehr um den Wunsch nach einem allmächtigen Führer gehen.“
„Lesen und schreiben“ auf taz.de vom 15. 7. 24 zu „Fátima hat damit nichts zu tun“.



taz die tageszeitung,
friedrichstraße 21,
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.



Bestplatzierter Franzose in der Gesamtwertung: Guillaume Martin auf einer Pyrenäen-Etappe
Foto: REUTERS/Stephane Mahey

Küsschen am Straßenrand

Für die französischen Radrennfahrer ist bei der Frankreich-Rundfahrt nicht viel drin, sie sorgen immerhin für nette romantische Intermezzi

Aus Nîmes **Tom Mustroph**

Diese 111. Tour de France begann für die Franzosen prächtig. Die ersten beiden Etappen in Rimini und Bologna gewannen zwei Franzosen: Romain Bardet und Kévin Vauquelin. Altmeister Bardet durfte sich zum ersten Mal das Gelbe Trikot überstreifen – ein Kindheitstraum ging in Erfüllung für den Tour-Zweiten von 2016. Glückselig wurde in den Statistiken geblättert: Seit 1968 gab es das nicht, dass die ersten beiden Etappen einer Tour an Franzosen gingen. Damals, vor 56 Jahren, reichte noch ein Franzose dafür aus: Charly Grosskost. Der gebürtige Elsässer fuhr damals für Frankreich B – es waren Nationalteams am Start, Frankreich hatte deren zwei.

Am Ende fand sich trotzdem kein Franzose auf dem Podium des Gesamtklassments wieder. Aber immerhin zehn Etappensiege konnte das Gastgeberland feiern. Bei dieser Tour de France kam wenigstens noch ein beeindruckender Sieg von Anthony Turgis auf der Schotteretappe hinzu. Ansonsten? Flaute. Erst recht in der Gesamtwertung. Bester ist hier auf Rang 16 der Cofidis-Profi Guillaume Martin mit fast 40 Minuten Rückstand. Der nimmt es lässig. „Ich war schon Achter und Zehnter bei der Tour. Das Resultat hier spiegelt nicht mein Vermögen wider“, sagt er. Er wolle vor den Alpen noch mehr Rückstand aufnehmen, um bei Fluchtversuchen leichter ziehen lassen zu werden.

Ob er da erfolgreich ist, ist zweifelhaft. Denn die Teams des Gesamtführenden, Tadej Pogacar, und des Zwei-

ten, Jonas Vingegaard, lassen selten Fluchtgruppen ins Ziel kommen. „Es ist frustrierend. Du arbeitest den ganzen Tag, gibst alles für eine Siegchance, und dann kommen sie doch wieder von hinten heran“, ärgerte sich Martin. Er gab aber zu: „An ihrer Stelle würde ich es wohl genauso machen.“

Immerhin für schöne Bilder sorgen die Franzosen. Julien Bernard etwa ließ sich beim Zeitfahren von Freunden und Familie so sehr feiern, dass er sogar anhielt, um seiner Frau einen Kuss zu geben. Das erzürnte zwar die

„Ich war schon Achter bei der Tour. Das Resultat hier spiegelt nicht mein Vermögen wider“

Guillaume Martin, Radprofi

Rennkommissare des Weltverbands UCI, die ihm wegen „sportlich unwürdigen Verhaltens“ 200 Franken Strafe aufbrummen. Millionen Radsportfans an den Fernsehgeräten waren hingegen begeistert von der Szene. Bardet wiederum schnappte sich in seiner Heimatregion im Zentralmassiv ein Fähnchen, das Fans in einer nach ihm benannten Kurve ins Peloton gereckt hatten. Auch er klatschte Freunde und Verwandte ab. Hieran störte sich die UCI nicht. Am Nationalfeiertag setzte er noch einen Akzent und stürmte aus der Fluchtgruppe heraus zum Col de Peyresourde. Landsmann David Gaudu ging mit und holte

sich die Bergpunkte. „Angriff aufs Bergtrikot“, triumphierten schon die französischen Beobachter.

Nach etwa 20 Kilometern waren beide aber eingefangen und landeten weit abgeschlagen im Ziel. Martin war als Tages-20. noch der Beste. Aber auch er zeigte sich ernüchert vom Ablauf des Rennens: „Wenn Pogacar und Vingegaard vorbei stürmen, frage ich mich: Liegt es an mir, dass ich unter dem Niveau bin, das ich hätte erreichen können, oder sind die einfach noch mal besser geworden?“

Den Rekordzeiten des Duos zufolge werden die beiden immer besser. Sandy Casar, Ex-Etappensieger bei der Tour de France und jetzt als Repräsentant des Sponsors des weißen Trikots des besten Nachwuchsfahrers bei der Tour, schließt immerhin Doping aus. „Ich mag mich irren, aber jetzt handelt es sich nicht um Doping, sondern um Optimierung. Alles ist streng durchkalkuliert, die Kohlenhydrate, die du zu dir nimmst. Die Teams nehmen dir Blut ab während des Trainings. Es ist wie bei der Formel 1 geworden.“

Und weil der Motorsport das Leitbild des modernen Radsports geworden ist – siehe Windkanaltests in Silverstone, siehe den Einstieg von Red Bull bei Bora hansgrohe – holen sich auch französische Teams Anleihen aus der Vierrad-Branche. Dominique Serieys, der neue Chef von Team Decathlon, kommt aus dem Motorsport. Er sorgte für neue, schnellere Räder, entwickelt unter anderem mit der Hilfe des Luft- und Raumfahrtunternehmens Onera. Und er gab auch gleich vor: „Bis 2028 wollen wir die Tour de France gewinnen.“ Das ist doch mal eine Ansage.

für deutlich weniger Diskussionen mit dem Schiedsrichter.

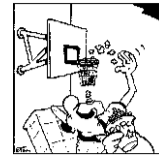
Angesteckt: Mit dem Belgier Maxim Van Gils verlässt nun der fünfte Fahrer aufgrund von Corona die 111. Tour de France. Er habe am Ruhetag milde Symptome gezeigt. Coronatests sind in der Tour nicht mehr vorgeschrieben. Laut Sprinter Mark Cavendish gebe es mehrere Fahrer, die trotz einer Infektion noch im Rennen sind. Seit Sonntag gilt für bestimmte Bereiche der Tour eine Maskenpflicht.

Gewechselt: Fußballklub VfB Stuttgart wappnet sich mit dem teuersten Kauf der Klubhistorie für den sich anbahnenden Abgang von Torjäger Serhou Guirassy: Der 26-jährige bosnische Nationalspieler Ermedin Demirović unterschrieb am Dienstag einen Vertrag bis 2028 bei den Schwaben. In der vergangenen Saison lief der Mittelstürmer für den FC Augsburg auf und erzielte 15 Tore. Medienberichten zufolge überwies die Schwaben 21 Millionen Euro an den FCA.

was alles nicht fehlt

Abgesetzt: Der Bundesgerichtshof erklärte am Dienstag die vor zwei Jahren erfolgte Absetzung des 80-jährigen Martin Kind als Geschäftsführer des Fußball-Zweitligisten Hannover 96 für rechtmäßig. Als letzte Instanz wies der BGH Kind's Klage gegen die Abberufung zurück. Vor dem Landgericht Hannover und dem Oberlandesgericht Celle hatte sich der Hörakustik-Unternehmer noch erfolgreich wehren können. Deren Entscheidungen hob das höchste deutsche Zivilgericht am Dienstag auf.

Ausgemeckert: Die sogenannte Kapitänsregel im Fußball soll nun in allen Spielklassen Deutschlands übernommen werden, gab der Deutsche Fußball-Bund (DFB) am Dienstag bekannt. Während der EM wurde erstmals vorgegeben, dass sich nur die Kapitäne beider Mannschaften beim Schiedsrichter beschweren dürfen. Reaktionen anderer Spieler führten schnell zu Gelben Karten. Auch in den Europapokal-Wettbewerben soll diese Regel zukünftig gelten. Bei der EM sorgte die Regel



american pie

Fight für Freiheit

Die deutsche Basketballerin Leonie Fiebich spielt für New York Liberty – ziemlich erfolgreich

Im Profi-Basketball besteht eine klare Hackordnung. Die Veteranen genießen Privilegien, die Rookies, die Neulinge also, haben sich unterzuordnen. Sie schleppen manchmal die Trainingstaschen der älteren Spieler, und in der Kabine halten sie sich erst einmal zurück. Man schaut, sondiert, sucht seine Rolle im Team. So geht es Leonie Fiebich derzeit auch. Obwohl schon 24 Jahre alt und zweimal als beste Spielerin der spanischen Liga ausgezeichnet, ist sie ein Rookie bei New York Liberty, dem derzeit besten Team in der Women's National Basketball Association, WNBA. Fiebich wohnt in Brooklyn, schaut auf die Skyline von Manhattan. Sie ist in der besten Liga der Welt angekommen, da stellt man sich gern mal hinten an.

Seit ein paar Spielen steht die Deutsche sogar in der Startformation der New Yorkerinnen, die den besten Saisonstart ihrer Vereinsgeschichte hingelegt haben: 20:4 Siege. Fiebich hat zuletzt über 30 Minuten auf dem Parkett gestanden, zweimal hintereinander 13 Punkte erzielt. Die Kommentatorinnen auf dem Sportsender ESPN verwechseln sie zwar manchmal noch mit der kroatischen Vereinskollegin Ivana Dojkic, die auch blond ist und einen Pferdeschwanz trägt, räumen aber in der nächsten Sequenz ein, dass Fiebich „eine enorme Wirkung“ auf das Spiel von Liberty habe: Sie verteidige gut, könne Fernwürfe von jenseits der Dreipunktlinie in der Reuse versenken und die

schon Team U18-Europameisterin wurde – sie erzielte während des Turniers in Italien pro Spiel im Schnitt 11,7 Punkte und wurde in die „Mannschaft des Turniers“ gewählt – und sie 2020 von den Los Angeles Sparks im WNBA-Draft, einer Spielerlotterie für junge Talente, verpflichtet wurde an Position 22, da schien eine größere Karriere möglich.

Während Fiebich vorerst in Europa blieb und da auch ihre beiden Kreuzbandrisse im

Die Deutschen sind erstmals bei Olympia dabei. Sie bekommen es mit Team USA, Belgien und Japan zu tun

Knie auskurierte, wechselten die Rechte nach Chicago und schließlich nach New York, wo Fiebich mit den Kolleginnen nun nicht nur Englisch spricht. In Nyara Sabally trifft sie auf eine Landsfrau. Die Schwester von Satou Sabally, die in Dallas spielt und derzeit noch eine Schulterverletzung auskuriert, hilft ihr, mit den Gepflogenheiten in der WNBA klarzukommen: dem abgeklärten Ton, der hohen Belastung mit manchmal 5 Spielen in 8 Tagen und dem Reise stress. Nyara Sabally steht nach einer Rückenverletzung jetzt auch wieder auf dem Parkett, und Schwester Satou soll kurz

STABILE SEITEN-LAGE



10 WOCHEN NUR 10 EURO TAZ.DE/ABO

taz * zeitung für morgen

Bälle in der Offensive gut verteilen. Leonie Fiebich kann zwischen den Basketball-Positionen 2 und 3 switchen, mal ist sie Small Forward auf dem Flügel, mal Shooting Guard im Aufbauspiel.

In der WNBA mit ihren tendenziell größeren Spielerinnen hat Fiebich sich eher auf den Fernwurf spezialisiert, und neulich gegen Chicago Sky hat sie sogar 4 von 5 dieser Würfe getroffen. Sie hat sich überraschend schnell in das Team um die Starspielerinnen Breanna Stewart und Sabrina Ionescu integriert, dabei kam sie ohne große Vorbereitung nach New York, viel Zeit zum gemeinsamen Training mit der Mannschaft blieb auch nicht. Also musste sie sich im Spielbetrieb in das System der Liberty einfinden, das weniger auf dem klassischen Teambasketball europäischer Prägung aufbaut, sondern auf Einzelaktionen der besten Korbjägerinnen.

Es war abzusehen, dass Fiebich einmal in der WNBA landen würde, vielleicht noch nicht, als sie in Landsberg mit Basketball anfing und später zum deutschen Topteam nach Wasserburg wechselte, aber als sie 2018 mit dem deut-

vor den Olympischen Spielen in Paris fit sein.

Die Deutschen sind erstmals bei Olympia dabei. In der Vorrundengruppe bekommen sie es mit Team USA, Belgien und Japan zu tun. Fiebich trifft in Paris auf die Teamkolleginnen Stewart und Ionescu, ist mit den Deutschen in dieser Partie sicherlich chancenlos, aber ein Sieg in den beiden restlichen Partien ist fest eingeplant. Der Aufschwung des deutschen Frauen-Basketball hat nichts mit einer Professionalisierung der heimischen Liga zu tun. Im Gegenteil: Fiebich hat mehrfach betont, dass die deutsche Liga in den vergangenen Jahren eher schlechter geworden sei, weswegen Talente entweder in die USA gingen und dort in Collegespielten – oder in andere europäische Ligen: Frankreich, Griechenland oder Spanien.

Fiebich, die zuletzt für Zaragoza spielte, hat nun ihr Auskommen am Hudson River gefunden. Das Gehalt ist freilich überschaubar. In ihrem ersten WNBA-Jahr verdient sie kaum mehr als 67.000 Dollar, am Ende ihres Vierjahresvertrags knapp 86.000 Dollar: auch nicht mehr als ein Rookie-Salär. *Markus Völker*

gurke des tages

Wie tief ist eigentlich der Grüne Hügel inzwischen gesunken? Das ästhetische Niveau ist offenbar auf einem Tiefpunkt angelangt! Richard Wagner würde sich im Grab umdrehen! „Roberto Blanco und Vicky Leandros bei Bayreuther Festspielen“, meldete gestern die Nibelungen-Agentur dpa. Für den eitlen Effekt greifen die künstlerischen Opernleiter selbst auf populäre Schlagersänger zurück! Roberto Blanco als Tristan! Vicky Leandros als Isolde! Weiche, Bayreuth, weiche!



das wetter

Klar im Kreis

Das Kreislaufgesetz ist nicht zu verwechseln mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz. Da sind sich alle Experten einig. Mit einer Ausnahme: Dr. Dreiling, von Haus aus schnell auf 180, hält die Trennung beider Gesetze für rechtswidrig. Man müsse nur eins und eins zusammenzählen, um zu wissen, dass alles zwei Seiten habe und aller guten Dinge drei sind. Wer sich allerdings um 180 Grad drehe, werde bald alle Viere von sich



strecken, sollte er nicht alle Fünfe gerade sein lassen. So Dr. Dreiling, der einen sechsten Sinn dafür hat, vermutlich, weil er morgens in einem Buch mit sieben Siegeln liest. Er ist eben kein Mann für Nullachtfünfe-Gedanken. Er weiß, wie alle Neune eingesetzt werden. Er ist die Nummer eins unter den Dreilings. Womit sich der Kreis schließt. Und das Kreislaufgesetz Pi mal Daumen mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt.

Paris am Allerliebstenwertesten

Aus dem Leben der größtenwahnsinnigen und unregierbaren Wuselmetropole Nummer eins, irgendwo zwischen Wahlen und Olympia

Aus Paris Harriet Wolff

„Madame, Madame, gucken Sie, die Flamme, die Flamme!“ Madame sieht: nichts. Es hat mal wieder gestürmt, geregnet, geblitzt und gedonnert in der Kapitale des Hexagons, wo derzeit nicht nur wettertechnisch unruhige Zeiten herrschen. Nun brennt für gefühlt drei Minuten an diesem Mittag eitler Sonnenschein vom präolympischen Himmel, Trikolorefahnen werden geschwenkt, hier im Bezirk der Reichen und geht so Schönen – hier im 16. Pariser Stadtbezirk, wo auch schon Ex-Staatspräsident Nicolas Sarkozy an die heimische Fußfessel gelegt worden war.

Jetzt darf er wieder frei flaniert, kein Wort verliert er vor den Kulissen über die jüngsten und größten Kuddelmuddelparlamentswahlen Frankreichs nach 1945. Der derzeitige Amtsinhaber Emmanuel Macron hat sich samt seiner liberalen Renaissance-Partei, und ohne dass ihm das Wasser politisch bis zum Hals stand, durch die von ihm befohlenen Neuwahlen mal eben um rund 100 Sitze seiner früheren relativen Mehrheit in der Nationalversammlung gebracht. Und die Ultra-rechten von Marine Le Pen sind stärkste eigene Fraktion geworden – la vie pas en rose.

Hinter den Kulissen, so munkelt Paris, berät der stramm konservative Sarkozy seinen ins große Straucheln geratenen Intimus Emmanuel Macron, der immer schon rechter war, als er mittig sich gegeben hat. Macrons Flamme ist Stand jetzt, denn in Frankreich weiß man nie, am Erlöschen – und ach ja,

die Flamme, die Flamme! Das olympische Feuer!

Davon wollten wir doch anfangs erzählen, an diesem mal wieder hibbelig geschäftigen Pariser Mittag, kurz bevor gefühlt tout Paris die Stadt fluchtartig verlässt und sie avec plaisir den ankommenden Olympiatouristen überlässt. Es verhält sich nämlich so: Zur großen Ehre der XXXIII. Olympischen Spiele, die nach 1900 und 1924 zum dritten Mal im Eiffelturmpanadies an den Start gehen, rennen seit einigen Tagen frische und weniger frische Olympioniken und Olympionikinnen, rennen

Stars und Sternchen quer durch die Stadt, um mit der Flamme in der hoch erhobenen Hand von A nach B zu gelangen.

Die Flamme sieht wahlweise aus wie ein kleines Grubenlicht, ein etwas größeres Grablicht oder eine sportliche Urne, golden schimmernd, vielleicht hätte sie auch Kaiser Franz, dem Beckenbauer gefallen. Obwohl – zu unscheinbar, hatten wir uns doch schon eine riesige Jahrmarktgrillpfanne voller Athletenfeuer erhofft zu bestaunen.

Und jetzt das! Rein gar nichts erhaschen wir vom bescheidenen Flämmchen, weil hier an

der Metrostation Passy, und wie schon all die Tage zuvor, immer und überall Menschen *intra muros* Paris herumwuseln. *Extra muros*, jenseits des allzeit verstaubten Périphérique, des Stadtautobahnringes, sind es auf der Insel von Frankreich, der Ile de France, übrigens rund fünfmal so viele, nämlich in doppelter Ruhrpottstärke über zehn Millionen Menschen, auf die das Paris, das innerhalb der Mauern wohnt, gern mal unspöttlich arrogant hinabschaut.

Fast alle treffen sie sich dann wieder auf der Stadtstaubahn, auch um gemeinsam gehetzt

in den Jahressommerurlaub zu starten. Die schwarz-weißen Pariser Wimmelbilder des großen, vor zwei Jahren erst verstorbenen Jahrhundertzeichners Sempé, sie sind schlicht nichts dagegen.

Aber wir wollen hier nicht granteln! Im historischen Zentrum von allem zu sein und sich stets und immer dafür zu halten, das aber auf liebenswert zickige Weise, ist schweres Pariser Los. Zumal les Bleus es jüngst auch nicht eingelocht haben bei der Fußball-Europameisterschaft jenseits des Rheins.

„Oui, c'est difficile“, wie es der Zeitungshändler meines Vertrauens inmitten von allem, was blinkt und quatscht auf den simplen Punkt bringt. Es ist halt, verflixt und zugenäht, auch wirklich gerade: schwierig.

Obwohl, stopp! Am vergangenen Sonntag, dem hiesigen Großnationalfeiertag, schien morgens die Sonne und alles schien: easy! Emmanuel Macron samt Frau Brigitte sowie die noch amtierende, hübsch zerstrittene Regierung unter Noch-Premierminister Gabriel Attal hatten sich ausgefein gemacht. Ging es doch zur Abnahme der Nationalfeiertagsparade.

Dort kommt alles, aber auch alles an Mensch und Material zur Präsentation, was Uniformknöpfe und Federbüsche besitzt, was laufen, schießen, marschieren und fliegen kann – und vor allem: Orden, jede Menge Orden werden spaziergeführt. Ein großes Spektakel fürs Volk – und wir mitten drin, wenn schon nicht auf der Avenue Foch, wo dieses Jahr die Parade tagte, dann doch an ei-

nem nahegelegenen Platz, wo sich gut die blau-weiß-rote Baskenmütze und der Rosé in die Lüfte schwingen ließen. Tuchfühlung mit Paradisten eingeschlossen.

Am Wölkchenhimmel zogen Doppeldeckerflugzeuge vorbei, auf dem Asphalt hochdekorierte Feuerwehrlaute. Alle wirkten sie noch leicht verkatert, kein Wun-

Im historischen Zentrum von allem zu sein, und sich dafür stets und immer zu halten, ist ein äußerst schweres Los

der, denn am Abend zuvor gibt es die laute und alte Tradition der öffentlichen Feuerwehrräder. Das muss man sich ein bisschen wie Kölner Karneval in Paris vorstellen – alle sind sehr betrunken, doch wenigstens mit Champagner, und im Unterschied zu Köln werden auch keine schlimmen Lieder gesungen, sondern nur schlechte.

Tja, was sollen wir abschließend nun sagen – die Parade und der Ball waren wirklich äußerst superb, allein, wir wurden gelangfingert von Pickpockets, futsch die Bankkarte. Und bis wir sie dann sperren konnten, wurde auch gleich schön abgehoben davon durch die gemeinen Langfinger. Warmlaufen wohl für die kommenden Olympia-Touristen – Paris am Allerliebstenwertesten! Wir kommen trotzdem retour, mon amour.



Das Motto von Paris: „Fluctuat nec mergitur“: Schwankt, aber sinkt nicht. Stimmt genau Foto: HWO

Uli Hannemann

Das alte Lied der Beschwichtigen

Man sollte meinen, der „Ententest“ genüge zur Bestimmung, wer oder was die Menschen sind, die AfD wählen: Wenn es braun ist wie eine Ente, wählt wie eine Ente und quakt wie eine Ente, dann ist es wahrscheinlich eine Ente.

Doch eine breite Fraktion der Apeesser entschuldigt unbeherrbar die „Fehlgeleiteten“. So ertönt nach wie vor das altbekannte Beschwichtigungslied von der lenkbaren Protestmasse, die unwissentlich auch die eigenen Interessen verletze: „Die merken immer noch nicht, dass sie sich selbst schaden und an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Das muss ihnen doch mal einer sagen.“

Doch sie schaden sich ja eben nicht, deshalb muss es ihnen

auch niemand sagen. Schließlich tun sie einfach nur exakt das, was sie wollen: die Demokratie abschaffen, mit der sie nichts anfangen können und auch noch nie konnten. Rassistisch noch hof- und politikfähiger machen, als er sowieso schon ist. Europa weg, Feminismus weg, Ukraine weg, LGBT weg, Ausländer raus. Sie sägen auch nicht an dem Ast, auf dem sie selber sitzen, sondern an dem, auf dem die anderen sitzen. Alles läuft nach Plan.

Eine weitere unausrottkursierende Legende will wissen, dass die Wähler einer Nazi-partei gar keine Nazis sind. Wie man denn darauf käme, da mache man es sich aber leicht, mit solcherlei Polemik käme man in diesen ersten Zeiten wirklich nicht weiter. Pfu!

Eigentlich sind sie in der Seele links. Genauer gesagt queer-anarcho-syndikalistische Antifaschisten. Im Grunde hasen sie Nazis aus vollem Herzen, mit denen haben sie nichts zu tun; sie wählen sie nur aus Sorge um die Zukunft unseres Landes. Viele Junge hätten eh lieber die Hamas gewählt, damit im Nahen Osten Frieden, Fortschritt und Gerechtigkeit einkehren, doch die stand leider nicht auf dem Zettel. Und es tue ihnen ja selbst am meisten weh, dass sie quasi zur Wahl der AfD gezwungen werden, vom Habeck, weil der den Krieg mit Russland vom Zaun gebrochen hat, damit das Gas teurer wird. Die wahren Nazis sind ohnehin die Grünen, die sind überhaupt an allem schuld.

Was die achtsamen Naziflüchterer ebenfalls kritisieren, ist

die pauschale AfD-Wählerbeschimpfung durch dunkelhafte Dumpfbacken meines Schlags. Besser wäre es, sie für ihre gute Absicht zu loben, endlich mal ein richtiges Zeichen zu setzen, dass es so nicht mehr weiter gehe. Denn nach dem Sieg der Nazis geht es ja tatsächlich nicht mehr so weiter, gar nichts geht weiter, nie mehr.

Als destruktiv gilt überdies der Vorwurf aus dem Munde blindwütiger Diskursverweigerer, aus Frust die Demokratie zu zerstören, wäre ungefähr das gleiche, als ob man sich in die Hose kackte, nur damit einem vorübergehend untenrum warm wird – das hilft ja durchaus, ehe es kalt wird und braun und stinkt. Doch auch das macht den Enten nichts, solange das am Ende alle aushalten müssen.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Ulrike Winkelmann
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin
Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 25 902-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €





Shopping ade: Die Galeries Lafayette machen zum Ende des Monats dicht
Foto: Paul Langrock

Auch Volker Heller legt noch einmal dar, wie sehr er einen Umzug herbeisehnt. Die 35.000 Quadratmeter Fläche, die ihm am Standort Galeries Lafayette zur Verfügung stünden: „Passt perfekt.“ Das großzügige Tageslicht, das das rundum verglaste Gebäude bietet: „ideal für eine Bibliothek.“ Und er stellt in Aussicht, dass sich die Anzahl der Besucher und Besucherinnen seiner Institution an einem weit attraktiveren Ort als bislang bestimmt verdoppeln ließen.

Chialo behauptet, nicht nur er und seine Senatsverwaltung für Kultur wollten den Umzug. Auch der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) fände die Idee toll. Die meisten Parteien auch, und der Koalitionspartner SPD wahrscheinlich ebenfalls. Tatsächlich hört man nicht zuletzt von führenden Sozialdemokraten etwas komplett anderes. Chialo gibt sich wacker. Man sei da noch im Gespräch. Selbst Berlins oberster Kassenwart, Finanzsenator Stefan Evers (CDU), sei laut Chialo prinzipiell auf Linie. Evers hätte da nur noch ein kleines Problem – und zwar die Kosten, die angesichts klammer Haushaltskassen in Berlin schmerzlich sein könnten.

Bislang hieß es, der Eigentümer des Gebäudes der Galeries Lafayette, eine US-Immobilienfirma, wolle knapp 600 Millionen Euro herausfinden. Alles Schnee von gestern, lautet nun die frohe Kunde von Chialo: „Wir sind auf jeden Fall unter der Zahl.“ Ohne dabei freilich eine neue zu nennen.

Die Zustimmung für den Umzug ist also riesig. Billiger als gedacht soll er auch werden. Ein Traum könnte Realität werden. Doch man müsse sich jetzt entscheiden, so Chialo. Sonst könnte eine einmalige Möglichkeit ungenutzt verstreichen und in der Friedrichstraße zieht statt einer Bibliothek einfach nur ein weiterer Konsumtempel ein. Oder Büros. Oder das Kaufhaus steht leer.

Sehnsuchtsort Friedrichstraße

Berlins Bibliotheksszene und CDU-Kultursenator Joe Chialo lassen nicht locker und werben weiter für einen Umzug der ZLB in die Galeries Lafayette

Von **Andreas Hartmann**

Echte Weltstädte wie Tokio, Mexiko-Stadt oder New York verfügen über glanzvolle Bibliotheken, untergebracht in spektakulären Gebäuden, die wirklich etwas hermachen. Mit solchen Bibliotheken lässt sich auch hervorragend demonstrieren, dass einem Wissen und Bildung etwas bedeuten. Volker Heller, Direktor der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB), macht klar, was er dagegen von den Örtlichkeiten hält, über die er verfügen darf. „Unwürdig für Berlin“, nennt er sie. Sie seien zu klein, und von den defizitären sanitären Anlagen wolle er lieber gar nicht erst sprechen. Das geplatze Regenwasserrohr, das in der vergangenen Woche nach Starkregen in einem Magazin im Keller des ZLB-Standorts an der Breiten Straße in Mitte einen Wasserschaden verursachte, packt er mit auf seine Mängelliste.

Es ist eine bemerkenswerte Gesprächsrunde, zu der die bei einer Veranstaltung in der Akademie der Künste am Montag geladen hatte und bei der über eine Lösung für Volker Hellers Probleme diskutiert wird. Konkret geht es auch hier um die offensichtlich perfekte Lösung: den Umzug der kompletten Zentral- und Landesbibliothek in den gläsernen Prachtbau der Galeries Lafayette in der Friedrichstraße. Die Luxuskaufhauskette, die ihr Stammhaus in Paris hat, wird Ende des Monats ihren Standort in Berlin schließen.

Was mit dem Haus danach geschehen soll, ist nach wie vor unklar. Dabei kursiert seit bald einem Jahr der Vorschlag von Kultursenator Joe Chialo (CDU), in dem Gebäude mit den markanten Glasfassaden die ZLB unterzubringen. Die bisherigen Standorte, die Amerika-Gedenkbibliothek in Kreuzberg und die Stadtbibliothek in der Breiten

Straße in Mitte, würden dann an einem neuen Haus in Bestlage vereint werden.

Dass die Idee dazu gar nicht von Chialo kommt, sondern von Volker Heller, wie in der Akademie deutlich wird, ist letztlich unerheblich. Chialo hat sie sich lautstark zu eigen gemacht und

Für seinen ZLB-Plan wird Kultursenator Chialo gefeiert wie ein Popstar

trommelt öffentlich für sie. Im Veranstaltungsraum der AdK, der aufgrund des großen Publikumsinteresses aus allen Nähten platzt, wird er dafür gefeiert wie ein Popstar. Die Frage an dem Abend ist dann auch weniger, ob der angepeilte Um-

zug wirklich eine so gute Idee ist. Sondern vielmehr, ob und wann diese umgesetzt werden kann.

So lässt AdK-Vizepräsident Anh-Linh Ngo wenig versteckt durchblicken, dass er und seine Institution zumindest bei diesem Punkt voll und ganz hinter Chialo stehen. Der tosende Applaus aus dem Auditorium, mit dem der Kulturpolitiker der CDU bedacht wird, lässt keinen Zweifel daran, dass auch die Besucher und Besucherinnen den Umzug voll und ganz unterstützen. Kritischen Künstlern und Künstlerinnen gilt Chialo als jemand, der sich lieber für die Kulturwirtschaft einsetzt als für nicht kommerziell ausgerichtete Orte. Hier wird er gefeiert.

Die Akademie der Künste hatte sich für ihr Gesprächsformat eine ungewöhnliche Form überlegt. Es gibt nicht die übliche Podiumsdiskussion. Stattdessen schreitet Anh-Linh Ngo mit seinen Gesprächspartnern,

einem nach dem anderen, eine Art Catwalk in der Mitte des Raums entlang. Immer wieder symbolträchtig hin zu einem Miniaturmodell der Galeries Lafayette. Und wieder zurück. Und wieder hin. Als Betrachter dieser Performance soll man wohl den Eindruck gewinnen, einem spontanen Zwiegespräch lauschen zu dürfen.

Chialo berauscht sich bei seinem Spaziergang mit Ngo an seiner eigenen Idee. Einen Ort, der „Diskursräume“ herstelle, wünsche er sich an der prominenten Adresse in der Friedrichstraße. Alte Damen, die hier häkeln und stricken, Akzeptanz bei der migrantischen Community, Kids, die hier etwas über KI lernen können: Das alles stelle er sich vor. Er spricht von einem „Ort des Seins“, den er im Sinn habe und an dem nicht konsumiert werden müsse wie überall sonst auf der Friedrichstraße.

Emma Doermann über kollabierende Kinder- und Jugendhilfen

Der Kampf um die Hilfe

Die rund 150 Menschen, die sich am Dienstagmorgen vor dem Roten Rathaus in Berlin versammelten, sind sauer. Sie schreien: „Jugendhilfe kollabiert, weil der Senat schlecht regiert.“ Denn die Lage in der Kinder- und Jugendhilfe verschärft sich immer weiter.

Von den politisch Verantwortlichen werde das gekonnt ignoriert, so die Demonstrierenden. Wir erwarten, dass wir dialogisch an einer Lösung gemeinsam arbeiten“, sagt etwa Verena Bieler von der aus Vertreter:innen der Jugendhilfe bestehenden AG Weiße Fahnen. Bieler ist zugleich Vorsitzende des Landesverbandes Berlin des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit.

Ihr Ärger richtet sich insbesondere gegen Falko Liecke (CDU), den Staatssekretär für Jugend und Familie. Er und die Bildungsverwaltung hatten im Juni einen Aufnahmestopp bei dem einzigen öffentlichen Träger für Kinder- und Jugendschutz verhängt, dem Berliner Notdienst Kinderschutz (BNK).

Der Schritt folgte freilich auf eine Überlastungsanzeige des BNK, der – wie andere Hilfestrukturen auch – unter einer chronischen Überforderung der Fachkräfte und des Auffangsystems leidet. „Seit Jahren weisen wir die politischen Verantwortlichen darauf hin, dass die Kinder und Jugendhilfe kaputtgespart wird“, sagt Verena Bieler. Und auch hier bleibe das Wegschauen der Politik schlussendlich an den Kindern und Jugendlichen hängen, die in der Folge mit unzumutbaren Zuständen zurecht kommen müssen.

Auf den Schildern der Protestierenden sieht man aufgemalte Kinderfiguren aus Pappe mit Aufschriften wie: „Miguel, 17 Jahre: Ich gehe lieber auf die Straße als nach Hause.“ Oder: „Paula, 4 Jahre: Wo soll ich schlafen?“ Es sind die Einzelschicksale von Kindern und Jugendlichen, die einem erschreckend nahe bringen, welche direkten Folgen das staatliche Versagen an dieser Stelle hat.

Madeleine Griesbaum ist Sozialarbeiterin und arbeitet seit sieben Jahren im Jugendamt. „Und seit sieben Jahren stehe ich hier und es hat sich nichts geändert“, sagt sie. Langsam habe sie das Gefühl, dass die Jugendämter „das staatliche Wächteramt gar nicht mehr so ausüben können, wie es das Gesetz vorschreibt, und der Senat dabei zuschaut“. Schon so lange gebe es diese strukturellen Probleme. Noch länger würden lediglich die Symptome bekämpft, ohne an den eigentlich wichtigen Punkten anzusetzen.

Klar ist: Das alles ist kein Problem, das sich kurzfristig beheben lässt. Ursächlich für die heutige Ausnahmesituation ist die kontinuierliche Unterfinanzierung. Auch das ist klar. Trotzdem sieht man am Ende der Kundgebung vor dem Roten Rathaus noch mal ein Hoffnungsschimmer. Und der besteht aus der Solidarität. Verena Bieler sagt: „Es tut so gut, dass wir hier nicht allein stehen.“

Anzeige

Das größte QUEER-EVENT seiner Art in Europa

30. LESBISCH SCHWULES STADTFEST

GLEICHE RECHTE FÜR UNGLEICHE! WELTWEIT!

Es gibt Liebe, warum hasst Du?

20./21. Juli 2024 ab 11 Uhr, Nollendorfplatz
www.stadtfest.berlin

AdK Berlin e.V. • AOK West • American for Change • Axel Hoyer Berlin • Berlin/Spandauer • Ber. Western Hotel Hannover Berlin
 Berlin e.V. • Bird Landing the World • BIZEB Berlin Sena • Bogen Berlin • Blue Bären e.V. • Bucher Lindiger • Constanze
 Dr. med. dent. Böttcher & Uehlenhorst • C&K Berlin • D&K Berlin • D&K Berlin • D&K Berlin • D&K Berlin • D&K Berlin • D&K Berlin • D&K Berlin
 Elise Berlin-Moskowitz • G&G Berlin • G&G Berlin • G&G Berlin • G&G Berlin • G&G Berlin • G&G Berlin • G&G Berlin • G&G Berlin
 Maria-Müller e.V. • Mercedes Hotel Berlin-Dankow • Heidi-Cathey • Hotel S. • Hotel Grand S. Hotel Grand S. Hotel Grand S. Hotel Grand S.
 Projektsite: M&G Berlin • Noma & Noma • Schauer • Schul-Queer Club • Tabaco • Tony Ward • Tramp's • W&K & W&K Essen&Trinken

Kommentar von **Jonas Wahmkow** über dreiste Immobilienkonzerne

Ceterum censeo Vergesellschaftung von Wohnraum

Manche Nachrichten machen wütend, sind aber wenig überraschend. Als letzter verbleibender Konzern bricht nun auch Vonovia das Mietbündnis mit dem Senat. Wie die B.Z. am Dienstag zuerst berichtete, plant das Unternehmen, die Mieten von 40.000 Wohnungen um 15 Prozent zu erhöhen. Eigentlich hatte der Konzern bei der Gründung des Bündnisses vor zwei Jahren versprochen, sich auf maximal elf Prozent zu beschränken. Folgen für diesen Vertrauensbruch muss Vonovia keine fürchten. Das Bündnis war von Anfang an als unverbindliche Selbstverpflichtung konzipiert.

Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler (SPD) kommentierte den Schritt via B.Z. dann auch lediglich als „bedauerlich“. Tatsächlich war der Schritt auch erwartbar. Vor knapp einem Jahr verließ der Immobilienkonzern Adler das Bündnis mit dem Hinweis, man müsse die Erwartungen der Investor:innen erfüllen – um dann die Mieten ebenfalls um das rechtlich zulässige Maximum zu erhöhen.

Der eigentliche Zweck des Bündnisses war es ohnehin, von den systemischen Zwängen des Berliner Immobilienmarkts abzulenken: Börsennotierte Konzerne wie Vonovia sind ihren Investor:innen zu maximalen Profiten verpflichtet, deswegen werden sie aus den Mieter:innen so viel Geld rauspressen, wie es die Politik ihnen erlaubt.

Auch diese Erkenntnis ist wenig überraschend. Es gibt sogar eine Lösung: Berlins Wohnungsbestände nicht weiter durch börsennotierte Unternehmen managen zu lassen, sondern kommunal und selbstverwaltet. Erst am Montag veröffentlichte die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie, die vorrechnet, dass Wohnen dann nicht mehr als 5,42 Euro nettokalt kosten müsste. Angstfreies Leben ohne Luxusmodernisierungen, Staffelmieten und unerreichbare Hausverwaltungen gäbe es dann noch gratis dazu. Wie praktisch, dass es mit dem Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen auch noch einen demokratisch beschlossenen und rechtlich intensiv geprüften Weg gibt, wie die kommunale Eigentümerschaft der Wohnungsbestände erreichbar wäre.

Doch dass der Senat nicht vergesellschaften will, liegt ohnehin nicht am Mangel an guten Argumenten, sondern daran, dass CDU und SPD leidenschaftlich gern Politik für reiche Menschen machen.

So bietet dieser Kommentar keine neuen Erkenntnisse, sondern lediglich die Wiederholung alter Forderungen. Dass die Angst, sich ständig zu wiederholen, unbegründet ist, zeigt Cato der Ältere. Der römische Senator aus dem 2. Jahrhundert vor Christus beendete jede Rede, unabhängig vom Thema mit „Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss. Am Ende mit Erfolg: Catos Beharrlichkeit führte schließlich zum dritten Punischen Krieg und zur Zerstörung Karthagos. In diesem Sinne: Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Unternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen enteignet werden müssen.

Zaun-Rebellen

Friedrichshain-Kreuzberg legt Beschwerde im Görli-Streit ein

Der Streit um den vom Senat geplanten Zaun und die nächtliche Schließung des Görli-Parks geht vor Gericht weiter. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg akzeptiert die Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts im Eilverfahren nicht, wie eine Sprecherin am Dienstag mitteilte. „Das Bezirksamt hat sich in seiner heutigen Sitzung dazu verständigt, gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 10. Juli 2024 Beschwerde einzulegen“, hieß es. Damit landet der Fall beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg.

Das Verwaltungsgericht hatte den Eilantrag in der vergangenen Woche für unzulässig erklärt. Der von den Grünen geführte Bezirk habe „kein Abwehrrecht“ gegen den Eingriff und die Entscheidung des Senats, einen Zaun um den Görli-Park zu errichten, so die Richter. Der Bezirk sei keine eigenständige Gemeinde, sondern nehme Aufgaben als nachgeordneter Teil der Einheitsgemeinde Berlin wahr. Friedrichshain-Kreuzberg will das noch nicht akzeptieren. Die Argumentation des Gerichts überzeuge das Bezirksamt nicht, erklärte die Sprecherin. (dpa)



Jonas Wahmkow ist Redakteur für Arbeit und Soziales.

Kalte Entmietung erfolgreich

In Niederschöneweide müssen 100 Bewohner, vor allem Rom*nja, ein heruntergewirtschaftetes Haus verlassen

Von **Erik Peter**

Etwa 100 Menschen, überwiegend Rom*nja, müssen derzeit ihr Wohngebäude in der Fennstraße 31 in Niederschöneweide verlassen. Der Bezirk Treptow-Köpenick ließ am Dienstag den Strom abstellen und eine Wasserstelle vor dem Haus abmontieren, um die Bewohner:innen zum Auszug zu drängen. Am kommenden Mittwoch ist der letzte Termin, an dem das Haus endgültig geräumt werden soll.

Das Bezirksamt sah sich zu der Maßnahme veranlasst, da aufgrund von Statik- und Brandschutzproblemen, das Haus nicht mehr bewohnbar sei. Zuletzt wurden erhebliche Wasserschäden mit durchfeuchteten und abgesackten Böden festgestellt. Der Eigentümer, eine IPG V GmbH, ließ das Gebäude seit Langem verfallen. Im Februar wurden Wasser und Heizung abgestellt; auch der Müll wurde zeitweilig nicht mehr abtransportiert. Monatelang mussten die Bewohner:innen frieren und das Wasser von einem Notversorgungshahn vor dem Haus schöpfen.

Die zuständige Bezirksstadträtin Claudia Leistner (Grüne) war am Dienstag vor Ort. Der taz berichtete sie, dass 13 Familien mit insgesamt 33 Personen in Hotels und Notunterkünften untergebracht wurden. Etwa 20 Personen hätten sich selbst neue Unterkünfte gesucht. Auch die Men-

schen, die jetzt noch im Haus sind, erhielten Ersatzwohnraum, so Leistner. Aufgrund der Gefährdungssituation, auch für die vielen Kinder, habe man „handeln müssen“. Welchen Aufenthaltsstatus die Menschen hätten, spielten für die Unterstützungsmaßnahmen keine Rolle.

Das Bündnis gegen Antiziganismus und für Roma*-Empowerment (Bare) sprach von einer „faktischen Zwangsräumung als Ergebnis einer letztlich erfolgreichen ‚kalten Entmie-

„Man muss anders auf solche Häuser zugreifen können“

Claudia Leistner, Bau- und Sozialstadträtin

nung“. Sprecher Thomas Herr sagte der taz, dass viele Bewohner:innen bereits eine „lange Odyssee“ hinter sich hätten und immer wieder „von einer prekären Wohnsituation zur nächsten wechseln müssen“, ohne Chancen auf reguläre Mietverträge. Er kritisierte einen Vertrag, den der Bezirk im Juni mit dem Eigentümer abgeschlossen hat und der die Umsetzung der Bewohner:innen vorsieht. „Dieser Vertrag hat die Mieterrechte kassiert und kommt nur dem Eigentümer zugute“, so Herr.

Für das Haus im Milieuschutzgebiet gibt es eine Ge-

nehmigung für ein „Wohnen auf Zeit“. Die Bewohner:innen hatten allesamt befristete Mietverträge, die, so stellte es die vor einigen Monaten eingesetzte Mietrechtsberatung Asum fest, zum Teil jedoch unwirksam seien. Viele der Bewohner:innen hatten seitdem keine Miete mehr bezahlt. Der Vertrag regelte zudem, dass sich der Eigentümer an den Kosten für die Ersatzunterbringung beteiligt; obgleich für viele Menschen die Kosten durch das Jobcenter oder das Sozialamt übernommen werden.

Claudia Leistner zufolge habe man sich in Gesprächen mit den Eigentümervertretern dafür eingesetzt, dass das Haus wieder für dauerhaftes Wohnen genutzt wird. Zusicherungen hierfür aber gibt es keine, stattdessen Spekulationen darüber, dass dort nach einer Sanierung Ferienwohnungen entstehen könnten. Dieses Szenario bezeichnet die Stadträtin als „unbefriedigend“.

Der Bezirk habe „begrenzte Einflussmöglichkeiten und unzureichende rechtliche Möglichkeiten“. So habe man zwar mit Anordnungen zur Mängelbeseitigung gearbeitet, gegen die der Eigentümer aber Widerspruch eingelegt hatte. Es brauche andere gesetzliche Mittel auf Landes- oder Bundesebene, um „auf solche Häuser anders zugreifen zu können“, so Leistner.

Nahost-Konflikt dominiert

„Bedrohung hat zugenommen“: Innensenatorin stellt Bericht des Verfassungsschutzes für 2023 vor

Antisemitismus, Israel-feindlichkeit und der Nahostkonflikt waren nach Einschätzung des Berliner Verfassungsschutzes die dominierenden Themen aller extremistischen und faschismfeindlichen Gruppen im vergangenen Jahr in der Hauptstadt. Das Thema Nahost habe die Aktivitäten von Extremisten „beeinflusst und intensiviert“, sagte Innensenatorin Iris Spranger (SPD) bei der Vorstellung des Jahresberichts des Berliner Verfassungsschutzes 2023. „Die Bedrohung für die Demokratie hat in fast allen Bereichen zugenommen.“ Es gebe in dem Gebiet dynamische Entwicklungen.

„In allen Phänomenbereichen wurden der Terror der Hamas und die israelische Reaktion darauf benutzt, um Hass auf Juden und den Staat Israel zu schüren. Verfassungsfreunde waren und sind in Berlin zentrale Treiber von Antisemitismus“, so Spranger weiter. Das gelte für Islamisten, Rechtsextremisten und Teile der linksradikalen Szene.

Spranger betonte, 2023 hätten sich Antisemitismus und Israelfeindlichkeit „so offen und enthemmt wie selten zuvor gezeigt“. Das Mord an der Hamas sei bejubelt worden, Israel als Apartheidstaat diffamiert worden. Juden seien in Berlin beleidigt, bedroht und angegriffen worden. Veranstaltungen wurden gestört und Uni-Räume besetzt. Auch VS-Chef Michael Fischer sagte, der 7. Oktober sei im Extremismusbereich prägend für das gesamte Jahr gewesen und „Treiber für alle Bereiche durch eine erhebliche Mobilisierung und Radikalisierung“.

Ob im Bereich des Rechtsextremismus die Berliner AfD als Verdachtsfall beobachtet wird, wollten Spranger und Fischer wegen der Gesetzeslage in Berlin nicht sagen. Allerdings wollen CDU und SPD das Gesetz entsprechend ändern. Die Gesetzesänderung sei in der Vorbereitung, sagte Fischer. Danach müsse man weitersehen.

Genau im Blick hat der VS allerdings die Kleinpartei Dritter Weg und ihre Jugendorganisation NRJ, die in der Neonaziszene überregional vernetzt und dominierend sei und mit Kampfsportveranstaltungen Jugendliche und junge Erwachsene anlocke und versuche, sie zu radikalisieren. „Das sind sehr beunruhigende Veranstaltungen, weil junge Leute in größerer Zahl herangeführt werden“, sagte Fischer. Für Berlin sei das eine neue Qualität von Rechtsextremismus, weil sich eine solche Zugkraft in den vergangenen Jahren so nicht ergeben hätte. Die Frage, ob die NRJ kürzlich an einem Überfall auf linke Demonstranten am Bahnhof Ostkreuz beteiligt war, beantwortete Fischer mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen der Polizei nicht. (dpa)

Autourteil Gericht macht Verkehrswende in der Tucholskystraße rückgängig



Das Durchfahrtsverbot für Autos in der zur Fahrradstraße erklärten Tucholskystraße in Mitte war laut Gericht rechtswidrig. Das teilte das Verwaltungsgericht mit. Seit 2023 haben Radfahrer:innen auf der Tucholskystraße zwischen Torstraße und Oranienburger Straße Vorrang. So hatte es das von den Grünen geführte Bezirksamt durchgesetzt. Lediglich Anlieger:innen sollten den Abschnitt mit Autos befahren dürfen. Der Bezirk stellte allerdings zusätzlich Pfosten auf, um die Durchfahrt der Autos zu verhindern. Begründet wurde das mit einer Entschärfung von Gefahrensituationen, wie das Gericht mitteilte.

Dagegen klagten Anwohner:innen und Betreiber:innen von Restaurants, Galerien und Geschäften. Das Gericht entschied nun, das Vorgehen des Bezirks sei nicht zulässig, weil eine Gefahrenlage nicht dargelegt worden sei. Verkehrs- oder Unfallzahlen lägen nicht vor. Die Straßenverkehrsordnung erlaube nur Verkehrsverbote aus Gründen der Sicherheit und Ordnung, nicht aber wegen stadtplanerischen Erwägungen. Gegen den Beschluss ist eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg möglich. (dpa) Foto: Jürgen Ritter/imagoo

Die Heinzelmännchen der Clubszene

Das Projekt Clubtopia berät Kulturbetriebe in Sachen Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit. Ein Besuch im Kreuzberger SO36

Von Lilly Schröder

Das verrostete Metallgitter klemmt und knarzt, als Matti Zickrow am Dienstagmorgen die Tore des SO36 aufsperrt. Die Sonne prallt auf den Asphalt, ihre Strahlen spiegeln sich in der Discokugel über dem Eingang. Auf der Kreuzberger Oranienstraße herrscht schon Trubel, während der Club allmählich erwacht.

Es ist nicht der klassische Beratertermin, der am Dienstag im SO36 stattfindet. Die üblicherweise im Anzug auftretenden Berater*innen erscheinen in Sneakers mit Flammenmotiv und Jeanswesten. Anstatt steriler Büroräume dient das Raucher-Café des Clubs als Beratungsort. Es riecht nach kaltem Rauch, die Wände sind mit Antifa-Stickern und Graffiti übersät, ein dunkler Raum.

Auf den Barhockern sitzen Mariangela Saracino, Matthias Krümmel und Volker Stahl. Saracino ist Koordinatorin des Projekts Clubtopia, Krümmel Referent für Klimapolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Volker Stahl freiberuflicher Energieberater. Heute beraten sie Matti Zickrow und Daniel Schiller vom SO36, wie die ihren Clubbetrieb nachhaltiger und klimafreundlicher gestalten können.

„An einem Wochenende verbraucht ein mittelgroßer Club im Durchschnitt so viel Strom wie ein Singlehaushalt im ganzen Jahr“, berichtet Katharina Wolf, Projektleiterin bei Clubtopia im Vorfeld



Auch im SO36 gilt: Keine Party ohne Discokugel
Foto: Steve Braun

an“, sagt er: Strom, Abfall, Wasser, Gas – die Bereiche, die klimatechnisch am wichtigsten sind. Akribisch wird jedes Gebiet durchgegangen. So auch beim SO36. Der Club hat 330 Veranstaltungstage jährlich, eine Spielzeit von 2.000 Stunden. Mariangela Saracino will wissen, wie es um Lüftung, Heizung und Dämmung steht. Wie hoch sind Wasser- und Stromverbrauch? Wird der Müll getrennt oder nicht? Ist das Catering vegan oder mit Fleisch? Greift man auf

Saracino und Krümmel überprüfen den Stromverbrauch aller Geräte hinter der Bar, stecken Thermometer in die Kühlkisten und fotografieren Plaketten ab. In der Kühlkammer misst Krümmel 7 Grad. „Da können wir ja gar nicht rummosern“, sagt er. SO36-Vorstand Daniel Schiller sieht in der Getränke Kühlung jedoch eines der größten Einsparpotenziale. „Das Aggregat der Kühlkammer ist schon 30 Jahre alt und undicht und verballert total viel Energie. Das Ding ist eigentlich tot, aber super teuer, deshalb müssen wir damit auskommen“, sagt Schiller. Weil die Kühlung schwierig an- und auszuschalten sei, laufe sie ununterbrochen, auch wenn keine Veranstaltungen stattfinden.

Schiller würde gern auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installieren und die daraus gewonnene Energie für die Getränke kühlung nutzen. Ein solcher Wechsel zu einem nachhaltigen Stromanbieter sei der „einfachste und größte Schritt“, um CO₂ zu reduzieren, erklärt Katharina Wolf. „Wenn der Strom aus ausschließlich erneuerbaren Energien kommt, kann man bis zu 80 Prozent CO₂ einsparen.“

Für eine entsprechende Anlage auf dem Dach fehle dem SO36 jedoch das Geld, sagt Schiller. Die letzten Förderprogramme, die der Club während der Pandemie erhalten habe, seien in neue Klos gesteckt worden. Wegen der hohen Lärmemission habe das SO36 im vergangenen Jahr zudem in einen Anbau investiert, der als Schallschutz fungiert. Nun ist das Geld erst einmal aus.

Der Kostenfaktor ist eine Hürde auf dem Weg in Richtung Nachhaltigkeit. „Häufig muss man aber auch keine großen Investitionen tätigen“, sagt Wolf. „Verhaltensänderungen machen extrem viel aus.“ Etwa das Ausschalten der Kühlschränke an veranstaltungsfreien Tagen oder die Erhöhung der Kühlschranktemperatur um ein Grad. „Allein dadurch werden sechs Prozent weniger Strom verbraucht.“ Vor Ort versuchten sie ja bereits zu erkennen, wo der Club durch Verhaltensänderungen direkt Energie einsparen könnte, so Wolf. Matti Zickrow und Daniel Schiller sind sich dessen bewusst. Sie

sehen großen Optimierungsbedarf, auch und vor allem im Verhalten der Mitarbeiter*innen.

Ein Bereich, in dem sie geschult werden müssten, sei die Luftzufuhr. „Bei einer Lesung mit 50 Leuten braucht man eine andere Luftzufuhr als bei einer Veranstaltung mit 500 feiernden, schwitzenden Gästen“, sagt Schiller. Viele Mitarbeiter*innen seien damit jedoch nicht vertraut und verbrauchen zu viel Energie durch übermä-

„Nachhaltig heißt ja nicht, dass es nicht knallen soll“

Matthias Krümmel, BUND

ßige Luftzufuhr. Energieberater Volker Stahl platziert deshalb neben der Bar ein Messgerät, das die kommenden zwei Wochen die Luftqualität in der Halle messen soll.

Auf den Toiletten werden derweil Wassermassen und Druckverhältnisse überprüft. „Drei, zwei, eins ...“: Krümmel betätigt den Wasserhahn, darunter hält er eine Plastiktüte. Saracino stoppt die Zeit. Das Ergebnis: unter sechs Liter pro Minute. „Fantastisch“, sagt Krümmel. Meistens käme bei Clubs ein Wert von zwölf Liter pro Minute raus.

Die berühmte Westberliner Kultinstitution ist in Sachen Nachhaltigkeit vergleichsweise gut aufgestellt. „Aber wir finden immer was“, sagt Krümmel. Saracinos Liste mit Einsparpotenzialen ist nach dem Rundgang dann auch lang: Der Club könnte Biomüll trennen, die Händetrockner („Keimschleudern“ und „Stromfresser“) durch eine andere Marke ersetzen, „die sogar eine bessere Ökobilanz haben als Papier“, auch könnte das SO36 wasserlose Urinale einbauen.

Dabei hat sich in dem Club seit dem letzten Beratungsbesuch Krümmels vor 13 Jahren schon einiges getan. Die Lichter wurden auf LED umgestellt, an

den Heizungen wurden regelbare Thermostate angebracht. Trotzdem ist noch viel zu tun. Nachhaltigkeit, heißt es, ist nun mal ein andauernder Prozess.

Nach dem Ende der Besichtigung geht die Arbeit für Clubtopia erst richtig los. „Wir berechnen dann die Verbräuche der Geräte und stellen einen Energiebericht zusammen, in dem Strom-, Heiz- und Müllkosten detailliert aufgelistet werden“, erklärt Wolf. Anschließend stellen sie den Clubs vor, in welchen Bereichen sie CO₂-Einsparungspotenziale sehen. „Danach begleiten wir die Clubs weiter und verbinden sie bei Bedarf mit Expert*innen aus unserem Netzwerk.“ Nach rund einem Jahr wird der Erfolg der Energieberatung ausgewertet. „Der Prozess dauert am Ende mehrere Monate bis ein Jahr“, sagt Wolf.

Es ist 13 Uhr, Saracino und Krümmel haben jeden Winkel des Ladens inspiziert. Zum krönenden Abschluss unterzeichnet Matti den „Code of Conduct“ von Clubtopia, eine freiwillige Selbstverpflichtung für Kulturbetriebe, um möglichst klimaschonend zu wirtschaften. Bereits unterzeichnet haben den bereits Clubs wie das Schwuz und das Yaam, im vergangenen Jahr hat Clubtopia den „Code of Conduct“ für Festivals erweitert.

„Wir organisieren auch Nachhaltigkeitsworkshops und Netzwerkveranstaltungen, um einen Austausch und Wissenstransfer in der Szene herzustellen“, berichtet Wolf. Denn viele Clubs haben die gleichen Probleme, daher sollten sie sich vernetzen und unterstützen. Seit April dieses Jahres kooperieren etwa das SO36 und das Yaam, nachdem der Club am Ostbahnhof in finanzielle Schieflage geraten war. Eine Zusammenarbeit, die die Berater*innen schätzen.

„Die Clubkultur ist Berlins Tafelsilber“, sagt BUND-Referent Matthias Krümmel. Das Werk von der Landespolitik längst nicht in ausreichendem Maß gewürdigt, auch nicht hinsichtlich der Unterstützung von Nachhaltigkeitskonzepten. Nicht zuletzt Wirtschaftsministerin Franziska Giffey (SPD) fremdele bislang mit der Clubkultur. Die von der Clubkommission im Auftrag der Wirtschaftsverwaltung erarbeitete „Nighttime Strategy“ für die Nachtökonomie würdigt Krümmel gleichwohl als einen guten ersten Ansatz: „Sie muss aber nachschärfen in puncto Nachhaltigkeit.“ Wenn es um die Umsetzung geht, brauche es zudem nicht nur Impulse aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Kultur.

Krümmel sagt: „Technisch sind alle Lösungen längst da, die Umsetzung ist trocken Brot.“ Es geht um Technik und Energie, Wassersparen und Mülltrennung. Viele Clubs könnten die Lösungen jedoch nicht umsetzen. Daher brauche es Menschen mit Sachverständnis, die das anleiten. Krümmels Forderung: Es brauche Förderprogramme für Lehrgänge im Bereich Nachhaltigkeit. „Die Clubs sollen nicht nur nachhaltig glitzern, es muss auch umgesetzt werden.“

Beim Verlassen des SO36 tanzen die Sonnenstrahlen noch immer in der Discokugel über dem Eingang. Immerhin, es glitzert schon mal.



Die Berater*innen von Clubtopia in Aktion Foto: Steve Braun

der Beratung der taz. Um Clubs auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit zu unterstützen, bietet Clubtopia kostenlose Energieberatungen an. Entstanden ist das Kooperationsprojekt von BUND und dem Verein Clubliebe im Jahr 2019. Gefördert wird es von der Senatsumweltverwaltung.

„Nachhaltig heißt ja nicht, dass es nicht knallen soll“, sagt BUND-Referent Krümmel: „Das Bier muss kalt und die Musik laut sein.“ Aber wie kalt und wie laut, das wollen die Berater*innen genau unter die Lupe nehmen. „Am liebsten fangen wir mit den Rechnungen

Bioreinigungsmittel oder auf Chemiekeulen zurück? Kein Detail wird ausgespart. Saracino notiert sich alles fein säuberlich auf einem Klemmbrett.

Dann geht's ans Eingemachte. In Teams schwirren die Berater*innen aus und widmen sich den CO₂-Hauptverursachern: Lüftung, Heizung, Kühlung, Toiletten, Beleuchtung, Soundtechnik. Ein langer dunkler Gang führt zur Halle, dem Hauptveranstaltungsraum. Der Geruch von Bier liegt in der Luft. Bühnenarbeiter sind fleißig am Werkeln, es wird geschweift, am Nachmittag sollen die Deckenlichter entstaubt werden.

berliner szenen

Grünspecht, Rabenkrähe, Hitze

Mit der Ringbahn bin ich zur Heerstraße gefahren, radle zum Teufelssee. Abgeschmolzener Toteisbrocken ... Gletscher ... Eiszeit – solche Worte gehen mir zu diesem Gewässer durch den Kopf und kühlen bereits jetzt die unaussprechliche Hitze, die mich umwabert, während ich die wie flüssig flimmernde Teufelsseechaussee hinuntersause. Eiszeit! Das Baden im hoffentlich eiszeitkalten See sowie die schleckbare Eiszeit am Stil nach dem Schwimmen kann ich kaum erwarten. Ein Auto voller Ausgebaderter kommt mir entgegen auf meiner Fahrt. Ziemlich rasant unterwegs, finde ich, und sehe im nächsten Moment, dass ein Vogel, der die Fahrbahn vor dem Flitzer passieren wollte, dessen Stoßstange touchiert und unters Auto gerät. Liegen bleibt. Ein Grünspecht. Ach, der Arme, denke ich weiterfahrend. Gut möglich, dass es auch ihn zum Wasser zog an diesem heißen Tag, wo die Rabenkrähen in der Innenstadt schon vor Stunden mit weit aufgesperrten Schnäbeln um Kühlung rangen. Kurz darauf sehe ich meinem Fahrrad dabei zu, wie es abbremst, wendet und mit mir zurück Richtung Vogel strebt. Tatsächlich liegt er leblos in der Mitte der Fahrbahn.

Ich hatte mich also nicht getäuscht, dieser Vorfall war nicht halluziniert, war keine Fata Morgana gewesen. Schon nähern sich ihm zwei Fahrzeuge in kurzem Abstand. Das erste überfährt ihn berührungslos mitig, das zweite steuert direkt auf den Vogel zu, wohl ohne ihn zu bemerken. Aber noch bevor ein Vorderreifen es erfasst, erhebt sich das bis dahin reglose Tier blitzschnell vom glutheißen Asphalt. Fliegt auf und davon. Damit hatte ich nicht gerechnet. Verblüffend. Ich atme durch. In mir klingt die Strophe eines alten Liedes an, das die Geschicke eines Vogels besingt: „Da spreizt er sein Gefiedere, guck guck, guck guck, und flog dahin wohl übern See.“ *Felix Primus*

Timm Kühn bewegung



Tag und Nacht im Görli

Der geplante Zaun um den Görli steht für die Vision einer völlig kontrollierbaren Stadt. Dagegen hilft nur eins: Zusammen ungehorsam werden. Ein Aktions-Tag & Nacht zeigt Ideen auf, wie das gehen kann. Es gibt eine Kids- und eine Kiezversammlung, Ausstellungen, Filmscreenings, einen Nachtspazierung und vieles mehr.

Ab Donnerstag, 18. 7., Görli Park, 16 Uhr
Die Kolumne: taz.de/tazplan



kunstraum

Reisen in der Dämmerung

Esther Schipper öffnet ihre Räume für eine umfangreiche Malereiausstellung. Bei Max Goelitz hebt Ju Young Kim ab

Die Frau hat ihren Betrachter*innen den Rücken zugewandt. Sie ist nackt, sitzt breitbeinig auf einem Stuhl, aufrecht, mit der Brust an der Rückenlehne. Sie zeigt ihr Hinterteil, aber weder Brust, noch Geschlecht, während sich im Hintergrund üppige rote Tulpen in einer Boden vase in die Höhe recken. Ganz bei sich wirkt die Frau, stark und schön, kein bisschen gefällig. Das Bild stammt aus dem Jahr 1966. Gemalt hat es Pan Yuliang, geboren 1895 in China, gestorben 1977 in Paris. Pan Yuliang gilt als erste chinesische Malerin, die im westlichen Stil arbeitete. Ihre Werke, bevorzugt weibliche Aktgemälde und -Zeichnungen, bei denen es sich oft um Selbstporträts handelt und mit denen sie dem *male gaze* ihrer Zeitgenossen ihren eigenen entgegensetzte, sind inzwischen in einigen Sammlungen vertreten, stießen zu ihrer Zeit jedoch in China auf Ablehnung. Wegen ihrer Sujets und wegen Pan Yuliangs Vergangenheit als Prostituierte. Zu sehen sind zwei davon gerade in der Gruppenausstellung „*Twilight is a Place of Promise*“ bei Esther Schipper.

Versammelt sind dort Werke von 19 Malerinnen, internationaler Herkunft, divers auch in Bezug auf ihr Alter. Pan Yuliang ist die älteste unter ihnen, die nigerianisch-amerikanische mittlerweile in Berlin lebende Künstlerin Monilola Olayemi Ilupeju, geboren 1996, die jüngste. Ilupeju ist unter anderem mit einem sensiblen Porträt ihrer Mutter vertreten, abgemalt vermutlich von einer Fotografie. Es zeigt die Mutter als junge Frau, kurz nachdem sie in die USA ausgewandert ist. Etwas verkrampft sitzt sie auf einem Lehnstuhl, blickt unsicher aus dem Bild und in eine ungewisse Zukunft. Surrealer hingegen die Bilder von Bettina von Arnim, über die sich geometrische Landschaften erstrecken, oder auch jene von Huguette Caland, in denen sich Körper in Linien und Formen aufzulösen scheinen.

Fast schon musealen Umfang hat die Schau. Lose knüpft sie an „*L'Invitation au voyage*“ an, die ebenfalls rein weiblich besetzten Ausstellung der Galerie aus dem Frühling 2021, die damals, während Covid, als das Fernweh groß war, mehr oder weniger direkt vom Reisen erzählte. Gewissermaßen auch an die Überblickschau zu zeitgenössischer Kunst aus Südkorea, „*Dui Jip Ki*“, die bei Esther Schipper im vergangenen Sommer zu sehen war. Eine schöne Tradition scheint sich da zu entwickeln, mit kuratierten Ausstellungen der Jahreszeit ist die aktuelle Ausstellung bei Max Goelitz. **Ju Young Kim**, geboren 1991 in Seoul, zeigt dort ihre erste Einzelausstellung. Erst kürzlich hat die Künstlerin ihren Abschluss an der Kunsthochschule in München gemacht – und ist schon bereit abzuheben. „*Aeroplastics*“, der Titel deutet es schon an: Die Künstlerin arbeitet mit Flugzeugteilen. Hightechversatzstücke ausgesonderter Flieger kombiniert sie mit Bleiglaselementen, wie man sie aus dem Jugendstil kennt, beispielsweise tauscht sie die Scheiben von Flugzeugfenstern mit solchen aus. In die Mitte des großen Galerieraums hat die Künstlerin einen Flugzeug-Dreisitzer platziert, reduziert nur auf die Aluminiumschalen. Besonders bequem wäre es nicht, auf diesen den Atlantik zu überqueren, die Souvenirs sind dafür schon da: Auf einem Tablettisch hat Ju Young Kim in Bronze gegossene Miesmuschelschalen arrangiert. Verbirgt sich in ihrer Anordnung womöglich eine Botschaft? An nautische und aeronautische Karten erinnern wiederum die Elemente, die sie in einen Bordrolley eingesetzt hat. Was ist das Ziel der Reise? Es scheint eigentlich nicht darauf anzukommen. Was Ju Young Kim liefert, sind form-schöne, präzise konstruierte Metaphern für die Übergänge, die Transferzustände des Lebens.

Beate Scheder

Ausstellungsansicht: *Twilight is a Place of Promise*, Esther Schipper, Berlin, 2024
Courtesy the artist and Esther Schipper, Berlin / Paris/Seoul, Photo © Andrea Rossetti

berlinmusik

Das Licht bricht sich rund

Der Begriff „Halo“ stammt aus dem Griechischen und heißt eigentlich Scheibe. In verschiedensten Kontexten wird das Wort jedoch verwendet, um Lichtbrechungen zu beschreiben. Und das in eine Vorstellung von Klang übersetzt, beschreibt den Sound des Indietronica-Duos **Halo** tatsächlich recht treffend. Ihr Album „*In The Company Of No One*“ hat eine funkelnd-flirrende und doch unaufdringliche Anmutung, fern der bräsig-muffigen Muckeligkeit, die im hiesigem Indiepop oft mitschwingt. Eher stehen Masha Qrella und Julia Kliemann in der Tradition von Bands wie Stereolab oder New Order.

Kryptische Textfragmente, die wenig erklären, aber Assoziationsräume aufmachen, stehen neben krautigen Instrumentalpassagen. Auch an Arab Strap erinnert ihr abgehängener Groove bisweilen. Erstmals begegneten sich die Musikerinnen auf dem Flughafen Bandara-naik in Sri Lanka, benannt nach der ersten frei gewählten Regierungschefin der Welt – weswegen das postpunkige Finale des Albums auch deren Namen trägt. 2010 kam es zur Zusammenarbeit zwischen den beiden: Qrella stand seinerzeit nach dem Ende ihrer Postrock-Bands Mina und Contriva am Anfang ihre Solokarriere, Kliemann war noch eine Hälfte des Folktronica-Duos Komëit.

Die rudimentären Songs lagen jahrelang in der Schublade: Warum, wissen die beiden heute selbst nicht mehr. Der treibende Opener heißt dementsprechend „*All The Years*“. Doch nun sind sie in der Welt – zum Glück. Und klingen dank moderner Produktion und der vielen Instrumente, die die Multiinstrumentalistin Qrella einbringt, nicht nach Skizze oder Homerecording, sondern höchst rund.

Stephanie Grimm



Halo: „*In The Company Of No One*“ (Edition Dur/ Fun in the church)

taz präsentiert: **RADIOEINS FREILUFTKINO FRIEDRICHSHAIN**

<p>Mi 17. Juli 21:15 // dt. Fassung DIRTY DANCING „Mein Baby gehört zu mir!“ Es ist endlich wieder soweit!</p> <p>Do 18. Juli 21:00 // engl.m.dt.Ut Zu Gast Wim Wenders: PARIS TEXAS Die Premiere der in 4K restaurierten Fassung des großen Klassikers.</p> <p>Fr 19. Juli 21:15 // engl.m.dt.Ut THE FALL GUY Der Stuntman Comedy Hit mit Ryan Gosling und Emily Blunt.</p>	<p>Sa 20. Juli 21:15 // dt. Fassung MORGEN IST AUCH NOCH EIN TAG Der Publikumshit aus Italien, erobert auch hier die Kinoherzen.</p> <p>So 21. Juli 21:15 // engl.m.dt.Ut THE BIG LEBOWSKI Der Dude lebt. Oh yes.</p> <p>Mo 22. Juli 21:15 // engl.m.dt.Ut DRIVE-AWAY DOLLS Ein lesbisch, queeres Roadmovie von Ethan Coen. „Schmutzig, enorm komisch und nie jugendfrei.“ <small>Deutschlandfunk Kultur</small></p>
--	--

#freiluftkinofriedrichshain

radioeins tipBerlin HOFBRÄU MÜNCHEN

arsenal

IN BEWEGUNG
DIE FILME VON THOMAS ARSLAN
15.6.–4.8.2024 IM KINO ARSENAL

Writing (Change) (Identities) Class (Histories)
04.-21. Juli 2024
Haus für Poesie
silent green Kulturquartier & berlinweit
25. poesiefestival berlin

taz talk

Kontroverse Themen, integrale Gäst:innen, hitzige Debatten, kühle Drinks – das alles und viel mehr bieten Ihnen unsere taz Talks.

Entweder live in der taz Kantine oder in den digitalen Welten: Schalten Sie einfach bequem von zu Hause ein – die Drinks müssen Sie dann allerdings selber mischen.

Alle aktuellen und vergangenen Talks zum Dabeisein und Nachschauen finden Sie hier: taz.de/talks.

taz recherchefonds ausland

Recherchen | Reportagen | Hintergründe
... aus anderen Ländern kosten viel Geld. Korrespondent*innen müssen reisen, um herauszufinden, was wirklich passiert. Deshalb gibt es seit 2011 den Förderverein „Recherchefonds Ausland e. V.“, der Mittel für die Auslandsberichterstattung der taz zur Verfügung stellt. Bisher wurden rund 100 Reisen finanziert.

Unterstützen Sie uns mit einer Spende. Fördermitgliedschaft ab 60 € jährlich.

Wir hoffen auf Sie!
Für eine kritische, hintergründige taz-Auslandsberichterstattung.

www.taz.de/auslandsrecherche
IBAN DE 43 1005 0000 6604 1070 25

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de



Zwei Tage nach einer Lungen-OP: Natasa L., gefesselt im Krankenhausbett des UKE
Foto: Lea Mechsner

Gefesselt bis der Arzt kommt

Die Inhaftierte Natasa L. ist unheilbar an Krebs erkrankt. Obwohl sie nur wegen Diebstahls einsitzt, muss sie bei jedem Behandlungsschritt gefesselt sein. Das ist menschenunwürdig, findet das Gericht. Doch die Haftanstalt setzt es trotzdem durch

lastung für die ohnehin schwer belastete Patientin dar, außerdem stigmatisiere es sie gegenüber dem Klinikpersonal. Der zusätzliche Stress könne sich negativ auf die Gesundheit ihrer Mandantin auswirken.

Anfang Juli musste Natasa L. einige Tage im UKE verbringen. Durch eine Operation an der Lunge wollten die Ärzte Klarheit darüber gewinnen, ob sich dort weitere Primärkarzinome befänden. Im April beantragte Mechsner bei Gericht, dass die Behandlung ohne Fesseln erfolgen würde. „L. wird nicht fliehen“, argumentierte Mechsner. „Dazu ist sie körperlich gar nicht mehr in der Lage.“ Zudem wolle sie die wenige Zeit, die ihr noch vom Leben bliebe, mit ihren fünf Kindern verbringen. Außerdem habe sich L. in der Vergangenheit kooperativ gezeigt, sich ihrer Haft freiwillig gestellt und keine Fluchtversuche unternommen.

Die Leiterin des Frauengefängnisses argumentierte dagegen. L. habe ja gar keine Chance mehr auf Heilung. Daher würde sie es wohl bevorzugen, den Rest ihres Lebens mit ihren Kindern in Freiheit zu verbringen. „Als serbische Staatsangehörige und Mitglied der Volksgruppe der Roma ist außerdem anzunehmen, dass sie über eine erhebliche Anzahl an Kontakten in Serbien und Umgebung verfügt, um eine Flucht zu ermöglichen“, schreibt die JVA. L. besitze derzeit nicht mal einen Aufenthaltstitel.

Das Hamburger Landgericht folgte der Anwältin. „Eine Fesselung in den Behandlungszimmern verstößt gegen die Menschenwürde“, stellte die Kammer fest. Die Richterin ordnete an, Natasa L. dort die Fesseln abzunehmen. Auf dem „unübersichtlichen Gelände des Universitätsklinikums“ solle sie hingegen weiter gefesselt sein.

Doch Mechsner misstraute der JVA-Leitung. Sie befürchtete, diese würde die Anordnung des Gerichts so auslegen, dass Natasa L. lediglich im OP-Saal ungefesselt sein dürfte. „Bitte versichern Sie mir, dass die ‚Behandlung‘ von Frau L. bis zu ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus andauert“, schrieb die Anwältin der JVA. „Sehr geehrte Frau Mechsner, Ihre Mandantin wird während der gesamten im UKE stattfindenden Behandlung nicht gefesselt“, antwortete der stellvertretende Leiter der Einrichtung, Martin Höfinghoff.

Doch die JVA hielt sich nicht an

ihr Wort, wie Mechsner bei ihrem Besuch am Sonntag nach der OP feststellen musste. Mit „Behandlungszimmer“ sei nicht das Stationszimmer gemeint gewesen, interpretierte die JVA den Gerichtsbeschluss, wie Mechsner es bereits befürchtet hatte. Dass die JVA-Leitung dies in der schriftlichen Kommunikation auch noch zu verschleiern versucht habe – „Das macht mich unfassbar wütend!“, sagt Mechsner gegenüber der taz. Die Patientin sei auf dem Stationszimmer an ein Beatmungsgerät angeschlossen sowie mit Drainage und Schmerzmedikation versorgt, daher sei es sehr wohl ein Behandlungsraum. Und selbst, wenn nicht: „Zwei JVA-Bedienstete im Zimmer der gerade an der Lunge operierten Krebspatientin sollten wohl ausreichen, um die Fluchtgefahr zu bannen.“ L. sei rigoro-

„Dass die JVA nicht willens ist, eine schwerkranke Frau würdig zu behandeln, finde ich sehr bedenklich“

Lea Mechsner, Anwältin

ros von ihrer Familie abgeschirmt worden, hätte keinen Besuch empfangen dürfen. Einige Tage vor ihrer OP hätten ihr die Justizbediensteten sogar gesagt, der OP-Termin sei abgesagt worden – damit niemand aus ihrer Familie auf die Idee kommen würde, sie zu besuchen. Erst auf Druck der Anwältin teilte die Anstalt ihr mit, der Termin würde doch stattfinden. L. sei wütend und traurig gewesen, berichtet Mechsner. „Dass die JVA nicht in der Lage oder willens ist, eine schwerkranke Frau würdig zu behandeln, finde ich sehr bedenklich“, sagt Mechsner. Die für die JVA zuständige Justizbehörde schaffte es nicht, sich innerhalb von zwei Tagen auf entsprechende taz-Anfragen zu äußern.

Mechsner kündigte an, Fachaufsichtsbeschwerde gegen die JVA-Leitung einzulegen. Außerdem beantragte sie bei Gericht die Feststellung der Rechtswidrigkeit. Ihre Mandantin ist zwar mittlerweile aus dem UKE entlassen und zurück in der JVA. Doch ins UKE wird sie noch einige Male gebracht werden müssen.

Von Katharina Schipkowski

Als die Anwältin Lea Mechsner am vorvergangenen Sonntag die Onkologiestation im Hamburger Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) betrat, erlebte sie eine unschöne Überraschung. „Man wollte mich zuerst gar nicht rein lassen“, berichtet Mechsner der taz. Zwei Justizvollzugsbeamte des Gefängnisses Billwerder bewachten das Behandlungszimmer von Natasa L. Als Mechsner sich schließlich doch Zugang zu ihrer Mandantin verschaffte, war diese mit Fußfesseln ans Bett gekettet. „Man behandelte sie wie eine Schwerverbrecherin“, kritisiert Mechsner. Die Anweisung dazu sei von der Leiterin des Frauengefängnisses Billwerder gekommen, die sich damit über ein Gerichtsurteil hinwegsetzte.

Dabei ist Natasa L. keine Schwerverbrecherin. Seit 2022 sitzt sie in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Billwerder, im Frauenknast. Ihre Inhaftierung beruht auf zahlreichen Diebstahl- und EC-Kartenbetrugsdelikten. L. klawte in Supermärkten, Bekleidungsgeschäften und Restaurants, entwendete Briefaschen und Handtaschen. Im Bundeszentralregister liegen 47 Einträge zu ihrer Person vor, fast alle davon sind Diebstähle oder EC-Karten-Betrüge,

oft auch unter Bewährungsaufgaben. L. ist spielsüchtig.

L.s Haftstrafe ist derzeit bis zum Jahr 2032 angeordnet, doch das wird sie wahrscheinlich nicht mehr erleben. Die 53-jährige ist unheilbar krebserkrankt, sie hat Metastasen im Darm, in den Knochen und der Lunge. Sie hat Operationen, Chemotherapie und Bestrahlung hinter sich, aber mittlerweile dient die Behandlung nur noch der Lebenserhaltung und Schmerzlinderung.

Wenn die Inhaftierte zur Behandlung ins UKE muss, fährt ein Gefangenentransporter sie dort hin. Zwei Justizvollzugsbeamte fahren mit ihr. An Händen oder Füßen werden L. zudem Stahlfesseln angelegt, die ihr weder in den Fluren des Krankenhauses noch auf der Station abgenommen werden. Wenn es nach der JVA geht, soll L. selbst in der Röhre zur Magnetresonanztomographie (MRT) gefesselt sein. Ihre Stahlfesseln könnten zu diesem Zweck abgenommen und gegen Kunststoffgefesseln getauscht werden, empfiehlt die Haftanstalt in einem Schreiben.

Ist es wirklich nötig, die schwerkranke Frau durchgehend zu fesseln? „Natürlich nicht“, sagt Mechsner. „Es ist ein unnötiger und unverhältnismäßiger Eingriff in das Persönlichkeitsrecht meiner Mandantin.“ Die Fesselung stelle eine zusätzliche Be-

südwest

Wie Weihnachten

Eine Art Adventskalender für die Konzerte des Weltstars Taylor Swift hat sich das *Hamburger Abendblatt* ausgedacht. Ab heute bietet es einen täglichen Newsletter zu der Sängerin, die mehrere Hundert Millionen Fans weltweit hat. Der *südwest* ist gespannt, was **darin wohl zu lesen** sein wird. Der Blick ins Netz weckt Erwartungen: „So musst Du nicht aufs Klo“, teastert das Internetportal watson: Auf Vorrat trinken – vor allem Elektrolyte nehmen, **nochmal püschern**, um den Stehplatz vor der Bühne zu behalten, wird hier empfohlen. „Swifties“, also Hardcore-Fans, wollen angeblich sogar Windeln tragen oder Inkontinenzhosen. **Ums Aussehen** geht's hier offenbar mal nicht – nur um den flotten Pop.



Osman Engin
alles getürkt

Osman bekommt Super-Mega-Speed

Unser Telefon macht Zicken und meine Frau Eminanim schickt mich daraufhin zum Telekom-Laden. Zwei Stunden lang versucht der pickelgesichtige Junge dort, mir irgendein XXL-Super-Speed-10.000-Kram-Entertainment-Paket zu verkaufen, das ich vehement ablehne. Aber trotzdem landet es noch vor mir bei uns zu Hause. Und das gleich zweifach!

„Osman, du treibst dich stundenlang in diesem Laden rum, aber unser Telefon ist immer noch tot! Stattdessen bekommen wir immer wieder völlig unnötiges Zeug geliefert“, schimpft meine Frau.

Also trotte ich am nächsten Tag wieder zum Telekom-Pickel-Jugendheim. Es empfängt mich ein anderer Jugendlicher, fast noch ein Kind. Ist Kinderarbeit nicht in Deutschland verboten?

„Junger Mann, ich habe es ausdrücklich tausend Mal gesagt, dass ich dieses sogenannte XXL-Mega-Dingsbums nicht haben will! Aber zum zweiten Mal haben Sie es mir zugeschickt!“, rufe ich sehr laut durch den Laden, aber die beiden Jugendlichen der letzten Tage sind gar nicht da. Das scheint Firmenpolitik zu sein, damit man sie nicht zur Verantwortung ziehen kann. Oder ist das hier etwa der Telekom-Kindergarten und die richtigen Mitarbeiter erledigen ihren Dienst woanders?

„Also mein Herr, im Computer steht, dass Sie unser Super-Mega-Speed-200.000-XXL-Entertainment-Paket sehr wohl bestellt haben. Freuen Sie sich drauf, das kriegt nicht jeder. Die Leute stehen Schlange dafür“, flötet der Jugendliche im Stimmbruch.

„Ich weiß, bei der Post stehen die ganzen Leute Schlange, um den Schrott wieder zurückzuschicken! Seit Tagen flehe ich euch an: Bitte, bitte, ich will das nicht! Ich will nur, dass mein Telefon funktioniert!“

„Mein Herr, unser Computer kontaktiert unsere Mitarbeiter sofort, damit der Kunde möglichst schnell die gewünschte Ware bekommt, ist das nicht toll?“, quietscht er wie ein schlecht geöltes Türscharnier.

„Der Kollege, der für die Anschlüsse zuständig ist, kommt alle 14 Tage aus Bonn“

„Es ist aber nicht gewünscht, verdammt! Ich will diesen Super-Mega-Ärger-Kram nicht! Ich will nur, dass Sie unser Telefon reparieren!“

„Das geht aber nicht so schnell. Der Kollege, der für die Anschlüsse zuständig ist, kommt alle 14 Tage aus Bonn.“

„Ich fass es nicht! Kann die Telekom etwa in ganz Bremen keinen einzigen Techniker finden, der mein Telefon anschließt, oder was?“

„Techniker haben wir schon, aber um die Anschlüsse kümmern sich ausschließlich unsere Subs!“

„Was sind denn jetzt Subs? Wieder so ein unnützes Gerät, mit dem Sie mich schikanieren?“

„Subs sind unsere Subunternehmer. Keine Sorge, wir werden Sie noch rechtzeitig schriftlich benachrichtigen, wann der Sub bei Ihnen vorbeischauchen wird.“

Am nächsten Tag bekommen wir aber anstatt des Subs zunächst eine dicke Rechnung für den ersten XXL-Speed-Entertainment-Mist, den wir selbstverständlich nicht haben wollten.

Daraufhin droht meine Frau mit der Scheidung. Im Eifer des Gefechts wird es mir aber nicht deutlich, ob sie sich von mir oder von der Telekom scheiden lassen will.

Osman Engin ist Satiriker in Bremen. Zu hören gibt es seine Kolumnen unter www.youtube.com/@osmanengin1916. Sein Longseller ist der Krimi „Tote essen keinen Döner“ (dtv).

Nicht alles ist momentan so friedlich in Osnabrück: Die Vorsitzende des Migrationsbeirats ist aus Protest zurückgetreten
Foto: Friso Gentsch/dpa

Vielfalt soll nicht anstrengend sein

Rücktritt als Protest: Osnabrück hat mit Anna-Magdalena Papadopoulou die Vorsitzende seines Migrationsbeirats verloren. Sie wirft der Stadt Missachtung und Rassismus vor

Von Harff-Peter Schönherr

In einer Stadt, die sich „Friedensstadt“ nennt, die den Yilmaz-Akyürek-Preis für Integration verleiht und nicht müde wird, die Achtsamkeit ihrer Willkommenskultur zu betonen, dürfte der Migrationsbeirat eigentlich nichts zu klagen haben.

Aber so ist es nicht. Ende Juni ist Anna-Magdalena Papadopoulou, seit Herbst 2022 ehrenamtliche Vorsitzende des Beirats, zurückgetreten. Aus Protest.

Der Beirat werde von der Stadtverwaltung „nicht wirklich gehört, ernstgenommen und wertgeschätzt“, sagt Papadopoulou der taz. Das Problem sei strukturell – und nicht neu.

Besonders massiv kritisiert die ehemalige Vorsitzende die ehemalige Vorsitzende der städtische Ausländerbehörde. „Wie Freunde, denen man helfen will, werden die Menschen dort oft nicht behandelt. Es gibt endlose Wartezeiten, man bekommt keine Antworten, Arbeitserlaubnisse gehen verloren, weil die Behörde es nicht schafft, sie zu verlängern.“ Unterbesetzung sei nicht der einzige Grund. „Das fühlt sich wie institutioneller Rassismus an“, sagt Papadopoulou.

Den Ausschlag für ihren Rücktritt gab ein Eklat um eine Pressemitteilung des Beirats aus dem Frühjahr 2024. Sie durfte, sagt Papadopoulou, noch heute spürbar fassungslos und zornig, „nicht über das Presseamt der Stadt veröffentlicht werden, wie sonst alles von uns, sondern nur über unsere eigenen Kanäle, was natürlich die Öffentlichkeitswirksamkeit senkt“.

Die Mitteilung war laut Titel eine „Kampfansage“ gegen „rechtsradikale Theorien zur „Remigration““ anlässlich des „Correctiv“-Berichts über ein Treffen Rechtsextremer Ende 2023, die über Deportationspläne debattiert hatten. „Diese Pläne bedrohen unsere Existenz“, steht in der Mitteilung. „Sie bedrohen unsere Demokratie und unsere Gesellschaft.“ Der Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück stehe „solidarisch gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Hass“.

„Im Entwurf stand erst auch etwas über die CDU“, sagt Papadopoulou, „und über ihr Verständnis von Asyl.“ Was dann geschah, habe sie schockiert. „Es hieß, das dürfe nicht über das Presseamt der Stadt veröffentlicht werden.“ Oberbürgermeisterin Katharina Pötter (CDU) habe auf ein Gespräch gedrungen. Das habe Anfang Mai als Online-Meeting stattgefunden, im Beisein von Vertreterinnen des Presseamts. „Der Termin wurde mir gewissermaßen diktiert, und ich musste ihn im Auto annehmen“, sagt Papadopoulou. „Ich habe gefragt, was denn das Problem sei, aber es gab keine Antwort. Es ging nur um das Formale. Es

gebe ein ‚Neutralitätsgebot‘. Das Gespräch war unschön, hart, absolut nicht auf Augenhöhe. Als Migrationsbeirat sind wir ja Teil der Stadt, aber das hat man dabei nicht gemerkt. Schlimm war das.“

Mehr noch: Als der Migrationsbeirat die Correctiv-Recherchen in einer seiner Sitzungen zur Sprache bringt, Papadopoulou eine Stellungnahme vorträgt, auch vor Vertretern

Die Stadt Osnabrück tut nach dem Rücktritt so, als gäbe es gar kein Problem

der Stadtpolitik, wird es hitzig. AfD-Stadtratsmitglied Alexander Garder sei laut geworden, ausfallend, sagt Papadopoulou. „Das war eine verbale Attacke.“ „Das Ganze war sehr schwierig für mich“, sagt Papadopoulou der taz. „Ich bin ein Mensch, der gern etwas bewirkt. Das ging hier nicht.“ Warum alles so eskaliert ist, versteht sie nicht. „Ist das, weil wir versuchen, Bedeutung für uns herzustellen? Weil wir politischer werden?“ Osnabrück gebe sich stets weltoffen. Dass das zuweilen nicht so sei, wolle sie nicht verbergen.

Die Ratsgruppe GRÜNE/SPD/Volt, die Mehrheit der Sitze im Stadtparlament hält, bedauert den Rücktritt. Sie findet zu dem

Vorfall klare Worte: „Ich stelle mir die Frage, ob die Verwaltung Ratsbeschlüsse ernst nimmt, in denen Remigrations-Forderungen und Ausländerfeindlichkeit von allen demokratischen Ratsmitgliedern verurteilt werden, im Gegenzug aber offenbar die Arbeit des Migrationsbeirates behindert wird“, kritisiert SPD-Ratsmitglied Elena Moormann.

Papadopoulou lege, so Moormann, „den Finger in die Wunde“. Die Kommunalpolitik müsse sich gemeinsam mit der Verwaltung kritisch hinterfragen. „Wenn wir einen Migrationsbeirat haben wollen, was wir ausdrücklich tun, dann müssen wir ihn stärken und ihm Raum geben. Dafür braucht es auch eine entsprechende Offenheit und Unterstützung von Seiten der Verwaltungsspitze“, sagt Moormann. Bei der „Weiterentwicklung der Ausländerbehörde“ müsse der Beirat stärker Berücksichtigung finden.

Die Stadt Osnabrück tut derzeit so, als gäbe es gar kein Problem: „Aus Sicht der Stadtverwaltung“, schreibt ihr Sprecher Arne Köhler der taz, „gab es keine Konflikte mit Frau Papadopoulou“. Die Zusammenarbeit mit dem Migrationsbeirat werde von den Mitarbeitenden der Verwaltung „stets als angenehm und konstruktiv empfunden“.

Anna-Magdalena Papadopoulou ist mittlerweile aus Osnabrück weggezogen.



nachrichten

Eine Milliarde für Wasserstoff

Für Wasserstoffprojekte sollen Milliardensummen nach Niedersachsen fließen. Allein in dem Bundesland sind demnach 1,28 Milliarden Euro vorgesehen. Mit den Investitionen werde das Bundesland zum „grünen Wasserstoffland Nummer eins“, sagte Niedersachsens Umwelt- und Energie Minister Christian Meyer (Grüne). Insgesamt investieren Bund und Länder 4,6 Milliarden Euro für 23 Projekte, wie das Wirtschaftsministerium in Berlin mitteilte. (dpa)

Strafbefehl für Kinder-Randale

In einem Prozess nach der Verwüstung einer Schule hat das Amtsgericht Osnabrück gegen die Angeklagte in Abwesenheit einen Strafbefehl erlassen. Die Geldstrafe beträgt 150 Tagessätze zu je zehn Euro. Die beiden Jungen waren im Juli 2020 in eine Schule eingedrungen und hatten dort einen Sachschaden von 150.000 Euro verursacht. Der Mutter wird vorgeworfen, ihrer Aufsichtspflicht über ihre damals elf und zwölf Jahre alten Kinder nicht nachgekommen zu sein. (dpa)

Handwerk zum Ausprobieren

Mit einem freiwilligen Handwerksjahr (FHJ) soll Interessierten die Möglichkeit gegeben werden, innerhalb von zwölf Monaten vier verschiedene Handwerksberufe kennenzulernen. Für jeweils drei Monate können Jugendliche und Studien-zweifer in einen Betrieb gehen und einen Handwerksberuf ausprobieren, teilt die Handwerkskammer Lübeck mit. In dem FHJ könne nun bereits vor Ausbildungsstart getestet werden, ob ein Ausbildungsberuf zu einem passt. (dpa)

Land unterstützt Welcome Center

Mit insgesamt rund einer Million Euro fördert das niedersächsische Arbeits- und Sozialministerium sieben „Welcome Center“ für zugewanderte Fachkräfte im Land. Zu den Aufgaben der Beratungsstellen gehört es, Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung zu unterstützen. Sie sollen zudem Menschen aus dem Ausland ein Ankommen auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt der Region erleichtern, wie das Ministerium am Dienstag in Hannover mitteilte. (epd)



Hier sollen blühende Landschaften entstehen: die Kieler Straße in Hamburg
Foto: Henning Angerer/Imago

Hamburg will die größten Straßen weiter bebauen

Mit dem Masterplan Magistralen will Hamburg seine zwölf Hauptverkehrsachsen lebendiger und grüner gestalten. Das wird mit dem Plan nicht klappen, beklagen Nabu und Opposition

Von **Marta Ahmedov**

Dichter bebaut, belebter, aber auch grüner: So sollen die zwölf großen Hamburger Ein- und Ausfallsstraßen werden, wenn es nach dem Hamburger Senat geht. Zumindest hat er am Dienstag die generationenübergreifende Grundlage für die Entwicklung von Hamburgs Hauptverkehrsachsen mit dem „Masterplan Magistralen 2040+“ beschlossen; Bausenatorin Karen Pein (SPD) und Oberbaudirektor Franz-Josef Höing stellten diesen im Rathaus vor. Die Kritik an den Plänen ist jedoch schon jetzt groß.

Die Stadtplanung habe die Magistralen in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt und nur in Mosaikstücken entlang von ihnen gedacht, sagte Baudirektor Höing bei der Vorstellung des Plans. Deshalb gebe es dort streckenweise sehr spröde Gebiete ohne erkennbaren Zusammenhang. An diesen Stellen soll nun eingegriffen werden: Wo sich heute lose ein Baumarkt, Einfamilienhäuser und Brachflächen aneinanderreihen, sollen zukünftig also nachverdichtete, begrünte und zusammenhängende Areale entstehen.

Dafür wird in dem Masterplan für jede der zwölf Magis-

tralen eine eigene Erzählung entwickelt. Die als M5 deklarierte Magistrale im Norden etwa soll so zu „Hamburgs grüner Visitenkarte“ werden, die M2 im Westen dagegen zum „Grünen Wissensboulevard – zwischen neuen und gewachsenen Stadtquartieren“.

Laut der Baubehörde lässt sich noch nicht konkret absehen, wie viele neue Wohnungen im Rahmen des Masterplans entstehen werden. Der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen scheint allerdings optimistisch: „Entlang der Hauptausfallstraßen gibt es noch reichlich Flächen, auf denen hochwertige und bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können“, erklärte Verbandsdirektor Andreas Breiter.

Verkehrsfluss gewährleisten

Die größte Schwierigkeit des Plans dürfte darin liegen, seine Ziele mit der Natur seines Gegenstands zusammenzubringen: Die Magistralen zählen zu Hamburgs am meisten befahrenen Straßen. Das enorme Verkehrsniveau steht dem Ziel von lebenswerten Wohnquartieren und mehr Grün auf den ersten Blick entgegen.

„Man muss nicht erst mal ver-

kehrsbereit machen“, sagt der Stadtdirektor Höing. Bausenatorin Pein ging noch weiter und sagte auf Nachfrage der taz: „Es ist nicht beabsichtigt, jetzt im großen Stil den Verkehr zu beruhigen.“ Das sei im Moment gar nicht möglich. Auch enthalte der Plan keine klare Setzung, Fahrspuren zukünftig zu reduzieren, denn der Verkehrsfluss müsse gewährleistet bleiben.

Dieser Aspekt wird vom Hamburger Naturschutzbund hart kritisiert: „Es macht den Anschein, als würde der Hamburger Senat sich blind stellen für einen dringend notwendigen Wandel in der Stadtentwicklung“, erklärte er in Bezug auf die offene Verkehrsfrage in den Plänen des Senats. „Wie groß mag die Wohnqualität sein, wenn die Luft mit Abgasen belastet, die Umgebung durch massive Versiegelung hitzebelastet und es dazu laut ist? Da kann doch irgendwann niemand mehr wohnen. Stattdessen müssen die Magistralen mit Blick auf die Zukunft klimaanpassungsfähig gestaltet werden. Konkrete Ziele hat sich der Senat dafür aber nicht gesetzt.“

Auch die Opposition blickt weniger euphorisch als der Se-

nat auf den Masterplan. „Die jetzt vorgestellten Pläne enthalten – außer fantasiereichen Bezeichnungen für die Magistralen – wenig Neues“, erklärte die Hamburger CDU-Fraktion. Nach Jahren der Planung sei kein einziger rechtskräftiger Bauplan entstanden.

Wohnen in Lärm

Die Linkenabgeordnete Heike Sudmann kritisiert, dass der Plan auf keine schnellen Verbesserungen für die vielen Hamburger*innen hoffen lasse, die bereits jetzt unter dem vielen Autoverkehr und Lärm an den Magistralen leiden würden. Diesbezüglich sieht Sudmann auch die Entwicklung von Wohnraum an den Magistralen kritisch und benennt eine „erkennbare Tendenz, den geförderten Wohnungsbau vor allem als Lärmriegel an den Straßen zu nutzen“ – soll heißen: Menschen mit wenig Geld leben in geförderten Wohnungen direkt an der Straße, während die ruhigere Lage in den hinteren Reihen denen vorbehalten bleibt, die es sich leisten können.

Auch die Stadtgesellschaft soll sich in die Gestaltung des Masterplans einbringen können. Dafür soll im November eine Planwerkstatt stattfinden.

das portrait

Sarah Ryglewski will nicht wieder in den Bundestag

Staatsministerin im Bundeskanzleramt, das ist ein Job, bei dem kaum einer direkt weiß, was das ist – klingt aber ganz gut, und ist es auch. Die Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski will ihr Mandat und damit auch den honorigen Posten zu nächster Gelegenheit aufgeben: Bei der Bundestagswahl 2025 wolle sie nicht mehr kandidieren, kündigte sie nun an.

Eine politische Karriere könne man ihrer Erfahrung nach nicht planen, sagte Ryglewski 2021 im taz-Interview. Für sie hing in der Tat vieles daran, zum rechten Zeitpunkt am rechten Ort zu sein. 2015 rückte die SPD-Linker für Carsten Sieling in den Bundestag nach, weil der überraschend in Bremen als Bürgermeister gebraucht wurde. Seine Mitgliedschaft im Haushaltsausschuss erbe sie mit – das passte gut. Die Politikwissenschaftlerin hatte sich, sagt sie selbst, schon im Studium für Zahlen begeistern können und war schnell in der Materie. 2019

Für die Bremer SPD-Politikerin hing vieles daran, zum rechten Zeitpunkt am rechten Ort zu sein

holte Finanzminister Olaf Scholz sie als Parlamentarische Staatssekretärin ins Finanzministerium; der Posten war freigeworden, weil Christine Lambrecht Justizministerin wurde. Als Scholz 2021 Kanzler wurde, nahm er Ryglewski mit – Staatssekretärin ist Ryglewski im Bundeskanzleramt weiterhin, auch wenn der Posten dort Staatsministerin genannt wird – das klingt besser, wenn sie den Kanzler mal vertreten muss.

Repräsentationsaufgaben sind aber nur ein kleiner Teil ihrer Aufgabe. Die *Süddeutsche Zeitung* sprach von Ryglewski mal als „Maschinistin der Macht“. Weiter erläutert wird das nicht, aber es stimmt schon: Sie muss mit dafür sorgen, dass Zahnräder greifen im Gesetzgebungsprozess. Viele Gespräche führt Ryglewski mit Fraktionen, um frühzeitig zu sehen, wo es bei Gesetzesinitiativen zwischen ihnen knirscht. Eine ähnliche Rolle hat sie als Bund-Länder-Koordinatorin – schließlich

Mit 41 Jahren jetzt erst mal genug von Bundestag und Bundeskanzleramt: Sarah Ryglewski (SPD)
Foto: DBT/ Stella von Saldern



müssen Gesetze auch noch durch den Bundesrat. Außerdem koordiniert sie die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie.

Mit 41 Jahren und nach zehn Jahren im Bundestag sei nun Zeit für etwas Neues, schreibt Ryglewski in ihrem Statement – die Fragen nach dem Warum sind damit nicht wirklich geklärt. Eventuell ist sie einfach vorausschauend: Obwohl sie zweimal souverän ein Direktmandat geholt hat, könnte es bei der nächsten Wahl schwierig werden. Das Land Bremen hat zwei Wahlkreise, beide werden gewöhnlich von SPD-Leuten gewonnen. Doch durch die neue Wahlrechtsreform führt ein Sieg in den beiden Wahlkreisen nicht automatisch zu zwei Mandaten. Statt Ryglewski würde wohl der Bremerhavener SPD-Kandidat dann den Vorzug erhalten.

Einer möglichen Abwahl kommt Ryglewski zuvor. In ihrer Ankündigung, nicht mehr zu kandidieren, betont sie zigmal ihre Verbundenheit und ihre Erfolge für Bremen. Sieht sie hier ihre Zukunft? „Buten un binnen“, das Regionalmagazin von Radio Bremen, spekulierte am Dienstag über einen möglichen neuen Posten: Es gebe Gerüchte, dass Ryglewski die Nachfolge von Genossen Innensenator Ulli Mäurer übernehmen könne, der mit heute 73 Jahren nicht mehr lange im Amt bleiben wolle.

Ryglewski wäre wieder mal zur rechten Zeit am rechten Ort
Lotta Drigemöller

96-Boss Martin Kind ist abgesetzt

Der BGH bestätigt den Rauswurf bei Hannover 96. Dennoch wird Kind weiter Einfluss auf den Fußballklub haben

Martin Kind ist nicht mehr Geschäftsführer des Fußball-Zweitligisten Hannover 96. Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied in Karlsruhe, dass die Absetzung eines der streitbarsten Funktionäre des deutschen Profifußballs vor zwei Jahren rechtens war und nun wirksam ist.

Abgesetzt hatte den 80 Jahre alten Hörakustik-Unternehmer die Führung des eigenen Muttervereins Hannover 96 e.V. Die Vereinsseite und Kind an der Spitze des ausgegliederten Profifußball-Bereichs liefern sich seit Jahren eine heftige Auseinandersetzung. Vor dem Land-

gericht Hannover und dem Oberlandesgericht Celle hatte sich Kind noch erfolgreich gegen seine Abberufung gewehrt. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs ist dagegen nach Aussage eines BGH-Sprechers „nicht mehr mit Rechtsmitteln anfechtbar“.

Kind selbst äußerte sich nicht persönlich zu dem Urteil. In einer Stel-

Seit Jahren liefert sich die Vereinsführung mit Kind eine Auseinandersetzung

lungnahme der Profifußball-Gesellschaft heißt es aber, dass er nun in deren Aufsichtsrat wechseln wird. Dort werde er mit dem neuen Geschäftsführer „konstruktiv für eine erfolgreiche Weiterentwicklung von Hannover 96 zusammenarbeiten“.

Der Streit zwischen der Vereins- und der Kapitaleite in Hannover hat mehrere Ebenen. Kern des Konflikts ist der sogenannte Hannover-96-Vertrag, der die Zusammenarbeit zwischen Vereins- und Kapitaleite regeln soll. Die im deutschen Profifußball geltende 50+1-Regel schreibt zwar vor, dass die Muttervereine im

Fall einer Ausgliederung des Profibereichs die Stimmenmehrheit in der Kapitalgesellschaft behalten müssen und ein Weisungsrecht gegenüber deren Geschäftsführern besitzen. Im 96-Vertrag steht aber, dass diese Geschäftsführer nur dann ernannt oder abberufen werden können, wenn beide gleichstarken Lager im vierköpfigen Aufsichtsrat dem zustimmen. Kind berief sich vor Gericht immer auf diese Satzung. Die e.V.-Führung setzte Kind dagegen unter dem Vorwurf ab, in mehr als 100 Fällen ihr Weisungsrecht missachtet zu haben. (dpa)

das wird

„Du bist verrückt“, sagte seine Mutter

Er war ein Vorzeigesportler des sozialistischen Staates, aber der war ihm zu eng: 1969 schwamm Axel Mitbauer aus der DDR in den Westen. Davon erzählt er jetzt – am Start und am Ziel seiner Flucht

Von **Frauke Hamann**

Mit dem Bau der Mauer im August 1961 bekommt die deutsch-deutsche Teilung eine neue Dimension: Wachtürme und Grenzschutzanlagen hindern die DDR-Bewohner an der Flucht in den Westen. DDR-Bürger können diese innerdeutsche Grenze fortan nur unter Einsatz des eigenen Lebens überwinden.

Das erfährt auch Axel Mitbauer. Der Leipziger, Jahrgang 1950, ist in einer regimiekritischen Familie aufgewachsen. Die elterlichen Polstereibetriebe wurden enteignet – diese wirtschaftliche Drangsalierung löst einen unheilbaren Riss aus. Doch Axel Mitbauer ist auch ein hoch talentierter Schwimmer, er wird schon mit acht Jahren gezielt unterstützt und zum Aushängeschild staatlicher Sportförderung. Mit zwölf gehört er zum DDR-Nationalkader, schwimmt täglich sechs bis sieben Stunden, absolviert 20 Kilometer und mehr.

Mitbauer, zwei Mal DDR-Meister über 400 Meter Freistil, qualifiziert sich auch für die Olympischen Spiele 1968 in Mexiko. Dann verhaftet ihn die Staatssicherheit: Mitbauer hatte westdeutschen Schwimmern Fluchtgedanken offenbart, doch werden die Pläne entdeckt. Mitbauer erträgt wochenlange Haft, nach der Entlassung wird er für sämtliche Wettkämpfe gesperrt – lebenslänglich.

22 Kilometer bis Travemünde

Da belauscht der Athlet zufällig ein Gespräch: Von Boltenhagen aus sei die Flucht über die Ostsee möglich. „Du bist verrückt“, sagt seine Mutter, als er sie einweihet: Er will nachts die Ostsee bei 18 Grad Wassertemperatur durchschwimmen, 22 Kilometer vom westlichsten Ostseebad der DDR bis nach Travemünde, BRD. Mitbauer erzählt bis heute immer mal davon, wie er das reglementierte Leben satt hatte. Wie er die Lage in Boltenhagen erkundete – dort, wo der Badestrand nachts bewachte Sperrzone wird. Wie seine Mutter ihn mit Vaseline einrieb und seine Sachen an sich nahm. Und wie er losschwamm am 17. August 1969 um 21 Uhr.

Die Suchscheinwerfer setzen, technisch bedingt, immer wieder kurz aus. „Weiter draußen war ich dann geschützt durch die Wellenkämme.“ Vom Polarstern geleitet, erreicht er gegen 1 Uhr früh die Lübecker Bucht. Bei Windstärke 5 wird eine Leuchtboje im wahren Wortsinn zu seinem Haltepunkt: Er klammert sich daran. „Da sitzt einer auf der Boje“: Am frühen Morgen entdeckt ein Besatzungsmitglied der „Nordland“ den durchgefrorenen Mann. Das Fährschiff nimmt ihn an Bord und legt um 7:35 Uhr in Travemünde an.

Axel Mitbauer nennt seine Flucht „einen Sieg des Willens“. 55 Jahre nach diesem lebensbestimmenden Ereignis kommt er wieder an die Trave, aber auch nach Boltenhagen, um über seine spektakuläre Flucht zu sprechen; fern über die Zeit danach: als Leistungsschwimmer und Schwimmtrainer im Westen. Bei der Europameisterschaft in der 4 x 200 m Freistil Staffel holt er 1970 Gold – für die Bundesrepublik. Zur Weltspitze kann er jedoch nicht mehr aufschließen, wohl wegen der erzwungenen Pause.

Grenzen können abwehren, aber zugleich sperren sie ein, hat die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Wendy Brown über Mauern als Machtform geschrieben. Demnach können Grenzen „kein äußeres, sie“ definieren, ohne ein reaktionäres „wir“ zu produzieren. „Jede Grenze verheißt aber auch die Möglichkeit, sie zu überwinden. Mehr als 5.000 DDR-Bürger versuchten nach 1961, über die Ostsee zu fliehen. Von ihnen wurden 4.522 entdeckt und festgenommen, 174 kamen bei dem Fluchtversuch um. Axel Mitbauer gehört zu den 913 Menschen, die damit erfolgreich waren.“

der revolutionäre-fischbrötchen-glamour

„Mit einem rauschenden Fest“ ist im Hamburger Hanseviertel ein neuer „Gastro- und Event-Hotspot“ eröffnet worden, und dass der Name „Le big TamTam“ ungewöhnlich ehrlich hinweist auf all die unhanseatische heiße Luft, finden nur böse Zungen. Alle anderen sind entzückt, zum Beispiel wie hier das Fischbrötchen „revolutioniert“ wird. Eigentümerin der Mall für Besserverdauernde ist die CBRE Investment Management, verwaltetes Vermögen: 147,6 Milliarden Dollar.

Vortrag und Gespräch

„Davongekraut – Die Flucht des Axel Mitbauer über die Ostsee“ mit Axel Mitbauer, René Wiese (Zentrum deutsche Sportgeschichte) und Volker Höffer (Stasi-Unterlagen-Archiv):

Mi, 17. 7., 18 Uhr, Clubhaus des TSV, Lübeck-Travemünde

Do, 18. 7., 19 Uhr, Boltenhagen, Festsaal

Interview **Johanna Weinz**

taz: Tobias Vogel, wie viele Strichmenschen haben Sie am vergangenen Wochenende gezeichnet?

Tobias Vogel: Jetzt sind es 7.500. Es ging langsam los und wurde über die Tage immer schneller. Bis zu den fertigen 12.896 Figuren dauert es aber noch.

Wie lange brauchen Sie für Sie eine Figur?

Im Durchschnitt sind es zehn, vielleicht 15 Sekunden. Ein paar Strichfiguren sind etwas detaillierter geworden, dann habe ich auch ein paar Tiere dazwischen gezeichnet, um das Bild aufzulockern. Aber die Standardfigur geht wirklich sehr schnell.

Jedes gegen Nazis demonstrierende Strichmenschlein entspricht einer Spende von fünf Euro. Aber wie kommt man auf so eine Idee?

2018 habe ich schon mal etwas Ähnliches gemacht. Ich wurde gerade bekannter und wollte etwas machen, was nicht nur meiner Person Aufmerksamkeit bringt. Also eine Charity-Aktion, aber sie sollte originell sein. Die damaligen Ausschreitungen in Chemnitz haben mich dazu gebracht, eine Strichmenschkette zu zeichnen: Figuren, die sich an den Händen halten. Das Geld wurde an den sächsischen Flüchtlingsrat gespendet. An diese Idee wollte ich anknüpfen, nur diesmal mit einer Demo und zugunsten von „Kein Bock auf Nazis“.

Wie sollte man sich in diesen Zeiten einmischen?

Wenn man Teil einer privilegierten Gruppe ist, muss man auch manchmal wissen, wann man nichts zu sagen hat und einfach mal zuhört. Ich selbst mische mich nur selektiv ein, wenn ich auch wirklich etwas zum Positiven verändern kann. Ich bin niemand, der permanent alles, was in der Welt passiert, kommentieren muss, meine Inhalte sind nicht besonders aktivistisch, sie dienen vielmehr der Unterhaltung. Ich finde es aber wichtig die eigene Umgebung stark zu machen und zu widersprechen, wenn jemand aus dem Freundeskreis oder der Familie rechte Parolen schwingt.

Sie arbeiten bei Ihren Zeichnungen immer mit Humor.

Das läuft bei mir stark intuitiv ab, die Mechanik ist mir rätselhaft: Ich wälze verschiedene Gedanken hin und her, kombiniere verschiedene Elemente und irgendwann habe ich das Gefühl, etwas gefunden zu haben, das funktioniert. Humor hilft mir, mit dem Wahnsinn der Welt klarzukommen und lässt sich wunderbar mit Melancholie und Traurigkeit verbinden. Diese beiden Pole miteinander zu verbinden, empfinde ich als reizvoll.

Müssen Sie beim Zeichnen selbst lachen?

Nein, ehrlich gesagt nicht. Manchmal muss ich lautstark durch die Nase ausatmen. Aber wenn ich ins Archiv schaue, muss ich manchmal schon ein bisschen lachen. Das sind dann meistens alberne Sachen.

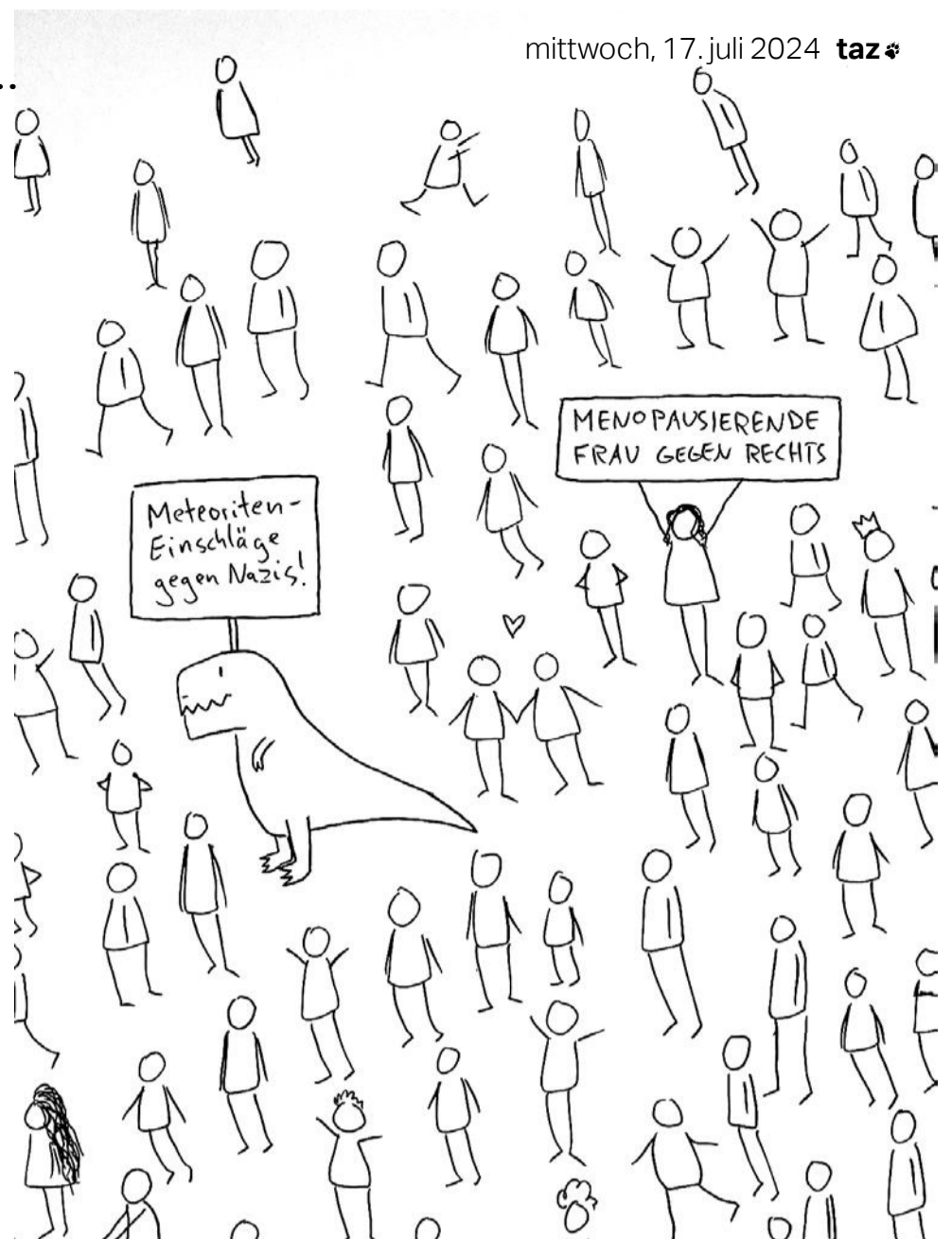
Lässt sich das Leben in ein paar wenigen Strichen zeichnen?

Man kann natürlich nur kleine Spotlights auf verschiedene Aspekte ausrichten. Ich habe ja erst Mitte 30 mit den Cartoons angefangen, war aber auch schon vorher kreativ und habe Gedichte geschrieben. Mich hat es schon immer fasziniert, wie viel Bedeutung man in nur ganz wenig Text legen kann. Das versuche ich auch bei den Cartoons. Die Betrachtenden können nicht alles mit dem bloßen Auge sehen, es gibt noch eine Ebene, die darunter liegt: Der Text ist zweideutig formuliert oder kann offenbleiben. Das Minimalistische aus den Zeichnungen ist keinem Masterplan entsprungen, sondern aus der Not heraus entstanden, weil ich nicht so gut zeichnen konnte. Mittlerweile sind die Figuren zu meiner Handschrift geworden.

Wie sind Sie zum Zeichnen gekommen?

Ich bin ein extremer Phasenmensch und habe im Laufe meines Lebens schon ganz viele Dinge durchprobiert. Meistens hält das aber nur ein paar Wochen an. Das mit den

Humor, um mit dem Wahnsinn der Welt klarzukommen: Detailsicht der Strichmensch-Demo
Abb.: @kriegundfreitag



„Manchmal muss ich lautstark ausatmen“

Vom Versicherungssachbearbeiter zum Vollzeitkünstler: Tobias Vogel alias @kriegundfreitag haben seine Zeichnungen im Internet bekannt gemacht. Jetzt hat er mit einer „Strichmensch-Demo“ gegen Nazis Spenden gesammelt – auch als Reaktion auf rechte Online-Sphären

Cartoons war eigentlich eine kurze Phase, die dann so durch die Decke gegangen ist, dass daraus etwas Längeres entstanden ist.

Wie kam es überhaupt zu dieser „Phase“?

Es war an einem Samstag und ich war mit meiner Frau unterwegs, wir sind in einem Buchladen gelandet, nichts Ungewöhnliches. An diesem Tag bin ich nur das Regal mit Anleitungen zum Zeichnen hängen geblieben. Mit Mitte 30 bin ich dort zum ersten Mal auf die Tatsache gestoßen, dass es etwas sein könnte, was einem gar nicht in die Wiege gelegt wurde, sondern man genau wie Kochen erlernen kann. Die Idee hat mich komplett fasziniert und ich habe eine Anleitung gekauft. Ich konnte ja nur das zeichnen, was auch in dem Buch war, hatte aber Lust, ein bisschen persönlicher zu werden, wofür mir aber die Skills gefehlt haben. So bin ich bei den Strichmensch geendet.

Und dann?

Innerhalb von zwei Tagen habe ich zehn Cartoons gezeichnet. Meine Frau fand die super. Dann habe ich gedacht: Okay, ich teile das mit der Welt und habe mir einen Twitteraccount erstellt. Nachdem ich die ersten Cartoons hochgeladen habe, hat mein Handy nicht mehr aufgehört zu vibrieren. Ständig kamen neue Likes und Follower rein. Ich hatte immer gehofft, dass ich mal auf eine Goldader stoße und Menschen für meine Ideen begeistern kann. Dass es wirklich dazu gekommen ist, war surreal.

Möglich gemacht hat Ihren Erfolg also Twitter, heute X genannt – halten Sie sich noch gerne dort auf?

Twitter war so etwas wie mein Wohnzimmer im Internet. Seit Elon Musk halte ich mich fast gar nicht mehr dort auf, es gibt auch keinen Ersatz dafür. Auch Instagram hat sich weg vom Bild hin zu Videos verändert. Dass Orte, an denen ich meine Kunst beworben habe und stattfinden konnte, sich so verändern, erlebe ich als frustrierend. Zumal es mit dem Rechtsruck unangenehm ist, sich permanent in diesen Sphären aufzuhalten. Die Aktion am Wochenende hat sehr gut getan dagegen anzukämpfen.

Können Sie heute von der Kunst leben?

Ja, es ist eine Mischkalkulation. Meine Bilder werden mittlerweile für relativ hohe Beträge verkauft. Die Bücher verkaufen sich auch nicht schlecht. Und dann habe ich noch eine Lesebühne in Hamburg, auf der ich monatlich auftrete. Viele Menschen können sich nur sehr reiche oder brotlose Künstler:innen vorstellen. Ich habe festgestellt, dass es ganz viele dazwischen gibt.

Wie kommt man aus einem Versicherungsjob übers Zeichnen auf eine monatliche Lesebühne?

Für viele Cartoon oder Comiczeichner:innen gehört es dazu, auch auf der Bühne aufzutreten, man hat ja meistens keinen so guten Verdienst. Beim Publikum kommt das sehr gut an, deswegen habe ich das auch direkt gemacht. Nach einiger Zeit kam ein Freund auf mich zu, der noch ein viertes Mitglied für die Lesebühne gesucht hat.

War das Wochenende ein Erfolg?

Es wäre verrückt, wenn ich unzufrieden wäre. Ich bin ergebnisoffen an die Aktion herangegangen: Der Pessimist in mir konnte sich vorstellen, dass es auf kein Interesse stößt. Ich konnte mir aber auch vorstellen, dass ein verrückter Millionär spenden würde. Schlussendlich sind rund 65.000 Euro an „Kein Bock auf Nazis“ gespendet worden. Da kann man sich schon auf die Schulter klopfen.

Strichmensch-Demo: bis 20. 7., Hamburg, Galerie Affenfaust



Foto: Miguel Ferraz

Tobias Vogel alias @kriegundfreitag, 42, bedankt sein Pseudonym er der Auto-Korrektur seines Handys: Aus „Krieg und Frieden“ machte sie „Krieg und Freitag“.